

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 2.00 Mk. monatlich 1.10 Mk. vierteljährlich 2.80 Mk. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

Die Insertions-Gebühr
 Bezahlt für die sechsgehaltene Annoncenzeitung oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Feuilletons und Besprechungs-Artikeln 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweifache 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverträge das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Freitag, den 27. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Glänzender Sieg in Borna-Pegau!

Groitzsch, 26. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Stichwahl in Borna-Pegau erhielt Genosse Rysfel 14 321 Stimmen, Liebert 12 731. Genosse Rysfel ist somit gewählt.

Bei der am 17. d. M. vorgenommenen Erstwahl erhielt Rysfel 12 077 Stimmen, v. Liebert (Reichspartei) 8841, Rysfel (nationalliberal) 6519 Stimmen.

Die Sozialdemokratie hat einen neuen Sieg zu verzeichnen. Den großen organisatorischen Erfolg der letzten Woche krönt die Wahl des 111. Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie marschiert, stetig und unaufhaltsam dringt sie vorwärts und nie erwidert sich der Trost der Gegner über unseren Niedergang läppischer als heute. Seit den letzten Reichstagswahlen hat die Sozialdemokratie zwei Mandate neu erobert, neben Borna das von Luckenwalde. Und in Jerichow, wo wir das Mandat des Genossen Haupt einbüßten, war es nicht unsere, sondern der Liberalen Niederlage.

Mit um so größerer Befriedigung können wir uns des Sieges von Borna freuen, als wir das Mandat vor allem der eigenen Kraft verdanken. Gatten wir schon in der Hauptwahl unsere Stimmen um 500 vermehrt, so sind die 2240 Stimmen, die wir jetzt in der Stichwahl hinzugewonnen haben, fast ausschließlich eigenen Reserven zu verdanken, während auf den Herrn v. Liebert, schlechterdings den schlimmsten Reaktionsär, mehr als zwei Drittel der liberalen Stimmen fielen.

Ueberhaupt unterschied sich das heiße Ringen dieser letzten Woche von dem Kampfe, der im vorigen Monat zwischen den gleichen Parteien in Jerichow I und II ausgefochten wurde, vor allem dadurch, daß diesmal von den Liberalen offen und rückhaltlos die Parole gegen links ausgegeben wurde. Sofort nach der Hauptwahl erstlich der durchgefallene Kandidat des nationalliberal-fortschrittlichen Kartells — Kaufmann Ritsche-Leipzig — in allen bürgerlichen Blättern des Wahlkreises die Aufforderung an seine Wähler, Mann für Mann ihre Stimmen Herrn von Liebert zuzuwenden. „Das Vaterland über die Partei“: diese abgedroschene Redensart mußte wieder einmal dazu herhalten, den nationalliberalen Verrat an der Sache nicht etwa der Sozialdemokratie sondern an der Sache des Liberalismus selbst zu „rechtfertigen“.

Noch im Jahre 1912 hatte Herr Ritsche in der gleichen Situation den Erlaß eines ähnlichen Aufrufs ausdrücklich abgelehnt — ein neuer Beweis dafür, wie sehr sich der Nationalliberalismus auch in den letzten zwei Jahren nach rechts weiterentwickelt hat.

Nach dem durchgefallenen Kandidaten erschienen mit ähnlichen Aufrufen alle nationalliberalen Vereine des Wahlkreises und auch die nationalliberale Zentralorganisation für das Königreich Sachsen auf dem Plan. Die nationalliberalen Blätter des Wahlkreises, des benachbarten Leipzig und ganz Sachsens machten Tag für Tag in Notizen, Artikeln und Aufrufen für Liebert Stimmung.

Und die Fortschrittler? „Berliner Tagebl.“ und „Frankfurter Ztg.“, die einzigen fortschrittlichen Blätter Deutschlands, die sich zu einer klaren und unzweideutigen Wahlparole für unseren Genossen Rysfel aufzuschwingen vermochten, fanden im Lande und im Wahlkreise selbst keinerlei Echo. Im Gegenteil! Die freisinnige „Rittauer Morgenzeitung“, das sonst gern „führende“ Blatt des sächsischen Freisinn, erklärte ausdrücklich, es sei durchaus Sache der fortschrittlichen Wähler, „ob sie für den einen oder den anderen Stichwahlkandidaten eintreten wollen.“ Noch weiter ging der „freisinnige“ sächsische Landtagsabgeordnete Landgerichts-direktor Brodauf, der in der „Chemnitzer Allg. Ztg.“ wörtlich erklärte:

„Ich bin überzeugt, daß meine Parteifreunde, die in der Hauptwahl ohne Parole unsererseits Herrn Ritsche gewählt haben, in der Stichwahl auch ohne Parole Herrn v. Liebert als das Kleinere Übel wählen werden.“

So hatte die Sozialdemokratie im Stichwahlkampf die geschlossene Front aller bürgerlichen Parteien gegen sich. Und nicht nur das! Zugunsten des Reichsverbandsgenerals Liebert war natürlich auch der gesamte Reichsverband mit seinen außerordentlich großen finanziellen Mitteln, mit seinem ganzen agitatorischen und organisatorischen Apparat in Bewegung gesetzt worden. Schon sechs Wochen vor der Hauptwahl hatte sich ein reichliches Duzend von Reichsverbandsgagitatoren und (was noch bedeutungsvoller war) von Reichsverbandsgagitatoren im Wahlkreise niedergelassen. Diese Leute waren schon seit Anfang Februar tätig, tätig vom frühen Morgen bis spät in die Nacht hinein für Lieberts Wahl gewesen. Es ist ganz ungläublich, was von ihnen an Hausagitation, an persönllicher Bearbeitung des einzelnen Wählers

geleistet worden ist! Ihre technische Wahlvorbereitung war so musterfüllig, daß sie in nicht weniger als 18 vorwiegend konservativen Ortschaften buchstäblich sämtliche Wähler an die Urne brachten, das heißt: eine Wahlbeteiligung von genau 100 Prozent erzielten. In 33 weiteren Ortschaften, gleichfalls durchweg konservativen Domänen, blieb nur je ein einziger Wähler der Urne fern, in 24 Ortschaften je zwei, in 20 Ortschaften je drei, in 18 je vier usw.

Reben dieser überaus erfolgreichen technischen Vorbereitung der Wahl ging dann eine sehr lebhaft schriftliche und mündliche Agitation einher. Nicht nur in ihren eigenen, auch in gegnerischen Versammlungen traten die reichsverbandlerischen Agitatoren oft zu dreien und viereen auf. Die reichsverbandlerischen Flugblätter überboten in Text und Illustrationen an bössartiger Gemeinheit alles bisher Dagewesene.

Diese ganze reichsverbandlerische Agitation erreichte nun zwischen Haupt- und Stichwahl ihren Höhepunkt. Zu den alten Reichsverbandsgagitatoren traten nun noch zahlreiche Abgeordnete der Rechten; eine besondere Zugkraft bildete Herr Schiele, der „Sieger von Jerichow“. Auch der „nationalliberale“ Herr Becker-Sprendlingen ritt für Liebert in die Schranken.

Diesem gewaltigen Ansturm stand unsere Partei völlig allein gegenüber. Es war angesichts des Hochdrucks, dem sie standzuhalten hatte, schon eine kolossale Leistung, daß sie in der Hauptwahl nicht nur ihre Wählerzahl zu halten, sondern sie gegen 1912 noch um 511, gegen 1907 sogar um 2286 zu steigern vermochte. Im Stichwahlkampf nun trug sie sich den Krieg ins Lager der Feinde hinein. Sie appellierte — den „liberalen“ Wahlparolen zum Trotz — immer von neuem an das Klasseninteresse der zahlreichen Arbeiter, Unterbeamten, Handwerker und Kleinbauern, die in der Hauptwahl noch für die Gegner gestimmt hatten, und suchte diese Kreise in das Lager hinüberzuziehen, in das sie ihrer Klassenlage nach gehören — in das Lager der Sozialdemokratie! Das Parteiblatt des Kreises, die „Volkszeitung für das Muldental“, wurde zu einer besonderen Wahlzeitung ausgestaltet und Tag für Tag in vielen Tausenden von Exemplaren im Wahlkreise verbreitet. Dazu kam eine überaus lebhaft Versammlungs-agitation.

Um die ungeheure Schwierigkeit unserer Wahlarbeit zu verstehen, muß man das folgende bedenken: Der Kreis stagniert wirtschaftlich durchaus. Seine „Städte“ sind durchweg verschlafene Landstädtchen, von denen das größte, Borna, noch nicht einmal 10 000 Einwohner hat, während die Einwohnerzahl der übrigen meist hinter 4000 zurückbleibt. Die Industrie geht nicht voran, sondern teils ganz eingegangen, teils haben sie den Betrieb wesentlich eingeschränkt. Auch die früher blühende Schuhindustrie in dem Orte Groitzsch ist in langsamem Rückgang begriffen. In einzelnen Teilen des Wahlkreises beginnt nun der Bergbau auf Braunkohlen sich allmählich zu entwickeln, doch sind hier meist ausschließlich ausländische, besonders böhmische, Arbeiter beschäftigt, die als Wähler nicht in Betracht kommen. In drei Vierteln ist der Kreis, der rund 250 Ortschaften zählt und sehr ausgedehnt ist, kleinbürgerlich und kleindauerlich. Er gehört wirtschaftlich alles in allem genommen zu den am weitesten zurückgebliebenen Streifen des „roten“ Königreichs. Die ganze Zunahme an Wahlberechtigten seit 1912 betrug denn auch nur 500. Sie ist in der Hauptwahl restlos der Sozialdemokratie zugute gekommen, während der Stimmengewinn für Liebert aus der durch seine Agitatoren herbeigeführten regeren Wahlbeteiligung resultiert (83,3 Prozent gegen noch nicht ganz 82 Prozent bei der Hauptwahl von 1912).

Und nun hat der Wahltag erwiesen, daß es dem entschlossenen Frontangriff der Sozialdemokratie trotz alledem und alledem gelungen ist, über diesem Wahlkreise das rote Siegesbanner zu hissen, in Herrn v. Liebert einen der bössartigsten Reaktionsäre zur Strecke zu bringen und damit zugleich dem Reichsverbande eine Niederlage zu bereiten, von der er sich sobald nicht wieder erholen wird.

Darüber hinaus aber wird diese Wahl politisch fortwirken. Für unsere Genossen wird sie ein frohes Zeichen unserer vorwärtstürmenden Kraft sein und ein neuer Aufsporn, alles daran zu setzen, um in ununterbrochener organisatorischer und agitatorischer Arbeit unsere Macht zu stärken. Den konservativen Reaktionsären, denen infolge der liberalen Schwäche in letzter Zeit der Stamm so sehr geschwollen ist, gibt sie eine deutliche Antwort auf die frechen Provokationen, die sie seit Jahren so sehr gehäuft haben. Sie haben in letzter Zeit so oft gesprochen von Reichstagsauflösung und Umstürzung der Wählerstimmung. Nun können sie sich sagen, daß die Sozialdemokratie stärker und unerlöschlicher da steht als je.

Stolz flattert die rote Fahne im Kampfe und froh folgen wir ihr zu den neuen Kämpfen, die wir ersehnen.

Parlaments- oder Militärherrschaft?

Die Ulsterfrage ist vor der anderen größeren, der Frage zwischen Parlament einerseits und Armee und Krone andererseits ganz in den Hintergrund getreten. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Autorität der liberalen Regierung trotz der Preisgabe des Kriegsministers gelitten hat. Die Regierung hat von Anfang bis zum Ende gestumpert und in einem verhängnisvollen Augenblick Schwäche gezeigt. Es ist freilich sicher, daß ein Teil der Liberalen den Kampf gegen die Militärdiktatur so rasch als möglich unter das Volk fragen möchte. Aber die Regierung zaudert, sie weiß, daß dies den Sturm gegen das letzte Bollwerk der bevorrechtigten Klasse bedeutet. Und dazu das Signal zu geben ist sie zu sehr von diesen bevorrechtigten Klassen abhängig und beherrscht, und augenblicklich zu tief gedemütigt. Daher möchte sie den Konflikt beschwichtigen und den Riß verkleinern.

Deswegen wird jetzt alle Schuld dem Kriegsminister aufgeschoben, der in dem veröffentlichten Dokument das dem General Gough eingehändigte wurde, jene Bedingung unterschrieb, die die Offiziere glauben lassen mußte, daß die Regierung sie von der Pflicht entbinde, der Einführung von Homerule in Ulster Achtung zu verschaffen. Deswegen wurden auch Feldmarschall French und Generalleutnant Gwart veranlaßt, ihre Entlassung nachzusuchen, weil ihre Namen ebenfalls unter der verhängnisvollen Erklärung stehen.

Aber kann dies genügen? General Gough und seine Offiziere verbleiben ja bis jetzt wenigstens in ihren Stellungen und behalten die militärische Macht. Werden sie nach ihrem ersten Erfolge nicht gegebenenfalls ein zweites Mal versuchen, ihren Willen dem Parlamente zu oktroyieren und was will die Regierung dann unternehmen? Was die Regierung bis jetzt getan hat — und dies Wenige hat sie nur getan unter dem Druck der Arbeiterpartei und der Radikalen, deren Wortführer im Ministerium Lloyd George ist — das ist im besten Fall eine Halbheit, eine jener liberalen Halbheiten, die mit tödlicher Sicherheit mit der ganzen Niederlage endet.

Und in noch höherem Maße als gegenüber der Militärdiktatur hat die liberale Regierung im Kampfe gegen die monarchische Einmischung versagt. In jener konstitutionellen Verlogenheit, die stets die größte Dummheit der liberalen Staatsrechtslehre gewesen ist, hat sich Herr Asquith schließend vor den Thron gestellt und jede Einmischung des Königs abgelehnt. Und doch ist es sicher, daß der König nicht nur bei dem Triumph der meuternden Soldaten, sondern bei der ganzen Homerulekontroverse seine Hand im Spiele gehabt hat. Der „Daily Citizen“ sagt es heute offen: „Der König hat sich hinein gemischt. Er hat sich schon immerfort hineingemischt. Seit Monaten ist der Hof ein konservativer Ausschuß gewesen, in dessen Tätigkeit beteilte Damen, geführt von Lady Londonderry (die Frau des Führers der Ulsterrebellen im Oberhaus) führende Rollen spielten.“

Immerhin, so leicht wie den Deimling und Reiter wird den englischen Offizieren der Triumph nicht werden. Aber ob tatsächlich aus diesem Konflikt die Demokratie siegreich hervorgehen wird, das hängt davon ab, ob die zögernde Regierung von den Massen draußen weiter getrieben wird, als sie aus eigenem gehen möchte. Schon sind die Konservativen sehr wenig erbauet von der Wendung, die ihre „Revolution“ genommen hat. Schon fürchten sie den Jörn und die Erbitterung des Volkes. Das ist eine Situation, die ein schlauer Geschäftsführer der besitzenden Klassen, wie es Herr Asquith ist, sehr leicht zu einem faulen Kompromiß ausnützen kann. Denn sich die dem Volke entfreundete Armee als Machtmittel zu erhalten, ist das gemeinsame Interesse der bürgerlichen Parteien.

Es ist aber nicht das Interesse des Proletariats, dem alles darauf ankommen muß, die Unterwerfung des Offizierskorps unter den Willen der Volksvertretung zu erzwingen und die Demokratisierung des Heerwesens durchzusetzen. Es wird ganz von der Kraft der Arbeiterpartei abhängen, von der Energie, mit der sie ohne Rücksicht auf die Liberalen den Kampf in die Massen zu tragen versteht, ob die Demokratie oder der Militarismus schließlich den Sieg davonträgt.

Die enttäuschten Konservativen.

Die Haltung der Offiziere.

London, 26. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Ulsterkrise hat für die Konservativen eine schlechte Wendung genommen. Die Regierung steht heute zweifelsohne stärker da als seit länger Zeit. Aber sie stünde auf noch festerem Boden, wenn Asquith die Demission des Kriegsministers angenommen hätte. Aber wie immer in kritischen Lagen, konnte auch diesmal der Liberalismus von seiner Halbheit nicht ablassen.

Die Stellen, die der Kriegsminister Seely eigenmächtig den dem General Gough eingehändigten Dokument beifügte, lauteten:

„Die Regierung seiner Majestät muß sich das Recht vorbehalten, alle Streitkräfte der Krone in Irland oder anderswo zu gebrauchen, um Gesetz und Ordnung aufrecht zu erhalten und die Zivilbehörden in der Ausführung ihrer Pflicht zu unterstützen. Aber sie hat nicht die geringste Absicht, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, um die politische Opposition gegen die Politik und die Grundzüge der Home-Rule-Vorlage zu zermalmen.“

Dieser Passus, der einer von dem Kabinett genehmigten Darlegung über die Pflichten der Soldaten vorangeht, gewinnt erst seine rechte Bedeutung, wenn man ihn als Antwort auf einen Brief auffaßt, den General Gough an den Generaladjutanten geschrieben hatte und der dem Kabinett nicht bekannt war. Die Frage, die der General darin stellte, lautete:

„Sollte die jetzige Home-Rule-Bill Gesetz werden, können wir dann aufgefordert werden, sie unter dem Ausdruck „der Erhaltung von Gesetz und Ordnung“ aufzu-zwingen?“

General Gough sah die vom Kriegsminister dem Regierungsdokument angefügten Sätze als Verneinung der Frage an, und diese Auslegung soll ihm vom General French, dem Oberstkommandierenden des Heeres, schriftlich bestätigt worden sein. Sehr vielwichtig ist, daß Oberst Seely den zitierten Passus schrieb, unmittelbar nachdem er vom König in Audienz empfangen war. Nun, da die Regierung die Verantwortlichkeit dieser Sätze von sich gewiesen hat, stehen die Offiziere wieder da, wo sie vor der Revolte gestanden. Schon nehmen sie wieder eine drohende Haltung ein.

Die heute bekanntgegebene Demission der Generale French und Gwari ist die Folge der gestrigen Rede Asquiths, in der er die Annahmungen des Militärs zurückwies und die Oberhoheit der der Volksvertretung verantwortlichen Regierung betonte. Asquiths schärferes Auftreten ist wieder der Ausdruck der festen Entschlossenheit der Mehrheit der Volksvertretung, das Militär und die höheren Gewalten in ihren Schranken zu halten.

Das Ergebnis.

Paris, 25. März. (Fig. Ber.)

Die Untersuchung der Rochette-Affäre ist weit genug fortgeschritten, um die Aufdeckung unbekannter, sensationeller Details als nicht wahrscheinlich erscheinen zu lassen. Also auch weit genug, um eine Zusammenfassung des zutage gebrachten Tatbestands und der seine Lücken ausfüllenden Vermutungen zu gestatten. Man darf von dem Gesamtergebnis wohl sagen, daß es die Hoffnungen der konservativen Parteien, durch lampromittierende Enthüllungen und einen politischen Riesensturz nicht nur Caillaux und das Ministerium, sondern auch die radikale Partei und die demokratische Steuerreform wagguschwemmen, nicht erfüllt hat. Diese Enttäuschung zeigt sich schon in der Periode, womit der „Temps“ Journal der parteiischen Leitung der Untersuchung und der Vertuschungsabsicht verdächtigt, wo doch schon die Verkünder des Verhandlungsprotokolls genügt, um den glühenden, rücksichtslosen Wahrheits-eifer unferer Genossen im Bund mit seiner unvergleichlichen dialektischen Schärfe der Fragestellung zu zeigen. Obendrein ist die Zusammenziehung der Kommission eine vollkommene Bürgschaft gegen ein einseitiges Verfahren. Die reaktionären Mitglieder haben alle Freiheit gehabt, das Verhör in der von ihnen gewünschten Richtung zu führen. Aber einzig Maurice Barrès hat sie an einer entscheidenden Stelle wahrgenommen — im übrigen war er selbst mehr darauf bedacht, Einbrüche und pittoreske Wendungen für seine feuilletonistische Chronik im „Echo des Paris“ zu sammeln.

Aber wenn gesagt werden kann und muß, daß der Nachweis einer persönlichen Korruption und einer durch Regierungsinteressen verurteilten Begünstigung des Finanzschwindlers Rochette gegen Romis und Caillaux nicht erbracht worden ist, so bleibt überreichliches Material zur Physiologie und Psychologie der kapitalistischen Republik zurück. Den französischen Sozialisten kann es natürlich nicht eben zur Freude gereichen, daß die vom Kapitalismus bewirkte Zerlegung des staatlichen Organismus und das Eingreifen unkontrollierbarer Mächte in das scheinbar durch Gesetze verbürgte demokratische System in einem Zeitpunkt wieder offenbar wird, wo die geschichtlichen Umstände die Abgeordneten der Arbeiterschaft zwingen, eine Strecke lang neben der herrschenden Partei zu marschieren, aber wenn die Wahrheit nie dem Schaden ist, so muß sie sich gerade in einer solchen Situation zuerst als höchstes praktisches Gut erweisen. Wenn schon anders nicht, so als zwingende Warnung vor jeglicher Wiederholung eines ministerialistischen Experiments im bürgerlichen Staat. Wir möchten die Arbeiterversammlung sehen, der einer unserer, noch vor kurzem für die Teilnahme der Sozialisten an der Regierung eingenommenen Sozialisten, nach den neuesten Erfahrungen diese Hilfe vorschlagen wollte!

Die das französische Proletariat in diesen Tagen Anlaß hat, seiner grundsätzlichen Trennung von den bürgerlichen Fortschrittsparteien mit Genugtuung bewußt zu werden, so hat auch die Arbeiterklasse des Auslands alles Interesse daran, sich nicht durch die gefärbte Berichterstattung einer Presse, die für den demokratischen Radikalismus — im Nachbarland immer noch in die Schranken tritt und durch die augenblicklichen Tendenzeninteressen offizieller Depeschendienste täuschen zu lassen. Es ist nachgemessen und eingestanden, daß Romis auf Zureden Caillaux in das Verfahren gegen Rochette eingegriffen und dem Abenteuer eine Erstreckung verschafft hat. Diese Erstreckung hat nicht, wie man zuerst behauptet hat, eine Verzögerung zur Folge haben können, aber sie hat es Rochette möglich gemacht, durch Stichwörter neue Brüdungen in die Welt zu legen. Es ist von seiner besonderen Wichtigkeit, wie Romis seinen Wunsch gegenüber dem Oberstaatsanwalt nuanziert hat — ob dieser erst einen Einbruch versucht hat oder gleich eingeknickt ist, um sich dann hinterher eine Räthselrolle zurechtzustülpen. Caillaux sagt aus, seinen Schritt auf die Intervention des Advokaten Bernard unternommen zu haben. Bernard hat seinerzeit Caillaux in einem komplizierten Scheidungsprozess vertreten. Aber die persönliche Dankbarkeit ist weder ein zureichender Grund noch eine Rechtfertigung für das Eingreifen Caillaux in ein schwebendes Verfahren. Begriffslos wäre die Rücksicht auf die allgemeine Situation der Dinge. Möglich auch, wie aus Barthous Aussage hervorgeht, daß Interesse, Enthüllungen Rochettes über Belegungen von Regierungsdokumenten und Zureden des Bourgeoisstaats abzulaufen. Es ist natürlich eine Feindschaft, wenn Briand und seine Professoren in der Presse so tun, als ob Interventionen von Regierungen in bezug auf die Einleitung und das Tempo von Strafverfahren etwas Ungehörliches seien. Vielmehr ist hierbei in allen Staaten und unter allen Regierungssystemen gang und gäbe. Die Trennung der Gewalten ist ein hehres Prinzip, das nur nirgends streng eingehalten wird und das Institut der

Staatsanwaltschaft gibt die bequeme Brücke zwischen der Exekutive und der Justiz ab. Aber die Erklärungen Caillaux genügen im gegebenen Fall nicht. Und dann bleibt das dunkle Rätsel: die geheimnisvolle Persönlichkeit, die den Advokaten zu Caillaux geschickt hat. Es waren eingekleidetenmaßen nicht Gesundheitsgründe, die Bernards Schritt veranlaßt haben. Sondern eine von ihm, mit Berufung auf das Berufsgeheimnis trotz des leidenschaftlichen Appells Jaurès nicht genannte Person hat ihn dazu bewogen, die Erstreckung zu verlangen. Dieser mächtige Unbekannte hat es sogar durchgesetzt, daß Bernard, dessen Ersuchen das erstmal vom Gericht abgelehnt worden war, von der Staatsanwaltschaft zur Erneuerung seines Schrittes aufgefordert wurde. Ein Privatmann — nicht Politiker, nicht Journalist, nicht Richter, bezeugt Bernard — weiß vorher, daß die Minister nicht nein sagen werden, wenn der Advokat für den angeklagten Grüber einen neuen Termin wünscht, und er setzt es durch, daß die Staatsanwaltschaft dem Advokaten förmlich nachläßt, um ihm die Vertagung auf dem Präzidententeller zu bringen.

Dieser, durch die Zeugenaussagen festgestellte Tatbestand ist wohl nicht durchsichtig genug, um irgend jemand auf die Anklagebank zu bringen, aber er zeigt, wie durchsichtig die bürgerliche Staatskörper ist. Und er ist wahrhaftig darum nicht harmlos, weil man nebenbei einen Oberstaatsanwalt von höchst fragwürdiger Gestalt kennen gelernt hat. Natürlich — auch Herr Fabre ist eine Erscheinung, die dem Volk zu denken geben kann, dem die Herrschenden die Justiz als eine erhabene Verwirklichung der stitlichen Idee erscheinen lassen wollen. Ihr ehrwürdiger Priester zeigt sich bei näherer Betrachtung als ein ängstlicher, auf sein Stüchlein Brot bedachteter Tagewerker, der sich bei jedem neuen Herrn durch Zuthäterei gegen seine früheren in Gunst erhalten möchte.

Uebershaupt — das ganze Mystetium des Staates trock zu-sammen. Wie die Justiz, wird auch die Politik — nicht die der einen oder der anderen Partei oder dieses oder jenen Staatsmannes, sondern die bürgerliche Politik im ganzen in ihrem wirklichen Wesen erkennbar. In den Programmen, in den Parteiprogrammen, in den Ministerreden löst sich nur so von Nation, Gerechtigkeit, Freiheit, Fortschritt — blickt näher und ihr erkennt, daß ein Duzend begabter Ehrgeiziger an der Spitze einer Truppe von Klaffschneidern um die Nachposten, Böhler und inoffiziellen Entlohnungen wachen, die die Kapitalistenklasse den Maschinenmeistern ihres Herrschaftsapparats vorbehält. Der Oberstaatsanwalt hat geseufzt, wie schwer das Leben zwischen den Narkissen geworden sei, die einander „brüdermörderisch“ nachstellen. Sie haben, wie Barrès in seiner bildkräftigen Sprache es ausdrückt, ihre Dolche an seinem Schädel gewepelt. Raum ins Amt getreten, sammelt jeder „Material“ gegen seinen Rivalen. Briand läßt sich von Fabre das berühmte „Protokoll“ aushändigen, Caillaux tipelt aus ihm Auszügen gegen Briand heraus, während hinter dem Vorhang zwei Zeugen lauschen wie Polonius im „Hamlet“. Auf diesem Riveau bleibt die bürgerliche Politik. Caillaux hat den Staatsanwalt über Briands Anteil an der Verhaftung Rochettes in der Zeit inquiriert, als er mit ihm wegen der Flacon-Affäre Besprechungen abhielt. Aber jeder weiß, daß diese Affäre selbst eine Kriegsmaschine gegen Briand war, der in der Person des mit ihm befreundeten Direktors der „Lanterne“ getroffen werden sollte. Wo ist die „Robustität“ der großen bürgerlichen Welt, deren Lebenslauf nicht einen Nieder-schlag in irgendwelchen, bei der Polizei, bei wohlwollenden „Kollegen“, auf einer mächtigen Redaktion verwehten Aien zurück-gelassen hätte, deren Herdvorholung ihr einmal verdrießlich werden könnte. Hierher wir noch einmal den Rektionär Barrès, der die Situation meisterhaft schildert: „Was spreche ich da von Gemein-interesse, politischer Gesundung, philosophischer Auffassung und Sorge für das allgemeine Wohl! Wir mögen nicht einem Zusammenprall der Systeme, sondern Kämpfen von Personen bel. Die Herren Caillaux, Briand, Barthou haben so ungefähr die gleichen politischen Anschauungen. Sicher will Caillaux die Einkommensteuer, die die beiden anderen bekämpfen. Aber wer führt nicht, daß das eine Meinung ist, die man ergreifen hat wie eine Waffe — eine Waffe, die Barthou oder Briand ebenso hätten ergreifen können, wenn sie sie ihrem Ehrgeiz dienlich geglaubt hätten, und die nicht zum tiefen Wesen der drei als bildendes Element gehört. . . . Diese Männer neiden einander die Vortei-le, um des sehr gerechtfertigten Vergnügens willen, ihren Tätigkeitstrieb auszuwirken, aber nicht aus dem Trieb heraus, eine besondere Anschauung zum Sieg zu bringen. Daher rührt viel-leicht die Erbitterung dieses Kampfes. Sie können einander nicht an ihren Ideen fassen, denn sie haben entweder keine oder sie sind ihnen gemeinsam. So treffen sie einander in ihren Personen. Würden die Herren De Mun, Ribot und Jaurès um die Wacht kämpfen, siele es ihnen nicht ein, einander in den Begeben-heiten ihres Lebens zu verfolgen. Sie würden einander ihre Welt-an-schauungen vorwerfen. Caillaux, Briand und Barthou haben keine so großen Reibungsflächen. Sie bombardieren einander mit persönlichen Anklagen, weil sie einander keine Prinzipien an den Kopf werfen können, und da sie einander nicht an den Unter-schieden ihrer Programme ergreifen können, packen sie sich bei den Haaren.“

Politische Uebersicht.

Mandats- und Zweikampf.

Aus dem Reichstag, 26. März. In einer vierstündigen Sitzung erledigte der Reichstag zunächst zwei Wahlprüfungen und danach die Anträge der Duellkommission. Schon vorgestern hatte Graf Bestarp den Mut des Ver-zweifelten versucht, das Mandatshaupt seines Fraktions-genossen Hoesch, das die Wahlprüfungskommission der Un-gültigkeitsgültigkeit überwiesen hat, wenigstens bis über die Osterferien vor dem Messer zu bewahren. Auch heute machte der konservative Frommer mit der Biedermannsmiene des ganz und gar unparteiischen „Idealisten“ die wildesten Anstregungen, zu retten, was zu retten war; aber Genosse Schmidt-Reitzen und der Fortschrittler Reumann-Hofer wiesen mit so überzeugenden Gründen den eckelkonservativen Unst nach, dem Herr Hoesch seinen Sitz unter der goldenen Kuppel verdankt, daß eben nichts zu retten war. Als die Rebelhörner, die zur namentlichen Ab-stimmung aufriefen, verklangen waren, da schlich Herr Hoesch als schlichter Privatmann aus dem Saal, den er stolz als M. d. R. betreten: 30 Stimmen zählte, trotz des an die nationalliberale Adresse gerichteten Einschüchterungsversuchs der Konservativen, die böse Mehrheit mehr als die brave Minderheit.

Die Beratung der Duellanträge begegnete, angesichts der erst kürzlich beratenen Duellinterpellation des Zentrums, nur einem geschwächten Interesse. Genosse Stadthagen begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der der Absitte des Zweikampfs wirklich beizukommen sucht, mußte aber erleben, daß der Antrag von der Mehrheit abgelehnt wurde. Die Anträge der Kommission dagegen, für die sich die Zentrumsleute Berr und Gröber und der National-

liberale Caller aussprachen, wurden einstimmig an-genommen, trotzdem oder vielmehr von den bürgerlichen Parteien gerade deswegen, weil sie Herrn Staatssekretär Lisco Gelegenheit zu einigen recht nichtsagenden Ver-kehrungen gegeben hatten.

Morgen: Dritte Lesung der Konkurrenzkaufel.

Junckerliche Profitgier.

Wenn die heiligsten Güter der Nation, will sagen die Interessen des Volks, bedroht sind, dann erinnern sich sogar konservative Dreiklassenmänner ihrer Pflicht als Volksvertreter. Dann ver-laffen sie die seligen Gesetze Ostiens und erscheinen in hellen Scharen in der Prinz-Albrecht-Straße, um sich auf den Wink ihrer Führer von ihren Plätzen zu erheben. Haben sie diese schwere Arbeit hinter sich, dann können sie beruhigt in die Osterferien gehen in dem Gefühl, durch treue Pflichterfüllung schweres Unheil von sich und ihren Freunden abgewendet und wenigstens auf ein weiteres Jahr den Staat gerettet zu haben.

Abgeordnete, die selbst den ältesten Dienern des Hauses nicht bekannt sind, setzen sich am Donnerstag im Sitzungssaal blicken: Telegraphisch hatte Herr v. Geydbrand seine Namen nach Berlin berordert, dem große Gefahr steht den Junkern bevor. Ohne Rück-sicht auf die Wünsche der Agrarier hätte die Regierung in den zur Beratung gestellten Etat der Verwaltung der direkten Steuern die Mittel für 15 neue Veranlagungskommissare gefordert. Zwar hatte die Budgetkommission sechs dieser Stellen gestrichen, aber die bösen Nationalliberalen hatten sich erlaubt, die Wieder-herstellung der Regierungsvorlage zu beantragen, und bei schwacher Beilegung des Hauses konnte man auf allerhand Zwischenfälle gefaßt sein. So erklärt sich der plötzlich erwachte Eifer der Konservativen. Die Sache ist von politischer, aber auch von höchst materieller Be-deutung, politisch insofern, als es sich darum dreht, ob allmählich den Landräten der Vorhitz in den Veranlagungskommissionen ge-nommen und dadurch ihr Einfluß geschwächt werden soll, materiell insofern, als es in der Begirke, wo besonders Veranlagungs-kommissare vorhanden sind, nicht mehr so leicht ist, den Staat um die Steuern zu betrügen.

Mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, legten sich die Konservativen, unterstützt vom Zentrum, für den Kom-missionsbeschuß ins Zeug. Umgekehrt traten Nationalliberale, Fortschrittler und Sozialdemokraten — für letztere sprach Genosse Ströbel — dafür ein, daß den Landräten der Vorhitz in den Veranlagungskommissionen genommen und überall besonders Ver-anlagungskommissare angestellt werden. Zwar vernahnten sich die Konservativen wieder mit großem Pathos gegen die Behauptung, daß Steuerhinterziehungen auf dem Lande an der Tagesordnung sind, aber daß es ihnen gelungen ist, diesen Verdacht zu gestreuen, werden sie selbst kaum zu behaupten wagen.

Ein weiterer Kommissionsantrag fordert, daß die Einschätzung landwirtschaftlicher Grundstücke zur Ergänzungssteuer in Ueberein-stimmung gebracht wird mit der Einschätzung zum Beibrtrag. Es soll also stets das 25fache des Ertrages maßgebend sein. Eine neue Steuerabgabe für die Agrarier!

Auch dieser Antrag wurde besonders von Ströbel heftig bekämpft. In seiner Rede unterzog unser Genosse an der Hand der Steuerstatistik das ganze System unserer Steuererhebung einer eingehenden Kritik. Immer und immer wieder konnte er nachweisen, wie die Besitzenden es verstehen, ihre eigenen Geschäfte zu besorgen, wie sie sich von dem Steuerzahlen brüden und die Lasten auf die Besiglosten abwälzen. Mit aller Schärfe widerlegte er sich der Forderung der bürgerlichen Finke auf rohe Befestigung der Steuer-zuschläge, weil das wieder auf ein Geschenk an die Besitzenden hinausläuft. Andererseits aber besonte er die Notwendigkeit einer baldigen gründlichen Steuerreform, die eine Entlastung der Arbeiter und des Mittelstandes zum Ziel haben müsse.

Von der Befestigung der Steuerzuschläge will auch die Regie-rung nichts wissen, der Finanzminister kann die 72 Millionen, die daraus fließen, nicht entbehren. Dagegen stellt er in der Fall, daß sich die auf den Generalpardon gesetzten Hoffnungen erfüllen, eine Steuernovelle in Aussicht, um für die Zuschläge einen Ersatz zu finden.

Zur Abstimmung kam es noch nicht. Die konservativ-liberalen Steuerfeinde werden sich also am Freitag noch einmal bemühen müssen.

Rüstungswahnwitz.

Die französische Sozialdemokratie gibt soeben ein Flugblatt über den Militarismus heraus. Es enthält folgende Auffassung:

Die sechs Großmächte Deutschland, England, Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn und Rußland, also der Dreibund und die Triple-Entente haben in den dreißig Jahren von 1881 bis 1910 für Heer und Marine verausgabt: 164 Milliarden und 800 Millionen Franz. Für das Jahr 1914 beträgt die Gesamt-ausgabe dieser sechs Mächte für Heer und Marine neun Milliarden und 984 Millionen Franz.

Die Friedensstärke der Landarmee der genannten Staaten beträgt vier Millionen und 816 000 Mann. Im Falle eines all-gemeinen Konflikts der sechs Mächte untereinander aber sind 53 Millionen und 629 986 Menschen bereit, sich gegenseitig abzu-würgen und zu morben. — Die Ausgaben für Heer und Marine sind fortwährend gestiegen:

von 1880 bis 1890	wurden ausgegeben	86 Milliarden	200 Millionen
1891	1900	49	100
1901	1910	79	500

Wenn die Steigerung der Ausgaben in demselben Maße in den kommenden dreißig Jahren anhält, dann werden in diesem Zeitraum von den sechs Großmächten neue 596 Milliarden Franz für den Rüstungswahnwitz geopfert. Offenlich schiebt aber das Proletariat bald einen Niegel vor.

Arbeiterentlassungen in den bayerischen Militär-Verksätten.

In der bayerischen Abgeordnetenversammlung wurde am Donnerstag ein von allen Parteien unterstützter Zentrumsantrag angenommen, der die Militärverwaltung auffordert, bei der Entlassung von Arbeitern in den Militärwerkstätten möglichst rücksichtsvoll vorzu-gehen. Es handelt sich um 454 Arbeiter, die wegen Mangels an Aufträgen überzählig werden. Der Kriegsminister erklärte, er wolle die Entlassung auf zwei Monate verteilen, eine Divisionsabteilung über den 1. Juni aber sei unmöglich. Die Militärverwaltung möge ihr möglichstes tun, um die Arbeiter in anderen Betrieben unterzubringen. Die Militärverwaltung hat versprochen, die überzähligen Arbeiter nicht als Streikbrecher in die Dresdener Artillerie-Werkstätten zu ver-schieben.

Einfältig und verlogen.

Reidlich blicken die Reaktionen auf die Erfolge der Rosen Woche, und in ihrem Aerger greifen sie zu den kleinlichsten Schwindelstücken, um diese Erfolge zu verkleinern. So bringen die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Tägliche Rundschau“, um die Rose Woche zu glorifizieren, folgende Zeilen aus dem Hannoverischen „Volkswillen“:

„Parteiengenossen und Genossinnen! Die Laubbelt der Mitglieder ist in den letzten Monaten demohnen eingerissen, daß keine Ver-

sammlungen und keine Sitzungen mehr abgehalten werden konnten, weil der Besuch ein zu schlechter war; nicht einmal die Vorstandsmitglieder waren zur Stelle. Der Vorsitzende hat nun seinen Posten niedergelegt, wohl infolge der Interesselosigkeit der Genossen. Da nun diese Angelegenheit so schnell wie möglich erledigt werden muß, ist das Erscheinen der Mitglieder in der nächsten Versammlung unbedingt erforderlich. Wenn es mit der Laune der Genossen so weiter geht, dann ist das Bestehen des hiesigen Wahlvereins in Frage gestellt. Deshalb darf am Sonnabend keiner fehlen!

Das soll ein Stimmungsbildchen sein aus der „purpurroten Woche“. Und die fromme Kaplanspresse, die bei der geistigen Beschaffenheit ihres Leserkreises noch etwas maßvoller schwindeln darf, teile dieses „Stimmungsbild“ mit dem ausdrücklichen Bemerkten mit, daß es sich um unsere hannoversche Parteiorganisation handelt, die völlig zusammengebrochen sei.

Wie liegt nun die Sache? In der Nummer vom 14. März steht im provinziellen Teil unseres hannoverschen Parteiblattes eine Versammlungsankündigung aus Vorum. Es wird dort zu einer Wahlvereinsmitgliederversammlung für Sonnabend eingeladen, in der auf der Tagesordnung steht: 1. Wahl eines Vorsitzenden, 2. Abrechnung vom letzten Halbjahr, 3. Verschiedenes. Daran schließt sich die vorstehend abgedruckte Mahnung an die lauen Genossen. Vorum ist ein kleiner Landort im Kreise Linden und zählt 902 Einwohner; und weil in diesem kleinen Landorte die vielleicht zwei bis drei Duzend Mitglieder einen Mangel an Eifer zeigen und der Vereinsvorstand sie in energischer Weise an die Pflicht mahnt, deswegen der große Schwindel von der großen „Maute“ innerhalb der sozialdemokratischen Partei!

Ein Soldatenschinder degradiert.

Vor kurzem war vom Dresdener Kriegsgericht der Unteroffizier Horn vom Infanterie-Regiment Nr. 103 in Zittau wegen Mißhandlung und vorschriftswidriger Behandlung Untergeordneter, sowie wegen Annahme von Befehls- und Strafbefugnissen in zusammen 27 Fällen zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt, aber ausfallenderweise nicht degradiert worden. Das Gericht war der Ansicht, daß das dem Angeklagten zur Ausbildung anvertraute Menschennaterial minderwertig gewesen sein möge und eine besondere Rohheit in der Handlungsweise nicht zu erblicken sei. Dabei hat dieser Soldatenpeiniger die Soldaten bei jeder passenden Gelegenheit geschlagen, gestöken, getreten und sogar unter Mißbrauch der Waffe mißhandelt. Nicht selten wurden die Mannschaften an Ohren und Nase gezerrt und mit Fußstößen regaliert. Horn hat die Soldaten zu allerlei Dienstleistungen herangezogen und sie so um ihre freie Zeit gebracht. Auch allerlei „Schere und Späße“ leistete er sich. Zwei Soldaten wurden mit den Köpfen zusammengeschlagen, daß der eine Nasenbluten bekam. Einem andern Soldaten warf er einen brennenden Zigarrenstummel ins Gesicht. Horn war wegen seines rohen und brutalen Auftretens geradezu gefürchtet. Alle diese Schindereien sind erst durch einen anderen Mißhandlungsprozeß bekannt geworden, nachdem ein Referat in Meldung erstattet hatte. Die mißhandelten Soldaten haben nichts gemeldet, weil sie glaubten, es würde dann noch schlechter werden. Gegen das Urteil erhob der Gerichtsherr Berufung. Das Oberkriegsgericht kam zu der Überzeugung, daß ein wegen solcher Rohheiten befragter Unteroffizier unmöglich im Range des Leutnants belassen werden darf und degradierte den Peiniger.

Proteststreik in Petersburg.

Petersburg, 26. März. In vielen Fabriken Petersburgs hat wegen der Maßnahmen gegen die Arbeiterpresse heute morgen ein Protestausstand begonnen. Von den 300 000 Fabrikarbeitern Petersburgs streikten nach amtlichen Schätzungen über 45 000. Kundgebungen, die bei der Einstellung der Arbeit in einigen Fabriken versucht wurden, wurden durch die Polizei sofort verhindert.

Das Lenablitbad.

Petersburg, 26. März. In der gestrigen Sitzung der Reichsduma erklärte Handelsminister Timaschew auf eine Interpellation über die gefegte Handlungsweise von Amtspersonen bei den Ereignissen auf den Lenagoldfeldern im Jahre 1912, die Regierung erkenne vollkommen die schweren Arbeits- und Lebensbedingungen der Lenawarbeiter an. Diese Bedingungen hätten die Hauptveranlassung zu den Arbeiterunruhen gebildet. Gegenwärtig seien viele früheren Mißstände abgestellt worden. Die Gesamtdirektion der Lenagefellschaft sowie der Goldfelderverwaltung sei gewechselt, die Arbeiterwohnungen seien verbessert worden. Die neue Verwaltung sorge für die Wahrung der Interessen der Arbeiter. Auf dem Territorium der Lenagefellschaft sei jetzt das Gesetz der Arbeiterversicherung in Kraft. Auf die Frage, ob diejenigen, welche das Gesetz verletzt hätten, zur Verantwortung gezogen seien, erklärte der Minister, die Handlungsweise der Lenagefellschaft sei gewiß tadelnswert, falls jedoch nicht unter das Strafgesetz. Die Regierung habe der Gefellschaft wiederholt geraten, den Arbeitslohn zu erhöhen. Darauf sei jedoch die Verwaltung nicht eingegangen. Das könne man aber nicht bestrafen. Wenn die Lenagefellschaft auch nicht zur gerichtlichen Verantwortung gezogen worden sei, so habe sie sich doch unter dem Druck des allgemeinen Unwillens gezwungen gesehen, ihre gesamte Direktion zu wechseln. Namens des Ministers des Innern sprach sein Gehilfe Solotarew und wies darauf hin, daß die Entfernung der Lenagoldfelder von den Verwaltungszentren dazu geführt habe, daß dort ein Staat im Staat entstand. Der Arbeiterausstand, sagte er, hatte seinen Grund in wirtschaftlichen Verhältnissen, geriet jedoch unter den Einfluß eines Streikkomitees, das sich aus politisch Vertriebenen gebildet hatte. Die Arbeiter drangen in die Polizeihäuser, durchsuchten die Eisenbahnzüge und verlangten eine Lohnhöhung von dreißig Prozent. Die Verfügung des Untersuchungsrichters, das Streikkomitee zu verhaften, konnte nicht ausgeführt werden. Dann man einen solchen Streik als eine friedliche Bewegung ansehen? Als das Militär herbeigerufen war, wurden nur diejenigen verhaftet, die gerichtlich belangt werden konnten. Wenn die Forderungen der Polizeibehörde erfüllt und alle Führer des Ausstandes verhaftet worden wären, so wären die Ereignisse vom 17. April bestimmt ausgeblieben. Wegen des Schicksals, welches Opfer forderte, ist gegen den Polizeioffizier Trefschinski ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden. Das Urteil wird darüber Aufklärung geben, ob es möglich war, der Katastrophe vorzubeugen. (Anhaltender Beifall rechts, Sichen und Pfeifen links.) Die Reichsduma beschloß einstimmig, sofort zur Debatte über die Regierungserklärung überzugehen. Nach den Reden dreier sozialistischer Abgeordneter, welche die Regierung scharf angriffen, wurde die Verhandlung vertagt.

Schweden.

Große Erfolge der Sozialdemokraten bei den Kreiswahlwahlen.

Stockholm, 26. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Gestern fanden im ganzen Lande unter enormer Beteiligung die kommunalen Kreiswahlwahlen statt. Die endgültigen Resultate sowie die Verteilung der Mandate sind erst in einigen Tagen zu erwarten. Doch gilt schon jetzt als sicher, daß die Sozialdemokratie, auch in den Landbezirken, große Erfolge erzielt hat. Die neu hinzugekommenen Mandate werden in mehreren Städten zwischen den Sozialdemokraten und Konservativen geteilt. Der Ausfall dieser Wahlen entscheidet die Zusammensetzung der Dritten Kammer.

Japan.

Die Ministerkrise.

Tokio, 26. März. Das Parlament ist bis zum Dezember vertagt worden. Injimi, Yamagata, Katsulala und Ohama wurden vom Kaiser in Audienz empfangen, um über die Nachfolge Yamamoto's zu beraten.

Mexiko.

Niederlage der Rebellen.

New York, 26. März. Ein Telegramm des Kriegsamtens aus Mexiko besagt, daß die Aufständischen am Mittwoch früh bei Torrean geschlagen worden seien und 2000 Mann an Gefallenen und Verwundeten gelassen hätten. Die übrigen zögen sich nordwärts zurück. Die Bundesstruppen verfolgten sie. Es wird angegeben, daß General Villa Verdo besiegt habe, aber erklärt, daß dies eine Kriegslist des Generals Velasco gewesen sei, um ihn in einen Hinterhalt zu locken. (V) Als die Aufständischen in das Gelände vollständig vorgerückt gewesen seien, seien sie von Kavallerie und Artillerie angegriffen worden.

Aus der Partei.

Gemeindevahlresultate.

In Deutsch-Lissa bei Breslau wurden nicht nur zwei im vergangenen Jahre von der bürgerlichen Mehrheit des Gemeindevorstandes für ungültig erklärte sozialdemokratische Mandate wiedergeholt, sondern noch zwei weitere dazu. Und das trotz der wüsten Agitation der bürgerlichen Parteien unter Führung des „Reichsbürgervereins“.

In Peterwitz bei Saaran zogen zum erstenmal zwei Genossen in das Dorparlament ein. Sie erhielten 35, die Gegner 4 Stimmen.

In Hussiney (Kreis Strehlen), Heibau bei Striegau, Göhlenau bei Friedland und Nieder-Adelsbach wurde je ein Genosse in der dritten Abteilung gewählt.

In Seplauerweide (Kreis Danziger Niederung) fanden am 26. März die Gemeindevahlen statt. Die dritte Abteilung wurde von uns erobert. Gewählt ist Genosse Robert Wischke.

Vom Brüsseler Volkshaus.

Man schreibt uns aus Brüssel: Der Leiter des sozialistischen Volkshauses Gen. Ockers hielt kürzlich in der Brüsseler Föderation zu propagandistischen Zwecken einen Vortrag über die Arbeitergenossenschaft der belgischen Hauptstadt. Wir entnehmen ihm folgende bemerkenswerte Aussagen aus dem letzten Geschäftsjahr. Der jährliche Umsatz betrug 7 1/2 Millionen bei einem Reingewinn von 810 000 Franc. Von diesen 810 000 Franc wurden an die Mitglieder Reichsbeteiligungen im Betrage von 480 000 Franc bezahlt. Die restlichen 330 000 Franc verteilten sich folgendermaßen: Der ärztlich-pharmazeutische Dienst, den das Volkshaus für seine Mitglieder eingerichtet hat, erforderte eine Gesamtausgabe von 120 000 Franc; 21 000 Franc wurden vermerkt für anfronk Mitglieder verteilte Gratiskarte, 99 000 Franc für Propaganda zu Gunsten der Partei, Subventionen an Parteigruppen und andere Unternehmungen. Speziell die letzteren Ausgaben zeigen, daß die sozialistische Cooperative neben ihren genossenschaftlichen Aufgaben den allgemeinen Zwecken der Massenbewegten Arbeiterpartei ihre Aufmerksamkeit und ihre Mittel zuwendet. Beweis dafür ist nicht zuletzt die Errichtung des neuen Anbaues des Volkshauses, in dem die Parteisekretariate, das Internationale Bureau und die vielen Räumlichkeiten für den ganzen Komplex der Bildungsarbeit untergebracht sind und für den die Genossenschaft einen Kostenaufwand von 730 000 Franc getrieben hat.

Neue Aufgaben veranlassen das Volkshaus zu einer verstärkten Propaganda, um einen größeren Reingewinn zur Deckung der notwendigen Reausgaben zu erzielen. So ist die Errichtung einer Pensionskasse für die Angestellten vorgesehen, die etwa 40 000 Franc erfordern dürfte; der Reusau besetzt das Volkshaus mit einem jährlichen Aufwand von 60 000 Franc einschließlich der Kosten für das erhöhte Personal; all dies macht neue Anstrengungen notwendig, da das Volkshaus an seinen regulären Anwendungen für die Mitglieder und für Parteideckung natürlich nicht ändern will. Hoffentlich tragen die Bemühungen der sozialistischen Cooperative, die gegenwärtig 20 000 Mitglieder zählt, zum Nutzen der Gesamtheit der Brüsseler Arbeiterschaft die erwarteten Früchte.

Aus der italienischen Partei.

Rom, 23. März. (Fig. Ber.) Der italienische Parteivorstand, der in diesen Tagen seine Plenarsitzung in Rom abhält, hat eine Tagesordnung des Chefredakteurs des „Avanti“, Genossen Mussolini, angenommen, in der gegen die angeblich geplante Militarisierung der Eisenbahner Stellung genommen wird. Die Regierung soll diese reaktionäre Maßnahme beschleunigen, falls die Eisenbahner am 15. April, an dem Tage, wo sie eine Antwort auf ihr Memorandum erwarten, den Generalstreik proklamieren sollten. Die Tagesordnung des Parteivorstandes versichert die Eisenbahner der Solidarität der Partei und fordert die Parlamentsfraktion auf, gegen die reaktionäre Maßnahme auf der Hut zu sein.

Aus dem dem Vorstand vorgelegten Bericht des Sekretariats geht hervor, daß die Zahl der Parteimitglieder in diesem Jahre um 264 gewachsen ist und derzeit 1304 beträgt mit insgesamt 40 000 Mitgliedern, wobei nur die gezahlt wurden, die mit ihren Zahlungen an die Zentralkasse auf dem Konten sind.

Da bei den jüngsten Kreiswahlen im Wahlkreis von Perugia die dortige Parteisektion ihre Mitglieder aufgefordert hat, für den bürgerlich-radikalen Kandidaten zu stimmen, um die Wahl des liberalen Kandidaten zu verhindern, hat der Vorstand einstimmig beschlossen, diese Sektion wegen Disziplinlosigkeit aus der Partei auszuschließen.

Schließlich wurde beschlossen, der Rademondstration dieses Jahres einen ausgesprochen antimilitaristischen und antinationalistischen Charakter zu geben und die Massenversammlungen zu einer Agitation zugunsten des „Avanti“ zu benutzen, der für die technische Verbesserung seiner Drucker größerer Mittel bedarf. Die Sitzungen des Parteivorstandes dauern fort.

Pollzeiliches, Gerichtliches, usw.

Der Polizeiaufmarsch gegen die roten Kransschleifen.

In Breslau ist die Polizei der Meinung, daß durch eine rote Kransschleife ein Zeichenbegünstigung zu einem ungewöhnlichen wird und will die Anweisung erzwängen. Dabei greift sie zu Mitteln, die die Pietät auf das grösste verletzen sowie Störungen des Zeichenbegünstigung im Gefolge haben. Im solchen Störungen

hinzubeugen, wurden die Kränze mit den roten Kransschleifen nicht mehr dem Zeichenzuge vorangetragen, sondern auf die Särge gelegt. Damit begünstigte sich die Polizei fast ein ganzes Jahr lang und ließ die so untergebrachten roten Kransschleifen anstandslos passieren. Als aber am Sonntag eine Genossin beerdigt werden sollte, erregte sich wieder ein durch die Polizei hervorgerufener Zwischenfall, der bei dem nach Hunderten zählenden Trauerzuge einen Sturm der Entrüstung hervorrief. Kurz nachdem der von den eigenen Kindern der Verstorbenen mit einem Kranz mit roter Schleife geschmückte Sarg auf den verbedeten Leichenwagen gehoben war, trat ein Polizeikommissar an den Wittwer heran und forderte die Entfernung der roten Schleife. Dieses Ansuchen wurde von den Angehörigen mit folgenden Worten abgelehnt: „Der Kommissar, wenn Sie es fertig bringen, die Schleife, die meine Kinder ihrer verstorbenen Mutter gemeldet haben, herunterzureißen, dann tun Sie es!“ Kaum hatte der Kommissar die Antwort, als er auch schon einem Kriminalpolizisten den Auftrag erteilte, die rote Schleife herunterzuholen. Diese wurde von dem Kriminalpolizisten in Fegen heruntergerissen. Hundertfache Schmährufe auf die Polizei begleiteten diese recht pietätlose Handlung. Aber nicht nur die roten Schleifen hatten es der Polizei angetan, selbst solche in den ungeschulden Farben der Stadt Breslau und der deutschen patriotischen Turnerschaft, weiß-rot, wurden konfisziert, deren Träger aus dem Trauerzuge herausgeholt und zwecks Feststellung ihrer Nationalität nach der Polizeiwache befördert. Ein anderer Kranz mit rot-weißer Schleife, von einer unter bürgerlicher Leitung stehenden Krankenkasse wurde nur durch den energischen Protest des Trägers vor der Konfiskation bewahrt.

Proteste gegen diese Willkür der Polizei sind ergebnislos, weil das Gericht ohne Ausnahme die Handlungen der Polizei, und mögen diese dem Trauergefühl noch so herz- und pietätlos erscheinen, immer sanktioniert. Das eine Gute hat der Polizeiaufmarsch gegen die roten Kransschleifen aber doch im Gefolge, er fördert die Kirchenaustrittsbewegung.

Letzte Nachrichten.

Zwangsgermanisierung in Elb-Lothringen.

Strasburg, 26. März. (B. Z. B.) Die Erste Kammer stimmte heute der Vertagung des Landtages bis zum 17. November zu. Sodann fand die dritte Lesung des Etats statt. Blumenthal kritisierte den Etat des Ober-Schulrats, betreffend den Gebrauch der deutschen Sprache an den höheren Schulen, der im Lande Aufsehen und eine gewisse Erregung hervorgerufen habe. Staatssekretär Graf Noebern erwiderte: Es handelt sich um ein Internum der Schulverwaltung und ich kann nur dem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß ein solches Internum der Schulverwaltung anscheinend von einem höheren Beamten in die Zeitungen gebracht worden ist. Wir werden uns das Recht, über das Verhalten der Lehrer innerhalb der Schule zu wachen, nicht nehmen lassen.

Das „liberale“ Reichsvereinsgesetz gegen die Gewerkschaften.

Bonn, 26. März. (B. Z. B.) Vor dem hiesigen Schöffengericht hatten sich heute mehrere Mitglieder des Alten Bergarbeiterverbandes wegen Hebertretung des Vereinsgesetzes zu verantworten. Sie hatten trotz Befragung des Polizeipräsidenten nicht auf Entfernung der jugendlichen aus ihrem Verein hingewirkt, weshalb Anklage erhoben wurde. Nach wehrständiger Beweisaufnahme kam der Schöffengericht zu der Überzeugung, daß man es mit einem politischen Verein zu tun habe, und verurteilte deshalb die Angeklagten zu je 10 R. Geldstrafe.

Die Kofette-Kommission.

Paris, 26. März. In der Nachmittagsitzung sagte Justizminister und Siegelbewahrer Biennou Martin aus, er habe, nachdem er auf der Kanzlei den Bericht des Oberstaatsanwalts Joffre, vor dem in den Wägen die Kofette war, nicht gefunden habe, Kofette zu sich rufen lassen. Dieser habe ihm gesagt, es handele sich um eine einfache von ihm selbst redigierte Note. Joffre habe ihm diese Note nicht gezeigt und auch nicht deren Inhalt mitgeteilt, den er lediglich aus der Verlesung durch Parthou kennen gelernt habe.

Nachdem er telephonisch darauf bestanden hatte, diese Note gleich seinem Vorgänger Briand kennen zu lernen, habe Joffre sie ihm für 6 Uhr abends zugelegt. Dann habe Joffre jedoch wieder auf seiner Ablehnung beharrt, indem er sich auf den persönlichen Charakter der Note berief. Er habe, sagte Biennou Martin hinzu, daraufhin nicht auf seiner Forderung bestanden, da er nicht den Anschein erwecken wollte, einen Druck auszuüben.

Das Verhör der Frau Caillaux.

Paris, 26. März. Bei ihrem heutigen Verhör vor dem Untersuchungsrichter wiederholte Frau Caillaux, daß sie nicht die Absicht gehabt habe, Calmette zu töten, sie habe lediglich die Briefe von ihm fordern wollen, die in seinem Besitz waren. Sie sei allerdings entschlossen gewesen, für den Fall, daß er sich weigern sollte, die Briefe herauszugeben, zu schießen, und habe den Revolver für alle Fälle gekauft. Auf ihre an Calmette gerichtete Frage, ob er den Zweck ihres Besuchs kenne, habe dieser verneinend geantwortet. Die Angeklagte sagte weiter, die einzige Erklärung für ihr Verhalten sei, daß sie völlig von Sinnen gewesen sei.

Im weiteren Verlaufe des Verhörs erklärte Frau Caillaux, daß sie nur die Wahrheit sage. Sie könnte heute beispielsweise behaupten, daß Calmette gegen sie Drohungen ausgesprochen, daß er sie herausgefordert habe. Aber sie sehe es als ihrer unwürdig an, die Unwahrheit zu sagen. Auf die Bemerkung des Untersuchungsrichters, daß der Vorbedacht aus dem Ankauf des Revolvers und der Schießübung hervorgehe, antwortete Frau Caillaux, sie habe keine Schießübung vorgenommen, sondern sich lediglich mit der Handhabung der Waffe vertraut machen wollen, da sie vorher noch niemals mit einem Revolver geschossen habe. Als der Angestellte der Waffenhandlung ihr vorgezeigt habe, auf eine einen Menschen darstellende Scheibe zu schießen, habe sie keinen Grund gehabt, abzulehnen, da sie bei dem Ankauf der Waffe erklärt habe, sie brauche den Revolver für eine Reise.

Im weiteren Verlauf ihres Verhörs bezeichnete Frau Caillaux den Brief, den sie an ihren Gatten richtete, als Beweis dafür, daß sie noch ungesund war, ob sie nun „figaro“ geben sollte oder nicht. Sie habe geglaubt, den Feldzug Calmettes aufhalten zu können, manigfaltig so weit, als sie persönlich betreffen worden sei. Sie würde nichts getan haben, wenn sie nicht der bevorstehenden Veröffentlichung der sie betreffenden intimen Briefe gewiß gewesen sei. Den mit „Ton Jo“ unterzeichneten habe sie für den ersten einer ganzen Reihe gehalten. Aus den beigefügten Bemerkungen habe sie klar zu ersehen gemeint, daß andere folgen würden.

Anarchistische Zustände in Albanien.

Paris, 26. März. (B. Z. B.) Der „Temps“ meldet, daß in Durazzo vollständige Anarchie herrscht. Das Kriegsrecht soll proklamiert worden sein. Der Fürst und die Fürstin von Albanien können ihr Palais nicht verlassen. Zwischen aufständigen Epizoten und Albanesen haben in den letzten Tagen wiederholt Zusammenstöße stattgefunden.

Möbel reell gut nur bei Otto Piehl

solid billig

Brunnenstrasse 120

Kulante Zahlungsbedingungen, die sich nach den sozialen Verhältnissen richten.

Kein Preisaufschlag wenn Teilzahlung

Kein Kredithaus	Keine sog. Bazarware
Küchen v. 48 bis 180 M.	Sofas v. 52 bis 480 M.
Wohnzimmer von 235 bis 625 M.	Garnituren von 110 bis 350 M.
Moderne Schlafzimmer von 295 bis 800 Mark	Chaiselongues von 21 bis 65 Mark
Moderne Speisezimmer von 320 bis 900 Mark	Eiserne Bettgestelle von 28 bis 65 Mark
Komplette Herrenzimmer von 315 bis 900 Mark	Bettgestelle mit Matratze u. Kell. von 32 bis 72 Mark
Komplette Einrichtungen von 230 Mark an	Klorderschränke Ausziehtische von 38 bis 72 M. v. 15.50 bis 65 M.
ca. 60 Musterzimmer ausgestellt	Büfette in Nussbaum, Eiche u. Mahagoni von 125 bis 550 Mark
ca. 600 M. Ausstellungs-Raum	Trumeaus Flurgarderoben von 32 bis 110 M. v. 13.50 bis 65 M.
Besichtigung ohne Kaufzwang!	Schreibtische Bücherschränke von 48 bis 225 M. von 75 bis 160 M.
Teilzahlung ohne Preisaufschlag!	Vertikos Anklorderschränke von 38 bis 72 M. von 95 bis 165 M.
Brautleuten Extra-Preise!	Achten Sie genau auf Strasse und Hausnummer und auf meine drei Schaufenster-Auslagen!



Schnupper! achtet auf die gesetzlich geschützte Packung, um Goldfarb echt zu erhalten!



Garderoben-Haus
Gr. Frankfurter Str. 116
Bequeme Fächerverbindung.
II. Geschält:
Schönhauser Allee 101
(Alte Untergrundbahn)

empfeht
in seinen besten Teildänden
des besten gefertigten Garderoben.
Diesen sind von Gerichten,
Rechtlichen u. teils nur kurze Zeit
getragen.

Es ist
Jedem Herrn
Beliebigst gegeben, sich mit ein-
gerichteten, ausdauernder Bekleidung für
billiges Geld
zu versehen. J. H.

Herren-Anzüge	10, 14, 18, 20, 24
Herren-Jaketen	12, 16, 20, 24, 28
Herren-Paletots	8, 10, 14, 24, 28
Herren-Blusen	12, 16, 20, 24, 28
Herren-Hemden	20, 24, 28, 32
Herren-Hosen	2, 3, 5, 8

Für jede Figur vollen am Lager

Beste Abnormen-Garderoben und zurückgebildete Mass-Anzüge und Paletots von 25 M. aufwärts.

Extra-Abteilung:
Neue eleg. Kleidung
Institut für Verleihung eleg. Gesellschafts-Anzüge

Größtes Spezial-Geschäft sämtlicher
Gastwirts-Artikel.
L. Katz & Co.,
Spandauer Str. 45 am Molkenmarkt.

Filialen: Neukölln, Bergstraße 65, am Bahnhof u. Hermannstraße 35, Ecke Wanzlikstraße.

Knabenanzüge
Paletots, Pyjamas, einzelne Hosen am preiswertesten direkt in der Fabrik
Bertha Preßel
50 Andreasstr. 50, I. Etage.
Kein Laden.

Billige Kohlrüben
für Wiederverkäufer usw.
Reinste prima gelbe, echte Holländer Speisekohlrüben, Zentner nur 1,50 M. Hartwig & Co., Berlin O 17, am Ostbahnhof 3. 45/8



Überall zu haben in großen Dosen a 20 Pf.
Fabrik: Chemische Werke Lubszynski & Co., Aktiengesellschaft, Berlin-Lichtenberg.

Gewerkschaftliches.

Bergarbeiterverband und Reichsvereinsgesetz.

Der Bergarbeiterverband und seine Vorläufer sind unter dem früheren Vereinsrecht Verfolgungen ausgesetzt gewesen, wie wohl kaum eine andere moderne Gewerkschaft seit dem Fall des Sozialistengesetzes. Ihn in aller Form als einen politischen Verein zu erklären, blieb im vorigen Jahre, also unter der Herrschaft des neuen Vereinsgesetzes, einem preussischen Oberlandesgericht, dem in Celle, vorbehalten. Es geschah dies im Verlauf eines Prozesses, der in einer Doppelinstanz gegen den Lokalbeamten für Vorfingbauern am Deister, Reddigau, angestrengt worden war. Das Urteil des Oberlandesgerichts Celle beruht auf einem Gutachten, das der Polizeirat Goehrke vom königlichen Polizeipräsidenten zu Bochum als Sachverständiger abgegeben hatte. Es sei hier nebenbei die immerhin interessante Bemerkung eingeschaltet, daß in der zweiten Instanz der Strafkammer vorstehend sich an den Polizeipräsidenten von Hannover um Ratshastmachung eines Beamten gewendet, der über die Tendenzen des Verbandes Auskunft geben könne. Der Polizeipräsident hatte erwidert, daß er das nicht könne, weil man in Hannover keinen Anlaß gehabt, sich mit den politischen Bestrebungen des Verbandes von Amts wegen zu befassen; man möge sich nach Bochum (dem Sitz des Verbandes) wenden.

So kam Polizeirat Goehrke in die Lage, das gewünschte Gutachten abzugeben, das schriftlich eingereicht und von ihm später beeidigt wurde. Und — merkwürdiger Zufall: Herr Goehrke war es beschieden, nach dem Rechtskräftigwerden des erwähnten oberlandesgerichtlichen Urteils die an den Verbandsvorstand gerichtete Aufforderung des Bochumer Polizeipräsidenten zu unterzeichnen, worin unter Strafandrohung die Beobachtung der Vorschriften für politische Vereine gefordert wurde. Das geschah unterm 27. Mai 1913. Schließlich wurde der Vorsitzende, Genosse Sachse, am 4. August vorigen Jahres polizeilich vernommen. Er hat umfassende tatsächliche Angaben über die Haltlosigkeit des polizeilichen Verlangens gemacht und diese später noch in einem ausführlichen Schriftsatz ergänzt. In diesem rückt er an Hand des Status, der in Frage kommenden Protokolle und Zirkulare besonders dem Gutachten Goehrkes zu Leibe, weil man sich auf das Urteil von Celle berief. Sachse verwies auf eine ganze Reihe von Handlungen des christlichen Bergarbeiterverbandes und der gelben Werkvereine, die in erheblichem Maße den vom Bochumer Polizeipräsidenten entdeckten Merkmalen eines politischen Vereins entsprechen, die zum Teil sich in Bochum selbst geäußert. Alles vergeblich. Es kam zur Anklage.

Von der Verteidigung, die in den Händen des Genossen Rechtsanwalt Heinemann (Berlin) ruht, sind umfangreiche Beweisanträge gestellt. In erster Linie, um zu beweisen, daß das Gutachten des Polizeirats Goehrke unrichtig ist. In diesem Gutachten hat Goehrke u. a. behauptet, der Verband sei der „internationalen Bergarbeiterföderation“ seit ihrem Bestehen angeschlossen, die von der Generalversammlung gewählten Delegierten hätten sich an der Beratung und Beschlussfassung beteiligt und somit die Beschlüsse als für den Verband bindend anerkannt. Es ist ein Beweis dafür angetreten, daß der Verband als solcher sich erst seit 1911 durch von ihm gewählte Delegierte an den internationalen Kongressen beteiligt, daß es eine internationale Föderation nicht gibt (!) und daß dem Kongress keinerlei Exekutive zur Verfügung steht, die nationalen Verbände auch an die Beschlüsse nicht gebunden sind, daß endlich auf Verlangen des Verbandes seit 1911 alle politischen Fragen von der Erörterung ausgeschlossen worden sind.

Es ist ferner der Beweis dafür angeboten, daß — sofern aus früheren Handlungen des Verbandes oder seiner Organe eine politische Tätigkeit konstruiert werden könnte — seit

einer Äußerung des Polizeirats Goehrke mit dem Vorsitzenden Sachse über die nach Goehrkes Ansicht unzulässige Ausführung eines Beschlusses, die Lieferung der „Arbeiterjugend“ an die jugendlichen Mitglieder betreffend, alles vermieden worden sei, was eine politische Betätigung im Sinne des Vereinsgesetzes bedeuten könnte. Weiter wird der Beweis geführt, daß Polizeirat Goehrke in seinem Gutachten die Instruktion des Verbandsvorstandes für die Funktionäre in puncto Mafseier unvollständig zitiert (!) und ihr so einen ganz falschen Sinn unterstellt habe. Sehr umfangreich ist das Beweismaterial für die ungleiche Behandlung des Bergarbeiterverbandes im Vergleich zu christlichen und gelben Verbänden.

Als Zeugen sind Hue, Karolin (Böhmen) und Ashton (Manchester) von der Verteidigung vorgeschlagen. Und — Polizeirat Goehrke! Außerdem ist beantragt, Hue und Sachse als Sachverständige zu vernehmen, hingegen Polizeirat Goehrke als Sachverständigen abzulehnen. Auf den Verlauf des Prozesses darf die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gespannt sein.

Deutsches Reich.

Der Bergarbeiterverband im Jahre 1913.

Vor einiger Zeit ging durch die unternehmerfreundliche Presse die jubelnde Nachricht, daß der verhasste Verband der Bergarbeiter einen „gewaltigen Rückgang“ erlitten habe. Wer die Macht des Kapitals im Bergbau und seine skrupellose Bekämpfung der Arbeiterorganisation kennt, der hätte jene Meldung schon als wahr hinnehmen dürfen. Und dies um so mehr, als gerade in den Bergbaurevieren die gelbe und christliche Arbeiterzerpflünderung besonders gepflegt wird. Wenn also in der Tat ein starker Rückgang der freien Gewerkschaft der Bergarbeiter eingetreten wäre, so hätte dies seine natürliche Erklärung gefunden und den Arbeiterfeinden noch lange keinen Anlaß zu ihrem überschwänglichen Jubel geboten.

Jetzt bringt der Verband der Bergarbeiter seinen Kasernenbericht für das vergangene Jahr heraus. Ihm ist zu entnehmen, daß weder die Jodenherrn noch ihre gelben und schwarzen Anechte besondere Ursache zur Freude haben. Die Einnahmen des Bergarbeiterverbandes beliefen sich im Berichtsjahre — vom 1. Februar 1913 bis 31. Januar 1914 — auf 2 078 613 M. Davon entfallen auf Mitgliederbeiträge 1 885 700 M., die allerdings gegen das Jahr 1912 um 307 802 M. zurückgeblieben sind. Zum Teil läßt sich die Differenz damit erklären, daß in der lebhaften Bewegung, die dem großen Ruhrstreik 1912 vorausging, alle Anstrengungen zur Rüstung gemacht und die ausstehenden Beitragsreste fast sämtlich hereingeholt wurden. 1913 waren dagegen wieder Restanten in größerer Zahl vorhanden, eine bedauerliche, aber unausbleibliche Nachwirkung des schlagelagerten Streiks von 1912.

Der Einnahme von 2 078 613 M. steht eine Ausgabe von 1 527 792 M. gegenüber, so daß sich das Verbandsvermögen um 550 821 M. erhöhte; es beträgt einschließlich der Bezirks- und Ortskassenbestände 3 232 357 M.

Gegen welche Mächte der Bergarbeiterverband anzukämpfen hat, ist aus seinen Ausgaben ersichtlich. Da fallen zunächst ins Auge die hohen Kosten für Rechtschutz, für Gerichts- und Anwaltskosten. Nicht weniger als 114 716 M. brauchte er dazu, um seine Mitglieder in der Wahrnehmung ihrer Rechte als Arbeiter gegen das Kapital und die Versicherungsbürokratie zu schützen. Trotz Arbeitermangel in der Hochkonjunktur war die Maßregelungsbaut der Bergarbeiter noch so groß, daß zur Unterstützung ihrer Opfer 29 707 M. aufgewendet werden mußten. Fast die gleiche Summe — 31 812 M. — sind als Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt, womit der gegen Ende des Jahres einsetzenden Wirtschaftskrise ihr Tribut entrichtet wurde. An Krankenunterstützung sind 284 011 M., an Sterbegeld 81 490 M. ausgezahlt worden. Ganz von Streiks verfehlt blieben die Bergarbeiter auch im Jahre 1913 nicht. 146 498 M. hatte der Verband für Lohnkämpfe aufzuwenden, zwei Drittel dieser Summe allein in Oberschlesien.

Wenn das Jodenzkapital angesichts dieses Jahresabschlusses frohlocken will, so braucht das der Bergarbeiterverband nicht ernst zu nehmen. Er hat seiner Kriegskasse wiederum über eine Million Mark zuzuführen können, so daß jetzt beinahe dieselbe Menge an Munition vorhanden ist, wie vor dem letzten großen Kampfe. Durch dessen Fehlschlagen konnte die Werkkraft der Organisation wohl vorübergehend gelähmt werden, am Ende sorgte aber das Schermachertum selbst dafür, daß sie gegenwärtig wieder zu neuem Leben erwacht ist.

Krise und Lohnbewegungen im Radelofengewerbe.

Von der haugewerblichen Krise ist vor allem auch das Radelofengewerbe stark in Mitleidenchaft gezogen worden. Hunderte Ofenleher sind seit Monaten arbeitslos, hunderte sind zu anderen Berufen übergegangen. In den vom Baumarkt abhängigen Ofenfabriken haben ebenfalls teilweise große Entlassungen stattgefunden; fast durchgängig wird die Produktion nur unter starken Betriebs Einschränkungen aufrecht erhalten. In Westen in der Mark, wo noch vor zehn Jahren circa 850 Köpfer in den Ofenfabriken beschäftigt waren, werden jetzt nur noch circa 200 Mann beschäftigt. Hier wütet die Krise besonders stark, weil der Absatz der Westener Ofenfabriken sich in der Hauptsache auf Groß-Berlin beschränkt und hier die Bauverhältnisse schon seit Jahren geradezu trostlos sind. In Groß-Berlin, wo in den Zeiten der letzten Prosperität noch circa 2800 Ofenleher beschäftigt waren, stehen nur noch circa 1400 im Gewerbe, ein großer Teil davon ist seit Monaten arbeitslos. Die Krise erhält im Ofenlehergewerbe ihre besondere Schärfe durch die Konkurrenz der verschiedenen Zentralheizungs-systeme und die hohen Löhne, die den Absatz von Radelöfen nach dem Auslande bedeutend erschweren.

Zu solchen Zeiten sind es nun vor allem die Unternehmer im Ofenlehergewerbe, die versuchen, an den allerorts abgeschlossenen Tarifverträgen durch Tarifbindungen zu rütteln. In Berlin hatten die Unternehmer bereits im Jahre 1912 den Lohn tarif geständig, um einen von ihnen aufgestellten weniger günstigen Tarif durchzudrücken. Die äußerst langwierigen Verhandlungen zeitigten kein positives Resultat; schließlich beschloffen die Gehilfen, lieber tariflos zu arbeiten, welcher Zustand heute noch andauert. Die andauernde Lähmung auf dem Berliner Baumarkt dürfte auch in nächster Zeit in diesem durch die Unternehmer verschuldeten unerschütterlichen Verhältnis keine Änderung bringen.

Im Lohngebiet Dresden-Pirna hatten die Unternehmer zum 1. Januar die Tarife geständig; auch hier ist ein neues Tarifabkommen noch nicht zustande gekommen, jedoch ist vereinbart worden, daß die alten Tarife solange Geltung haben, bis neue Tarife abgeschlossen sind. Immerhin ist dort die Aussicht vorhanden, daß neue Abschlüsse auf friedlicher Basis durchgeführt werden.

Anderwärts liegt es in Stottbus, Kottbus, Reumünster, Nürnberg, Euskirchen und Posen. In diesen Orten haben die Unternehmer gleichfalls die Tarife geständig; sie laufen sämtlich am 1. April ab. Die bisherigen Verhandlungen haben noch kein für die Gehilfen annehmbares Resultat gebracht. Jedenfalls dürfte in den meisten der genannten Orte am 1. April der Abwehrkampf ausbrechen. Der Ofenleherverband ist darauf eingerichtet; seine Kassen- und Organisationsverhältnisse sind befriedigend, so daß die Organisation den kommenden Kämpfen wohlgezwappnet gegenübersteht.

Der Verband der Sattler und Portefeuller im Jahre 1913.

Das Sattler- und Portefeullergewerbe gehört mit zu denjenigen, das mit zuerst von den Schwankungen der wirtschaftlichen Konjunktur berührt wird, sind doch die Hauptbranchen, die Lederverarbeitungsindustrie und die Automobilfabrikation, stark zu der Luxusindustrie zu rechnen. In der Tat wurden auch die Hauptplätze der Portefeuller und Reiseartikelindustrie, Berlin, Offenbach und Stuttgart, im vergangenen Jahre stark von der Arbeitslosigkeit heimgesucht. Trotz alledem hat die Organisation in ihrem Mitgliederbestande noch einen verhältnismäßig guten Fortschritt zu verzeichnen, stieg doch die Mitgliederzahl um 510 im Berichtsjahre, insgesamt zählte der Verband 14 855 Mitglieder.

Die Zahl der Lohnbewegungen ist gegen das Vorjahr beträchtlich zurückgegangen. Es fanden statt: 65 Bewegungen (1908: 88) in 191 Betrieben mit 2289 Beschäftigten, woran 1906 Personen beteiligt waren. Ohne Arbeitseinstellung konnten 44 Bewegungen mit 1459 Personen beendet werden. In 21 Fällen kam es zum Kampf und zwar waren daran 636 Personen beteiligt; 152 wurden ausgesperrt. Die Kämpfe, insbesondere die Abwehrkämpfe, an denen hauptsächlich die Wagen- und Autobranche beteiligt war, waren zumeist langwierig. Trotz der Ungunst der Konjunktur konnten die Lohnbewegungen mit meist gutem Erfolg beendet werden. Die Streiks endeten in 13 Fällen mit und in 8 ohne Erfolg, die Lohnbewegungen zeitigten in 36 Fällen einen vollen und in 8 Fällen teilweisen Erfolg. Erzielt wurden für 1031 Personen eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 1021 Stunden, für 1375 Personen eine wöchentliche Lohnerböschung von 2995 M., außerdem in vielen Fällen die Regelung der Ueberstundenbezahlung und sonstige Verbesserungen. Die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen machte gleichfalls den gegebenen Umständen angemessen gute Fortschritte, es wurden 34 Verträge für 112 Betriebe mit 1101 Personen abge-

Kleines Feuilleton.

Rezept für nationale Jugendliteratur. Man nehme: einen angejahrten Schriftsteller, der jähre und sonst zu weiter nichts mehr zu gebrauchen ist. Setze ihn mit Seewasser an das beste Feuer des Prozenpatriotismus, tue ihm ein paar Goldstücke in die Hand, vergrabe aber nicht, den Topf sofort fest zu verschließen (denn sonst verduftet er spurlos) und lasse ihn ordentlich aufwallen. — Man kann auch anstatt des Seewassers den Inhalt von Kräuterdosen oder Proletariatschweiß und Blut verwenden und in mystischem Dunst dämpfen, doch ist das erste Rezept einfacher und erfreut sich bei höheren und höchsten Herrschaften großer Beliebtheit — dann tue man allerlei Eszenzen aus deutschen Kolonien hinzu: Krauses Kegerhaar, Reste von gelben Keiterstiefeln usw. Ferner: den zehnfachen Auszug aus alten Uniformstücken, je eine gute Prise Schießpulver und Nitroglycerin, eine Handvoll Kruppplatt und gehacktes Blei, drei Haare von einem Löwen, Tiger oder anderem wilden Getier, Blase mit Wasserwinden, einem Tausen oder Saunen hinein (hat man diese nicht, so tut es auch die Luftbewegung, die ein dreifaches Hurra bestelltest Lindenpublikums verursacht). Darauf gieße man ein Schnäpßchen frisches Kaffern- oder Hereroblut hinzu. Eine Handvoll edler Gefinnung, einige abgeschmaltene Raten und Ohren dürften übrigens dem Gericht durchaus nicht schaden. Ist alles gut durchgerührt, so knete man mit dem nötigen servilen Speichel, einem Abtuch von Personenkultus und Liebedienerei das Ganze durch, forme Trüben in Gestalt von Kriechtieren, Denkmalschdeln oder Brisanzgranaten und garniere damit. Das fertige Gericht wird mit pastoralet Sauce begossen auf altfeudalen Wappensteinern garniert.

Besonders geeignet ist die Speise für das Publikum von Vollsüßen (wenn man eifrig nötig), für Schulpeitschalen und für Menus bei Kriegervereinsfesten und als Nachstück bei den Tees Vaterländischer Frauenvereine. Gode und höchste Herrschaften sollen zwar nur wenig davon genießen, werden aber die Speise stets empfehlen.

Das Zwölf-Tage-Rennen (nach dem Vergnügen). Nachdem man sich den ganzen Winter in Berlin vergeblich um Wig, Laune und Uebermut bei den Festen bemüht hatte, verfuhrte man es nunmehr mit der Zeit. Herrgott, in einem Tage haben wirs nicht geschafft, — in zwölven werden wirs aber schaffen. Und das Amüsement begann.

Der einzige, der bei diesem Fest ganz glücklich und zufrieden aussehend dar, ist Herr Paruch, der Mann, der das Pappmaché und die hölzernen Säulen lieferte. Man hatte sich einige Rüge gegeben: der Festsaal war hübsch ausgestattet, einige Nebenräume waren gelungen, — was aber den Wig anging, so war er einen Moment mal herausgegangen und nicht wiedergekommen.

Am ersten Abend fanden bis 12 Uhr nachts alle Herrschaften herum und wußten nicht, wo das Vergnügen anfing. Durfte man schon...? Nein, man durfte noch nicht. Erst mußte man sehen, wie der Festzug die bedeutendsten Nimen vorbeizanzeln ließ, in ziemlich mißlungener Aufmachung. Dann wurde getanz, und man stellt sich die bange Frage, was soll um Gotteswillen an den eis noch übrigen Abenden gemacht werden? Um zu tanzen, muß man nicht so viel Geld ausgeben, also was sonst?

Maße und Palette? — Vielleicht. Daß aber die benachbarte Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Kirche nicht unter dem Trudel leiden wird, ist sicher. Denn Thalia und die Malmuse haben hier wenigstens ihr Temperament abgelegt, die Konfirmantinnen könnten aus dem Gotteshaus geradezu in den Tanzsaal treten, es würde ihnen kein Leids geschehen.

Im ganzen: eine Nichtigkeit, die für gar nichts symptomatisch ist als für die Unfähigkeit der Bürger, sich durch ihre Künstler wirklich einen Farbentaumel, ein Meer von Lustigkeit zu schaffen.

Massenuntersuchungen auf Bazillenträger. Auf einem Kongress der Englischen Gesellschaft für Gesundheitspflege war bereits im Jahre 1912 angeregt worden, Massenuntersuchungen Gesunder vorzunehmen, um festzustellen, ob und wieviel Bazillenträger, Leute, die Krankheitskeime mit sich herumzuschleppen, ohne selbst an der Krankheit zu leiden, sich darunter befinden. Von allgemeiner hygienischer Bedeutung ist hierbei, daß die untersuchten Personen gesund sind und sich in gesunder Umgebung und an einer gesunden Dertlichkeit befinden. Auf Grund eines Erlasses des Generalkommandos des 1. bayerischen Armeekorps waren bereits seit Jahren Untersuchungen an den Soldaten vorgenommen worden, die in den Küchen oder Kantinen beschäftigt werden sollten; man wollte so verhüten, daß von den unreinen Händen eines Keimträgers Nahrungsmittelvergiftungen ausgehen. Bei einem Untersuchungsmaterial von über 6000 Mann fanden sich nur 3 Bazillenträger, wie Prof. Dr. Waher in der „Münchener Medizinischen Wochenschrift“ (1914, Nr. 5) berichtet. Bei einer gleich gerichteten Untersuchung, die vor einigen Jahren in der Rheinpfalz an Schulkindern stattfand, hatten sich unter 12 000 Kindern 72 Bazillenträger befunden. Dies rührt bei der Landbevölkerung, die das Hauptkontingent zu den Untersuchungen stellte, von der Aufnahme dieser Bazillen aus Schweinen her, die die Paratyphusbazillen als unerschöpfliche Saprophyten (Fäulnisbewohner) im Darm beherbergen. Bei den Münchener Soldaten kommt noch in Betracht, daß unter der Münchener Einwohnerschaft, die die Garnison rund um das Hundertstücker übertrifft, sich 300 Keimträger befinden müßten, wenn man die Keimpfälligkeit Verhältniszahl zugrunde legte. Die Keimträgergefahr ist also beim Militär, wo man in der Unterbringung der Mannschaften nicht gerade mit vorbildlich hygienischen Verhältnissen rechnen darf, über alle Erwartungen gering.

Es hat sich somit gezeigt, daß wirkliche Krankheit erzeugende Keime im Darm Gesunder äußerst selten vorkommen und die Gefährdung des Gemeinwohls durch Bazillenträger, die man früher so

hoch veranschlagte, daß verschiedentlich der Vorschlag ernstlich in Erwägung gezogen wurde, alle Bazillenträger durch Einperrern zu isolieren, ist praktisch gar nicht vorhanden. Die Ansetzung von Paratyphus- und Ruhrkeimträgern — die häufigste Art — ist, wenn überhaupt vorhanden, also ganz gering, soweit gesunde Personen in gesunder Umgebung in Betracht kommen. Immerhin wird es sich indessen empfehlen, von der Verwendung von Bazillenträgern in Nahrungsmittelbetrieben abzusehen.

Notizen.

— Vorträge. Letzter „Kunst- und Künstler“-Vortrag am Freitag, den 3. April, abends 8 1/2 Uhr, in Rudolph Leppe's Kunstauktionshaus, Potsdamer Str. 122a. Architekt Professor Lehren s: „Künstlerische und gewerbliche Probleme“.

— Im Anschluß an die Generalversammlung des Deutschen Bundes für Paratyphus, Ortsguppe Berlin, hält Grete Reibel-Oesch am 30. d. Mts. einen öffentlichen Vortrag über „Kunde und die sexual-psychologischen Motive des Paratyphus“ im Architektenhaus. Beginn des Vortrags 9 Uhr. Eintritt frei.

— Die Erziehung zur Liebe — frei. Hans Rhyer's Drama „Erziehung zur Liebe“, das dem Jenseit so arge Bedenken bereitet hatte, ist nun doch zur Aufführung freigegeben worden, nachdem ein Konsortium von Jenseitern der Generalprobe beigewohnt hatten. Das schwer geprüfte Stück wird nun am nächsten Dienstag im Künstler-Theater sein jenseitiges Dasein eröffnen. (Hoffentlich unbeschritten.)

— Ein Wärfager-Einkommen. Von einer Dame wird neuerdings berichtet, die in Gotha „auf ihren Lorbeeren“ ausruht. Sie leistet sich ein luxuriöses Dasein. Es handelt sich um eine ehemalige „weltbekannte“ Wärfagerin, die in Berlin und anderen großen Städten, auch des Auslandes, geradezu märchenhafte Einnahmen erzielte. Sie moß dem Aberglauben jährlich durchschnittlich 200 000 M. ab, was eine Tageseinnahme von rund 550 M. ausmacht. Also eine Wärfagerin, die zum Haushalt der oberen Zeitnahrung gehörte.

Vor einem Jahre gab sie das Geschäft auf. Natürlich nicht etwa deshalb, weil sich nicht mehr gelohnt hätte. Wärfagen und Gelundebrenn blüht mehr denn je in den Schichten, die zu Hof und Adel gehören, und Berlin liefert den ergiebigsten Boden.

— Ein Dorf ohne Einwohner. Acht Kilometer von der im Departement Du Bar gelegenen Stadt Luges liegt ein Dorf namens Ribour, das die Sondereigenschaft hat, daß es von keinem Menschen bewohnt wird. Der inmitten einer sandigen, sonnenverbrannten Ebene gelegene Ort besteht aus etwa zehn Häusern, der Kirche, dem Rathaus und dem Kirchhof. Seit etwa 12 Jahren haben sich alle Dorfbewohner wegen der Trockenheit und Unfruchtbarkeit des Bodens außerhalb der Kommunalgrenzen angehebelt. Nur zwei Bauernwirtschaften, die sieben Kilometer von einander getrennt sind, sehen vorübergehend die Besitzer als Gäste bei sich.

schlossen, sodas jetzt 88 Tarifverträge für 745 Betriebe mit 12 751 beschäftigten Personen bestehen. Das Jahr 1913 brachte in der Wehrzahl nur Erneuerungen von bereits früher abgeschlossenen Verträgen.

Die Einnahmen des Verbandes betragen 879 741 M., die Ausgaben 295 796 M. Den Löwenanteil der Ausgaben beanspruchte die Erwerbslosenunterstützung, wofür 11 102 M. ausgegeben wurden, eine Summe, die seit Einführung dieser Unterstützung (1903) noch niemals und nicht annähernd gezahlt wurde. Die Losalkassen haben gleichfalls hohe Zuschüsse zu den Unterstützungen geleistet, so daß die Organisation befriedigend auf ihre Leistungsfähigkeit zurückblicken darf. Wenn auch das erste Quartal 1914 noch mit einer enormen Arbeitslosigkeit zu rechnen hat, die den Vorstand zu einer besonderen Extraintervention der Arbeitslosen veranlaßt, so darf doch erwartet werden, daß die Organisation sehr bald den Höchststand von 1913 wieder erreicht.

Feinde des Koalitionsrechts.

Die Reisenden der Steinhägerbrennerei H. C. König in Steinhagen operieren mit einem Schreiber, nach dessen Inhalt die Differenzen mit der Firma beigelegt seien resp. keine Beständen. Herr König hat auch an seinen Generalvertreter Stein in Mannheim ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:

„Auf Ihre werthe Anfrage vom 22. Dezember erwidern wir ergebenst, daß ich mit meinen Leuten im besten Einvernehmen lebe und noch nie einen Arbeiter einen Revers unterschreiben ließ, daß er keinem Verbandszugehörigen, auch nicht vorgelegt habe. Die Ihnen gemachten Mitteilungen sind direkt unwahr. Sagen Sie bitte dem Verein, daß ich solche Behauptungen bestreite und daß derartige Redereien von Arbeitern verbreitet werden, die vor Jahren einmal bei mir waren.“

Bei mir sei noch die Streik gewesen; es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß bei größeren Firmen mal Differenzen entstehen.“

Herr König behauptet also in dem Briefe, er habe noch nie einen Arbeiter einen Revers unterschreiben lassen, und er stellt dies direkt als unwahr hin! Hat Herr König denn den 18. Oktober 1913 vergessen, wo er zu dem einen gemahregelten Arbeiter Schmidt sagte:

„Wenn Sie einen Vertrag (Revers) unterschreiben, daß Sie aus dem Verband austreten und nicht wieder beitreten, so lange Sie bei uns beschäftigt sind, können Sie sofort anfangen!“

Und weiter:

„Sagen Sie es auch den anderen Leuten, sie sollen die Verbandsgeheimnisse unterwegs lassen!“

Herr König bestreitet weiter solche Behauptungen und stellt die Sache so dar, als ob sie von einem vor Jahren entlassenen Arbeiter ausgingen. Danach existiert der Verband für die Firma gar nicht! Es ist dem Gedächtnis des Herrn König auch entfallen, daß er durch seinen Vertreter, Herrn Rechtsanwalt Schmidt (Wiesfeld), mit dem Verband der Brauerer- und Mälzenarbeiter eine Vereinbarung abgeschlossen hat, die den Arbeitern eine Lohnerhöhung brachte. Die Vereinbarung wurde am 3. Mai 1913 abgeschlossen. In dieser Vereinbarung steht auch:

„Die Firma verpflichtet sich, bei Wiederbedarf von Arbeitskräften diese beiden Arbeiter als erste einzustellen.“

Beide Arbeiter wurden am 1. April 1913 auf die Straße geworfen. Als sie den Verwalter fragten, warum sie entlassen würden, sagte dieser ihnen: „Ihr wißt es ja!“ Ja, sie wußten es, und Herr König hat es am 18. Oktober 1913 bestätigt, daß sie nur wegen ihrer Verbandszugehörigkeit entlassen wurden.

Nach der eigenen Aussage des Herrn König am 18. Oktober 1913 war also auch kein Arbeitsmangel vorhanden, denn er hätte doch beide Arbeiter eingestellt, wenn sie aus dem Verband angetreten wären. Dem Verband gegenüber wurde stets erklärt, es ist kein Bedarf von Arbeitskräften vorhanden, obgleich am 1. Oktober 1913 neue Arbeiter eingestellt wurden und auch von Rechtsanwalt Schmidt beim Abschluß der Vereinbarung betont wurde, der Passus betreffend die Wiedereinstellung werde loyal eingehalten.

Am Schluß seines Schreibens widerspricht sich Herr König selbst: Im Anfang stellt er alles als unwahr hin und im Schlußsatz gibt er in vorsichtiger Weise zu, daß bei größeren Firmen mal Differenzen entstehen!

Das Wiesfelder Gewerkschaftskartell existiert für die Firma König ebenfalls nicht. So hielt die Firma nicht einmal für nötig, auf höfliche Ansuchen in vorstehender Sache dem Gewerkschaftskartell, der Vertretung von 18 000 Arbeitern, zu antworten.

Da Herr König bis heute noch nicht die gemahregelten Arbeiter eingestellt hat, ebensowenig auch beruhigende Erklärungen bezüglich der Anerkennung des Koalitionsrechts für die bei seiner Firma beschäftigten Arbeiter abgegeben hat, geht der Kampf weiter. Das Wiesfelder Gewerkschaftskartell hat seinen Vorklatschbeschuß noch nicht aufgehoben.

Ausland.

Die Generalstreikbewegung von Palermo.

Rom, 24. März. (Sig. Ber.) Am 23. d. M. hat die Arbeiterkammer von Palermo einen Generalstreik proklamiert, um den Willkürlichen Besteuerung der Arbeiterschaft und ungerechte Verteilung der Subventionen zum Vortwurf macht, die die Stadt den Arbeiterorganisationen gewährt. Der Streik, der mit ziemlichem Einmächtigkeits durchgeführt wird, hat zu zahlreichen Polizeizehnen Anlaß gegeben. Es sind etwa 50 Verhaftungen vorgenommen worden. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, nicht zurückzutreten. Die Konflikte des ersten Tages dürften sich trotzdem nicht wiederholen.

Jugendbewegung.

Gott helfe Herrn Meher!

Wie männiglich bekannt, wird der Jugendparagraf des Reichsvereinsgesetzes auf bürgerliche Jugendvereine nicht angewendet. Deren Zeitschriften dürfen daher munter Tagespolitik treiben, ohne daß ein königlicher Staatsanwalt auf den Gedanken käme, ihre Vereine für politisch zu erklären. Unter den politischen Hannegießern der bürgerlichen Jugendbewegung tut sich besonders hervor der „Leuchtturm“, das Blatt der evangelischen Männer- und Junglingsvereine. In seiner Nummer 12 steht er wieder einmal gen Himmel ob der furchtbaren „Roten Wache“, die die gottlosen Sozialdemokraten jetzt während der Passionszeit des Herrn veranstaltet haben. Trozdem hat es der „Leuchtturm“ gut mit uns ver. Er will uns nicht nur herausschreien aus solchem Verderbenswahn, sondern sogar „herauslieben“, um uns die „Segenstrahlen Gottes“ aus Haupt zu drücken. Er scheint aber doch eine leise Ahnung zu haben, daß uns noch tiefere Herlichkeiten nicht recht gelüftet und deshalb prophezeit er düster wie der alte Jeremias:

Es werden Kämpfe bis aufs Blut entbrennen. Doch wer glaubt, der scheidet nicht. Gerade die Glaubenskämpfer sind noch heiß die Frontkämpfer gewesen. Aus der roten Wache wird bald ein rotes Jahr werden und aus dem roten Jahr wird die rote Zeit geboren, vielleicht eine blutrote Zeit. Wir wollen die Entscheidungsfähigkeit vorbereiten, wir wollen Glaubensheere heranbilden und ins Feld führen, wir wollen einig und fest und treu zusammenstehen, wir alle, die wir von Gott gelehrt sind und die Erkenntnis des Heils haben.

Gott helfe uns. Meher. Ja, Gott helfe Herrn Meher. Er und seinesgleichen haben Hilfe nötig. Wir wollen und inzwischen selbst helfen.

Von der Jugendbewegung in der Schweiz.

Die schweizerischen sozialdemokratischen Jugendorganisationen halten am 12. und 13. April im „Volkshaus“ in Luzern ihre diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung ab. Auf der Tagesordnung stehen Satuländerberatung und sonstige organisatorische Fragen sowie als Hauptfrage: Die Aufgaben und die Durchführung unserer Bildungsarbeit, ferner das Thema: Die Jugend im Kampfe gegen den Alkohol. Mit dieser Tagesordnung erhält die Delegiertenversammlung erhöhte Bedeutung.

Aus Industrie und Handel.

Konjunktur und Syndikatspolitik.

Während die Verteidiger der Monopolbildung gewöhnlich davon sprechen, daß Syndikate und Kartelle einen Ausgleich der Konjunkturschwankungen herbeizuführen, erblickt die „Allg. Volksw.“ in den Monopolverbänden vielmehr die Ursache von Ueberproduktion und schreibt der Syndikatspolitik eine Verschärfung der Krise zu. In einem Bericht über die Situation im rheinisch-westfälischen Eisengewerbe heißt es:

„Das Gesamtbild unseres heimischen Eisengewerbes macht noch immer einen wenig erfreulichen, ja in vielen Teilen sogar geradezu trübsamen Eindruck. Noch will es auf dem Eisennachmarkt Frühling nicht werden, und doch hatte man nach langem, schwerem Druck besonders auf ihn gehofft! Er sollte die lang ersehnte Besserung bringen, namentlich auf dem Gebiete der Bau-tätigkeit und Unternehmung, die dann wiederum anregend auf das Eisengewerbe zurückwirken müßten. Gestützt wird diese Erwartung auch jetzt noch durch die wesentliche Erleichterung am Geldmarkt, welche gewiß auf die Bau- und Unternehmungslust von gutem Einfluß sein wird. Aber einstweilen kann sich jene von dem lähmenden Druck, der so lange darauf lastete, nur langsam erholen, und es scheint, als sollten die Hoffnungen, welche man im Eisengewerbe auf das Frühjahr und die erwartete Belebung der Bau-tätigkeit setzte, wieder zerschanden werden. In manchen Zweigen haben sich in der letzten Zeit die Verhältnisse sogar eher verschlechtert, als gebessert. Ueberall hört man bittere Klagen, sowohl bei den Werken, wie im Handel, über ungenügende Beschäftigung und Nachfrage, namentlich aber über sehr niedrige, unlohende Preise, welche ja stets ein untrügliches Zeichen fühlbaren Arbeitsbedürfnisses sind. Bei den Werken ist dieses aber gewaltig gesteigert worden durch vielfach unerwartliche Ausdehnungssucht, die auch heute, trotz der schweren Not der Zeit, immer noch keine Grenze gefunden hat. So haben sich in den letzten Jahren, besonders unter dem Schutze der Verbände, überaus ungesunde Verhältnisse zwischen Erzeugung und Verbrauch entwickelt, die man bei der Beurteilung der Lage und Aussichten des Eisengewerbes nicht aus den Augen lassen sollte. Jahre mögen vergehen, ehe der Bedarf in gewöhnlichen Zeiträumen der maßlos gesteigerten Hervorbringung wieder beigezwungen sein wird.“

Kartoffelwucher.

Vor kurzem hat die „Illustrierte Landwirtschaftliche Zeitung“ eine „Kartoffelnummer“ herausgegeben, in der eine Reihe von Verhandlungen über Kartoffelanbau und Verwertung berichtet. Zunächst war die Frage zu beantworten, ob es möglich ist, die Kartoffelproduktion allgemein und erheblich zu steigern. Darüber sagt Landwirtschaftslehrer Krauß-Landau (Walg): „Wie sehr diese Steigerung möglich ist, beweisen die statistischen Zahlen der Durchschnittserträge von 140 Doppelzentner Kartoffeln pro Hektar in Deutschland im Vergleich mit den in gut geleiteten Wirtschaften erzielten Erträgen von 200- bis 300 Doppelzentner pro Hektar.“ Krauß meint dann weiter, es lasse sich, wenn auch nicht unter allen, so doch unter normalen Verhältnissen eine Verdoppelung der Kartoffelerträge pro Hektareinheit erzielen.

Noch interessanter ist die folgende Berechnung von Dr. Klein-Gharlottenburg. Nach seinen Angaben wurden in Deutschland auf 1 Hektar durchschnittlich geerntet (in Doppelzentnern):

im Jahr:	Weizen:	Roggen:	Safer:	Kartoffeln:
1898-1909	18,5	14,8	17,1	129,8
1903-1907	19,8	16,1	18,3	133,3
1908-1912	20,7	17,8	19,0	132,4

Prozentual betrug die Ertragssteigerung also:

von 1898-1902 auf 1903-1907	Weizen:	Roggen:	Safer:	Kartoffeln:
	7,0%	9,0%	7,0%	2,7%
1903-1907 - 1908-1912	4,5%	10,0%	3,8%	0,06%

Während demnach für den Körnerertrichte basierenden Teil der deutschen Landwirtschaft ganz allgemein eine erhebliche Steigerung der Hektarerträge durch künstliche Düngung usw. zu verzeichnen ist, sind dem Kartoffelbau fast gar keine Verbesserungen zuteil geworden.

Eine Verbesserung der Anbaumethoden würde Steigerung der Ernten bedeuten und — vielleicht — eine Preislenkung. Die Ertragssteigerung wollen nun die Kartoffeln bauenden Großgrundbesitzer — denn diese nur kommen in diesem Zusammenhang ernsthaft in Betracht — gern einsehen, aber einer Preislenkung wollen sie fampferigst entgegenstehen. Alle, die in der „Kartoffelnummer“ zum Worte kommen, versichern deshalb, daß man durch eine Verminderung der Anbaufläche den Folgen der vermehrten Feltarträge begegnen müsse. Das raten diese Waterlands- und Volksfreunde, obwohl nach ihren Angaben der Kartoffelbau die volkswirtschaftlich wertvollste Art der Aderwirtschaft darstellt. Der Landwirtschaftslehrer Krauß teilt darüber mit: „Professor Dr. Goldschmidt gibt an, daß 1 Hektar Kartoffeln bei 140 Doppelzentner Durchschnittsertrag und 23 Prozent Trodensubstanz 32 Doppelzentner Trodensubstanz im Durchschnitt von ganz Deutschland liefert, während die höchsten Körnerernten einen Durchschnittsertrag von 20 Doppelzentner Trodensubstanz pro Hektar kaum überschreiten, wobei allerdings das Stroh nicht eingerechnet ist. Aus diesen Zahlen ergibt sich, daß die Kartoffel selbst ohne Ertragssteigerung schon um rund 60 Proz. Trodensubstanz mehr zu erzeugen vermag als Getreide.“

Es ist nun bezeichnend, daß die Redaktion der „Illustrierten Landwirtschaftlichen Zeitung“ an die Spitze ihrer „Kartoffelnummer“ einen Artikel von Dr. Will Senkel über „Die Notwendigkeit einer Organisation der Kartoffelverwertung“ setzt. Die beiden ersten Sätze des Senkelschen Artikels entfallen schon sein Programm. Er schreibt:

„Daß Deutschlands Kartoffelproduktion noch erheblich gesteigert werden kann, unterliegt keinem Zweifel. Ist es aber auch wirtschaftlich, diese technische Möglichkeit auszunutzen?“ Das ist der Kapitalismus in Reinkultur. Technische Verbesserungen nützt er nur, wenn es in seinem Interesse liegt. Ob es im Kulturinteresse liegt, die technischen Möglichkeiten auszunutzen, danach fragt er nicht. Für ihn gibt es in dem vorliegenden speziellen Falle nur eins: „Erhöhung der Kartoffelproduktion und dabei doch Sicherung der Rentabilität.“ Sagen wir lieber: Steigerung der Rentabilität, denn das kennzeichnet die Tendenz des Kapitalismus richtig.

Kartoffelrodung, Einsäuerung mit Hilfe von Pilzeinkulturen, Ausdehnung der Kartoffelkultierung in der Viehwirtschaft und vor allem: Organisation der Kartoffelproduzenten sollen helfen, dies Ziel zu erreichen. Kartoffelrodungs- und Einsäuerungs-Anstalten bestehen schon in großer Anzahl und die Organisation der Kartoffelproduzenten ist nun auch gegründet worden. Sie nennt sich darnlos: „Gesellschaft zur Förderung des Baues und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffel.“ Die Mitglieder derselben sind durch die Satzungen verpflichtet, einen bestimmten Teil ihrer Kartoffelernte zu konfiszieren. Im „roten Tag“ vom 18. März schreibt darüber Professor Dr. H. Großmann: „Es soll den einzelnen Mit-

gliedern überlassen bleiben, auf welche Weise sie ihre Kartoffeln konfiszieren wollen. Um nun diesen konfiszierten Kartoffeln unter allen Umständen einen Abzug zu erschießen, ist vorgesehen, daß die Konfiszierungspflicht auch durch Ankauf von Trodenkartoffeln zur Verflüchtung in der eigenen Wirtschaft erfüllt werden kann. Wer demnach 200 Zentner Trodenkartoffeln für die eigene Wirtschaft ankauf, erfüllt dieselbe Pflicht, als wenn er 800 Zentner Kartoffeln selber trodnet oder einsäuert. Selbstverständlich hat man auf den Eigenverbrauch der Landwirte in der Wirtschaft Bezug, in der mit dem Betriebe verbundenen Brennerei oder Ställefabrik Rücksicht genommen und überhaupt eine Höchstgrenze für die Konfiszierungspflicht angelegt, die 20 Proz. der Reinernte nicht übersteigen darf.“

Man will dadurch erreichen, daß „von der ostelbischen Produktion im Herbst dem Markt etwa 45 Millionen Zentner“ ferngehalten werden. Der Zweck ist natürlich nur — wie auch angegeben wird — ein künstliches Hochhalten der Preise. So wird unter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung der technische Fortschritt zu einem Mittel zur Auswucherung der ärmeren und ärmsten Volksteile.

Japan's Außenhandel. Die Einfuhr stieg im Jahre 1913 von 619 auf 729 Millionen Yen (1 Yen = 2,10 M.), die Ausfuhr von 527 auf 632 Millionen Yen. An der Ausfuhr waren am stärksten beteiligt die Vereinigten Staaten und China, an der Einfuhr Deutsch-Indien, Großbritannien und die Vereinigten Staaten. Deutschland führte für 68 Millionen Yen Waren in Japan ein und für 13 Millionen Yen Waren aus Japan aus.

Soziales.

Krankenkassen-Terror.

Die bössartige Entrechtung der Arbeiter in den Krankenkassen durch die heimliche Reichsversicherungsordnung und der durch sie ermöglichte heimtückische Terror kommt auch in Danzig zur praktischen Geltung. Hier wurde vom Magistrat der freisinnige Stadtrat Dumont zum Vertreter des Vorstehenden bestellt. Der liberale Oberbürgermeister Scholz schärfte ihm dazu besonders die Wichtigkeit der „nationalen“ Aufgabe ein, die er in der neuen Funktion erfüllen müsse. Der Mann erhält 6900 M. Gehalt, hat aber vom Krankenkassenwesen bislang wohl wenig Kenntnis. Die gewählten Vorstandsmitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse erhalten keinen Pfennig Entschädigung.

Die „national“ der freisinnige Dumont ist, zeigte er selbst in einem Artikel der „Danziger Zeitung“, in dem er sich für die Abberufung der städtischen Dienstboten in besondere Krankenkassen vornehmlich deshalb erklärte, weil „sie dadurch dem sozialdemokratischen Einfluß in den Ortskrankenkassen und der damit untrennbar verbundenen Verberbung entzogen werden.“

Die unpolitische Praxis des nationalen Großinquisitors läßt denn auch nichts zu wünschen übrig. Der Vorstand der Danziger Ortskrankenkasse hat prinzipiell die Zulassung von Dentisten neben den Zahnärzten gegen den Widerstand des freisinnigen Direktors, der sich nur für die Zulassung zünftiger Akademiker ist, beschlossen. Bald nach diesem Beschluß wurde die übliche geheime Vorstandssitzung unter Ausschluß der reorganisierten Arbeitervertreter abgehalten, in der gegen die Dentisten mit der Begründung scharf gemacht wurde, daß sie von den sozialdemokratischen Vertretern nur deshalb empfohlen seien, weil die Sozialdemokratie auf ihre Stimmen für die politischen Wahlen spekuliere.

Der Bischof politischer Neutralität war das jedoch noch nicht. Als Kassensführer der größten lokalen Hilfskasse hatte sich Genosse Bartel in 10-jähriger Tätigkeit bewährt. Der Vorstand seiner Kasse beantragte seine Uebernahme auf die Ortskrankenkasse. Diese hatte andere Beamte der Kasse auch bereits übernommen. Ueber Bartel wurde in zwei Vorstandssitzungen verhandelt. In beiden lobte man seine Befähigung und praktisches Können. Deshalb brachte ihn der nationale Direktor persönlich ganz unpolitisch zur Strede. In der zweiten Sitzung „betruete“ er an Hand eines Flugblattes, das die Zentrumschriften für eine „nationale“ Kassenversammlung, in welcher der Geschäftsführer der Ortskrankenkasse referierte, verbreitet hatten, daß Bartel diesen an dem Referat hindern wolle. Dieser hinterhältige, ganz aus der Luft gegriffene Angriff wurde nicht bloß vor B. verheimlicht. Es wurde deshalb sogar Vertraulichkeit beschlossen, um dem Angegriffenen jede Verteidigung unmöglich zu machen. Dann wurde Bartel von den Arbeitgebern, Zentrumschriften und freisinnigen Damenrechtlerinnen, gegen die Stimmen unserer Genossen, abgelehnt.

Vom Breslauer Kerzestreif.

In Breslau hat eine Einigung über alle strittigen Punkte zwischen der Kerzerschaft und den Krankenkassen gefehert stattgefunden. Der Vergleichsvertrag tritt am 1. April in Kraft.

Größere Betriebsgefahren der Landwirtschaft.

Die meisten der uns vorliegenden 32 Berichte landwirtschaftlicher Berufsvereinigungen klagen über die Zunahme der schweren Unfälle auf dem Lande, die man früher einfach nicht kannte. Die besten und jungen Arbeitskräfte wandern in die Stadt und zu Hause plagt sich der alte Vater und die alte Mutter mit schwerer Feldarbeit allein ab. Neue Maschinen werden jetzt auf dem Lande verwendet, die mit der Reutenot auf dem Lande erklärt werden, die feilherige Produktionsweise auf dem flachen Lande nach und nach etwas umgestaltet. So meldet z. B. der Bericht „Niederbarnern“:

Die Verwendung von Elektromotoren zum Antrieb von landwirtschaftlichen Maschinen nimmt sehr rasch zu. Da die Anlagen vielfach die notwendigen Schutzmaßnahmen vernachlässigen, wird die baldige Erlassung von Unfallverhütungsvorschriften für elektrische Anlagen nicht zu umgehen sein.“

„Mittelranken“ schreibt: „Während noch bei den Revisionen vor einigen Jahren die Wehrzahl der Betriebsunternehmer im Besitz von nur zwei oder drei Maschinen waren, ist jetzt größtenteils die zwei- bis dreifache Zahl festzustellen. Insbesondere ist dies in jenen Gegenden der Fall, in welchen bereits die elektrische Kraft eingeführt ist. So hat hierdurch beispielsweise das Vorhandensein der Kreisdrägen betant zugunommen, daß in einer Gemeinde, in welcher noch vor zwei Jahren keine einzige vorhanden war, im Berichtsjahre circa 30 solcher Maschinen angekauft wurden. In ähnlicher Weise finden auch die Schwermotoren und die verschiedensten Arten von Mähengeräteverkleinerungsmaschinen Verbreitung.“

In „Lothringen“ möchte man wieder die — Witterungsverhältnisse für die Steigerung schwerer Unfälle verantwortlich wie folgt:

„Rechtwärtigerweise sind an dieser Steigung hauptsächlich die Unfälle beim Laden, Abladen, auf den Böden und an den Fuhrwerken beteiligt. Die Witterungsverhältnisse im Jahre 1912 waren bekanntlich besonders zur Zeit der Deu- und Hofereente sehr ungünstig, so daß vielleicht die Arbeit beim Bergen der Ernteevordrücke eine eifrigere war; dazu muß infolge der Sorge um das trodene Einbringen eine gewisse Unsicherheit bei den überbürzten Handlungen Platz gegriffen haben. Daß dadurch die größere Häufigkeit der Unfallereignisse hervorgerufen oder begünstigt sein kann, ist keine Frage.“

Auch hat sich infolge teilweise reicher Obsternte die Anzahl der Unfälle durch Abwurf von Bäumen etwas gegen früher vermehrt.“

Die Stadt als Arbeitgeberin in der Ortskrankenkasse.

Den Bürgermeister und den Beigeordneten der Stadt Gaijex, die an sich als Arbeitgeberin sich in der Generalversammlung der Ortskrankenkasse vertreten lassen konnte, hatte der Vorsitzende der Kasse zur Generalversammlung nicht zugelassen, weil sie keine Vollmacht des Magistrats hatten.

Zwei Straßenbahnwagen zusammengestoßen.

Ein schwerer Zusammenstoß auf der Straßenbahn trug sich gestern morgen an der Kreuzung der Prinzen- und Gitschiner Straße zu. Um 8 1/2 Uhr kam ein vollbesetzter Wagen der Linie 38 die Vorkampstraße nach dem Moritzplatz zu heruntergefahren. Obwohl der Führer, wie Zeugen bekundeten, sich durch Bremsen bemühte, den Wagen auf der Brücke zum Stehen zu bringen, lief er die abschüssige Bahn hinunter über die Haltestelle hinweg in die Prinzenstraße hinein, als gerade ein ebenfalls besetzter Wagen der Linie 82 die Gitschiner Straße entlang gefahren kam. Der erste Wagen lief mit der Stirnseite dem zweiten mitten in die Planke und traf ihn so wuchtig, daß er aus dem Gleise bis an einen Randelstapel auf der Vorkampstraße gegenüber einem Zigarrenladen geschleudert wurde. In beiden Wagen wurden mehrere Fahrgäste verletzt, nach den bisherigen Ermittlungen fünf schwerer und acht leichter. Am schlimmsten erlitt das dem Schutzmann Petermann vom 42. Revier, der mit mehreren Kameraden und Kriminalbeamten aus Berlin und Nichtenberg auf der vorderen Plattform des ersten Wagens stand, um in den Dienst zu fahren. Er blieb hilflos liegen und hat wahrscheinlich beide Beine gebrochen. Außerdem fiel ihm das Stirnschild des Wagens auf den Kopf und verletzte ihn schwer. Wie alle anderen Verunglückten erlitt er auch noch Schnittwunden durch die umherliegenden Scherben der zertrümmerten Fenster Scheiben. Petermann und vier andere Fahrgäste, Männer und Frauen, wurden nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Die Wagen wurden beide so schwer beschädigt, daß sie aus dem Betrieb genommen werden mußten.

Die bei dem Straßenbahnzusammenstoß verletzten Personen befinden sich nach den ärztlichen Untersuchungen anscheinend sämtlich außer Lebensgefahr. Von den sechs Schwerverletzten, die im Krankenhaus am Urban Aufnahme fanden, konnten bereits vier nach ihren Wohnungen transportiert werden, so daß sich nur noch der Schutzmann Petermann und Karoline Gottschall im Krankenhaus befinden.

Die Ursache des Unglücks wird auf ein Versagen der Bremsen zurückgeführt.

Parteiangelegenheiten.

Theatervorstellung.

Für die Vorstellung von: Bahr, „Das Prinzip“, am Sonntag, den 29. März, nachmittags 3 Uhr, im Deutschen Künstlertheater, Körnerstraße, sind nur noch in folgenden Ausgabestellen Karten zu haben:

„Vorwärts“-Expedition, Petersburger Platz 4; Bureau des 6. Wahlkreises, Gerichtstr. 71 (von 9-1 und von 5 bis 7 Uhr); Zigarrengeschäft Schröder, Nagelbergerstr. 53/54.

Preis des Plages einschließlich Garderobe 1,10 M., Theaterzettel und Einführung in das Stück im Theater gratis.

Der Bezirks-Bildungsausschuss Groß-Berlin.

Das Jugendsekretariat und das Bureau des Bezirks-Bildungsausschusses befinden sich ab Sonnabend, den 28. März, Lindenstr. 3, 3. Hof, linker Ausgang, 3. Etage (Fahrstuhl).

4. Wahlkreis. Jugendsektion Ost. Sonntag, den 29. März, Ausflug nach der Lössnitz und dem Weissee. Treffpunkt morgens punkt 7 Uhr am Schlesischen Bahnhof, Ecke Madai- und Koppenstraße. Zahlreiche Beteiligung der Genosseninnen und Genossen wird erwartet. Fahrgeld hin und zurück ungefähr 90 Pf.

Die Sektionsleitung.

Zeuthen. Heute abend 7 1/2 Uhr vom Genossen Oldenburg aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Alt-Ostende. Sonnabend, den 28. März, abends 8 Uhr, im Terraassen-Restaurant (Zuh. Nodenbusch), Rudowstr. 54: Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Revue des Vorstandes und der Funktionäre. 4. Weisener. 5. Verschiedenes.

Friedrichsdorf a. d. Ostbahn. Am Sonntag, den 29. März, früh 8 Uhr, wichtige Flugblattverbreitung von Große, Waldstraße, aus. Montagabend 8 1/2 Uhr Extra-Jahlabend im Lokal der Witwe Gronau in Friedrichsdorf.

Varßigwalde-Wittenau. Heute Freitag, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus Handzettelverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Die „Luxuriösen“ Krankenhausbauten der Stadt.

Die Stadtverordnetenversammlung hatte über das in einem Ausschuss vorbereitete Umbauprojekt für das Krankenhaus Noabiti gestern zu beschließen. Bekannt ist das immer wiederholte Geschrei, daß die Bauten der Stadt viel zu teuer seien. Auch über die Krankenhausbauten ist diese Behauptung aufgestellt worden, und neuesten hat die Regierung sie bestätigen zu können gemeint. Gestern gab es über dieses Thema — keine große Debatte! Was den schnellfertigen Kritikern zu erwidern war, hatte schon im Ausschuss der Stadtbaurat Hoffmann ihnen so deutlich gesagt, daß ihm nur noch wenig hinzuzufügen blieb. Niemand hatte mehr recht Lust, noch einmal mit ihm anzubinden und sich abführen zu lassen, wie der Geheimrat Krohne, der mit seiner vielerörterten Schrift über die „billigen“ Krankenhäuser so böse hineingefallen ist. Nur Stadtverordneter Cassel versuchte noch eine kleine Rückzugsmanöver, die ihm einen Heiterkeitserfolg einbrachte. Das Umbauprojekt wurde angenommen.

Für die Desinfektionsanstalt will der Magistrat Kraftwagenbetrieb einführen. Gegen den Plan, ihn wieder einem privaten Unternehmer zu übertragen, erklärte sich namens der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Weyl. Die Forderung einer Kommunalisierung dieses Betriebes wird in einem Ausschuss näher erörtert werden.

Die Gewerbeinspektionen in Berlin.

Am 1. April 1914 wird in Berlin eine neue Gewerbeinspektion mit der Bezeichnung „Berlin-Luisenstadt“ errichtet. Gleichzeitig werden die Bezirke der Gewerbeinspektionen für den Landespolicbezirk Berlin wie folgt abgegrenzt:

1. Gewerbeinspektion Berlin O, umfassend die Polizei-

reviere 1, 2, 12 bis 16, 19 bis 21, 27, 38 und 40 (zurzeit NO 18, Elisabethstr. 50-51).

2. Gewerbeinspektion Berlin-Luisenstadt, umfassend die Polizeireviere 26, 29 und 55 (zurzeit SO, Michaelstr. 4).

3. Gewerbeinspektion Berlin N, umfassend die Polizeireviere 9 bis 11, 17, 46, 50, 59 bis 62, 88 bis 90, 97, 99, 100, 114 und 115 (zurzeit N 20, Prinzenallee 88).

4. Gewerbeinspektion Berlin NO, umfassend die Polizeireviere 18, 51, 68, 80, 81, 92, 98, 105, 106 und 113 (zurzeit NO 55, Gufelandstraße 11).

5. Gewerbeinspektion Berlin NW, umfassend die Polizeireviere 5 bis 8, 57, 58, 69, 82, 91, 101, 107, 112 und 117 (zurzeit N 4, Invalidenstr. 36-37).

6. Gewerbeinspektion Berlin O, umfassend die Polizeireviere 22 bis 24, 44, 45, 52, 65, 66, 93 bis 96, 102, 103, 108, 110, 111 und 116 (zurzeit O 34, Bromberg Straße 6).

7. Gewerbeinspektion Berlin S, umfassend die Polizeireviere 28, 30, 41, 42, 47, 48, 67, 72, 78 und 85 (zurzeit SW 61, Gitschinerstr. 110).

8. Gewerbeinspektion Berlin SO, umfassend die Polizeireviere 25, 43, 49, 53, 54, 70, 79, 86 und 87 (zurzeit SO 26, Mariannenplatz 21).

9. Gewerbeinspektion Berlin SW, umfassend die Polizeireviere 3, 31 bis 37, 39, 56, 63, 71, 73 und 77 (zurzeit N 57, Bülowstr. 98).

10. Gewerbeinspektion Berlin W, umfassend die Polizeireviere 4, 64, 74 bis 76, 83, 84, 100, 104 und 118 (zurzeit NW 21, Bundesratsufer 2).

1. Gewerbeinspektion Charlottenburg, umfassend den Stadtkreis Charlottenburg (zurzeit Windscheidstraße 15).

12. Gewerbeinspektion Lichtenberg, umfassend den Stadtkreis Berlin-Lichtenberg und die Landgemeinde Berlin-Stralau (zurzeit Berlin-Lichtenberg, Müggelstraße 21a).

13. Gewerbeinspektion Neukölln, umfassend den Stadtkreis Neukölln (zurzeit Neukölln, Hermannstraße 74).

14. Gewerbeinspektion Schöneberg-Wilmersdorf, umfassend die Stadtkreise Berlin-Schöneberg und Berlin-Wilmersdorf (zurzeit Berlin-Wilmersdorf, Am Seepark 81).

Der Verkehr auf der Oberspree.

Anlässlich des Bootunglücks bei Köpenick wird uns geschrieben: „Doch es nicht schon längst einmal zu einem größeren Unglück gekommen ist, gilt als ein Wunder. Man sehe sich nur einmal an einem Sonntag im Hochsommer das Getriebe auf dem Wasser an. An der mit Gastwirtschaften reichgesegneten Oberspree sind auch ebenso viele Bootverleiher vorhanden. Besonders die Strecke zwischen der Treptower Eisenbahnbrücke und den Tierhäusern sowie in Grünau die Ufer des Wendenschloßes und in Friedrichshagen die Jahre wimmeln nur so von Fahrzeugen. Große und kleine Ruder- und Segelboote, Vergnügungsboote, Schleppzüge, Kähne, schnelle und langsame Motorboote und Wasserräder, auf denen oft ein halbes Dutzend Menschen befördert werden, sowie ungezählte Ruderboote bevölkern die Wasserfläche. Besonders die Anfasseln der letzteren haben meist die Eigenschaft, auf alles andere, als auf ihre Umgebung zu achten. Da wird in den meist von jungen Leuten besetzten Booten geschaukelt, die Plätze gewechselt, geschert, gekichert und gelacht, daß es nur seine Art hat. Oft haben die wenigsten eine Ahnung vom Rudern oder Steuern. Sehen sie sich dann bei ihrem Kreuz- und Quersfahrten plötzlich vor der Spitze eines Dampfers oder Motorbootes, werden sie loslos und reuen in ihr Verderben. Findet so ein Zusammenstoß noch bei Tage statt, dann nimmt die so frühlich unternommene Ruderpartie meist mit einem unfreiwilligen Bade ihr Ende. Aber in der Finsternis ist es oft schwer, die Vereinigten rechtzeitig zu finden.“

Ratloslich werden auch die Personendampfer und Motorboote manchem zum Verhängnis. Nicht nur, daß sie hohe Wellen hinterlassen und ein ungeheures gesteuertes Boot zum Kentern bringen können, fahren sie vielfach unter Außerachtlassung der polizeilichen Vorschriften mit Vollampf, um ja recht viele Fahrten zu machen.

Um ein Unheil zu verhüten, sollten nur Personen, die einigermaßen rudern und steuern können oder nur in Begleitung einer solchen Person sich in ein Boot setzen, jeden Unfug und Unvorsicht während der Fahrt unterlassen, sich meist am Ufer halten und die Fahrstraße der Dampfer meiden, auch bei eintretender Dunkelheit von der Wasserfläche verschwinden.“

Wemerkten wollen wir noch, daß auch manche geliebte Ruderer sich wogehässig in Gefahren begeben, ohne es nötig zu haben. Bei dem großen Verkehr gerade auf der Oberspree ist die Zahl der Unglücksfälle keine große. Die Dampfer fahren immerhin mit einer Sicherheit, die man oft bewundern kann.

Wie die Schule um die Schulentlassenen wirkt.

Ostern steht bevor, in wenigen Tagen werden die Schulen das Winterhalbjahr schließen — und wieder wollen sie ihre Bierzehnjährigen entlassen. Was wird aus ihnen, die jetzt ins Leben hinaus-treten sollen? Damit sie für die Jugendpflege, die der bestehenden und herrschenden Klasse dient, nicht verloren gehen, sind in diesen Tagen Lehrer und Lehrerinnen eifrig bemüht, die aus der Schule zu entlassenden Jungen und Mädchen schnell noch für Jugendvereinigungen und Jugendclubs anzumerben. Jetzt, wo die Schule sie noch in ihrer Gewalt hat, Lehrer und Lehrerinnen noch Einfluß auf sie haben können, ist es die beste Gelegenheit und vielleicht noch die einzige Möglichkeit, mit solcher Werberarbeit einiges zu erreichen. Das spielt sich in der Weise ab, daß man den vor der Entlassung stehenden Kindern allerlei Schönes von den Jugendclubs usw. erzählt und sie dann secundär einlädt, sich doch mal so eine Zusammenkunft anzusehen. Jeder und jede ist herzlich willkommen, das läßt sich denken. Wie die Erfolge dieser Werberarbeit von manchen Jungen beurteilt werden, davon gab ein jetzt vor der Entlassung stehender Bierzehnjähriger uns eine Probe. Er erzählte, daß aus seiner Klasse bereits mehrere Anmeldungen zum Eintritt in die ihnen vom Rektor empfohlene Jugendvereinigung vorliegen, und fügte hinzu: „Die Jungen denken, daß sie sich dadurch ein besseres Abgangszeugnis verschaffen.“ Wer das denkt, ist — davon sind wir überzeugt — auf dem Holzwege. Aber die Ausrufung zeigt, wie leicht da der Verdacht der Liebedienerei entsteht und wie sehr ein ehrlicher Junge sie verachtet. Und auch das ist es, was sehr darunter das Ansehen der Schule leidet. Gegenüber der jetzt in den Schulen betriebenen Jagd nach Rekruten für die von der Schule empfohlenen Jugendvereinigungen ist allen Eltern zu raten, daß sie durch nichts sich in ihrer Ueberzeugung beirren lassen. Niemand hat nötig, seine Kinder in dergleichen Jugendvereinigungen zu schicken. Kein Junge oder Mädchen, die etwa schon ihren Eintritt zugesagt haben, braucht wirklich einzutreten. Wer etwa eintritt zu müssen geblaut hat, dem steht schleuniger Wiederaustritt frei. Schulentlassene, die Anknüpf an Gleichaltrige suchen — und daß sie ihn suchen, kann man nur

wünschen — finden ihn in Arbeiterjugendheimen, die in Berlin und vielen Vororten bestehen. Die Jugendpflege der bürgerlichen Klasse hat, unter welchem noch so schön klingenden Vereins- oder Klubnamen sie sich auch anbieten möge, immer nur das Ziel, der um ihre Befreiung ringenden Arbeiterklasse den Einfluß auf ihren Nachwuchs zu nehmen. In aufgestellten Arbeiterfamilien wird kein Vater und keine Mutter hierzu die Hand bieten.

Aus der Praxis der Armenverwaltung.

Daß die Berliner Armenverwaltung bei der Einziehung von Armengeldern gegen ersparrliche Verwandte mit äußerster Strenge ja über den durch das Gesetz gezogenen Rahmen hinaus, vorgeht, haben wir wiederholt auf Grund von Beispielen darlegen müssen.

Daß diese Praxis noch nicht geändert ist, beweist uns ein Fall aus neuerer Zeit.

Ein Arbeiter hatte für eine kleine Unfallrente eine Abfindungssumme von etwa 500 M. erhalten. Hieron hatte er einen Teil verbraucht und den Rest von 320 M. bei der Berliner Sparkasse angelegt. Die Mutter des Arbeiters bezog Armenunterstützung. Die Armenverwaltung hat nun das aus der Abfindungssumme herrührende Guthaben bei der Sparkasse beschlagnahmt. Dies geschah, obwohl ihr bekannt war, daß der Arbeiter nur 20 Mark wöchentlich verdiente und noch seine Frau und zwei Kinder zu ernähren hatte. Formell mag die Armenverwaltung im Recht sein. Vom menschlichen Standpunkt aus betrachtet, ist es aber einer Stadtverwaltung unwürdig, den kleinen Betrag, der als Entschädigung für den Verlust eines Teils der Arbeitskraft gezahlt ist, einzuziehen; eine solche Handlungsweise widerspricht jedem sozialen Empfinden.

In weiten Kreisen wird man sich übrigens wundern, daß die Sparkasse der Armenverwaltung über die Sparer Auskunft erteilt. Es ist die Meinung verbreitet, daß bei der Sparkasse eine Schweigepflicht besteht. Soweit es sich um Verwaltungsbezirke der Stadt Berlin handelt, wird aber eine Schweigepflicht nicht gefast, wie der vorliegende Vorfall zeigt. Man wird es den kleinen Sparern kaum verbieten können, wenn sie unter solchen Umständen ihre Groschen anderweit anlegen als bei der Berliner Sparkasse.

Die neue Zufahrtsstraße am Bahnhof Friedrichstraße wird voraussichtlich in drei Wochen dem öffentlichen Verkehr übergeben werden, was mit Mächtigkeit auf die Sperrung der Weidenbammer Brücke und die Bauarbeiten für die Untergrundbahn sehr zu begrüßen ist. Unter dem Bürgersteig der neuen Straße sind Kellerräume eingebaut worden, welche den Zwecken der Verwaltung dienen sollen. Nach Ostern wird dann mit dem eigentlichen Umbau des Bahnhofes Friedrichstraße begonnen werden können. Zu diesem Behufe wird der nordwestlich an der neuen Zufahrtsstraße belegene Haupteingang zum Stadtbahnhof nach der gegenüberliegenden Seite (Georgenstraße) verlegt werden. Von hier aus muß ein provisorischer Gang unter den Fern- und Vorortgleisen nach der jetzigen Stadtbahntreppe angelegt werden. Der Zugang zum Fernbahnhof bleibt, nur müssen die Reisenden während der Bauarbeiten durch eine geschlossene Holzbrücke gehen. Bis dahin dürfte indes noch einige Zeit vergehen, da die Aufstellung der für den Abbruch der Riesenhalle notwendigen Gerüste sehr mühsam und zeitraubend ist. An die Stelle der jetzigen Bahnhofshalle werden während des Umbaus hölzerne Schutzbücher treten.

Aus der Selbstmordchronik. Im Tiergarten wurde gestern morgen ein junger Mann mit einer schweren Schussverletzung in der linken Brustseite bewußtlos aufgefunden. Ein Schutzmann brachte ihn in die Charité, wo er aber gleich nach der Einlieferung starb. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, handelt es sich um den 25 Jahre alten Handlungsgehilfen Friedrich Panjagrau, der erst vor einigen Wochen aus Steintin nach Berlin gekommen war und in der Linienstr. 141 wohnte. Aus welchem Grunde der junge Mann den Tod gesucht hat, bedarf noch der Aufklärung. — Auf dem Ringbahnhof Pankstraße warf sich Mittwochabend kurz nach 9 1/2 Uhr der 48 Jahre alte Kaufmann Julius Kuczynski aus der Wandelstraße 45 vor die Räder eines einfahrenden Vorbringendes. Er wurde überfahren und blieb mit zerpaltenem Schädel tot auf dem Bahnhöfchen liegen.

Eine Damenhandtasche ist am Sonntag, den 15. März, abends, im Zirkus Busch gefunden worden. Dieselbe kann Melanchthonstr. 21 bei Kleinfeld im Laden in Empfang genommen werden.

Die Gemeindevahlbewegung.

In Gremendorf bei Oranienburg wurde in der 3. Abteilung der Genosse Raurer Hermann Kade mit 42 gegen 1 bürgerliche Stimme wiedergewählt.

Lichterfelde. Die Stichwahl zwischen unserem Kandidaten und dem der vereinigten bürgerlichen Parteien endete mit dem Siege des letzteren mit 780 gegen 301 Stimmen. Bei der Wahl-agitation spielte auch das bevorstehende hundertjährige Jubiläum des hiesigen Gardehüben-Bataillons eine gewisse Rolle; für diese Festivität soll nämlich der Gemeindevahl, über dessen Leere die Klageklieder in allen Varianten ertönen, in Anspruch genommen werden. Beim Einzug von Sozialdemokraten fürchtete man daher mit Recht, daß die Bewilligung von Geldern zu dem genannten Zweck nicht ganz glatt vor sich gehen werde.

Deshalb wurden bei der Stichwahl alle Beamten, mit denen Lichterfelde besonders reichlich gesegnet ist, die sämtlichen Angehörigen der Haupt-Kadettenanstalt und die Forensen restlos in die Schlachtreihe gerückt. Diese Tatsache kann allerdings nicht die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit vieler Arbeiter entschuldigen, wenn auch das Wahlergebnis schon deshalb zu unseren Ungunsten beeinflusst werden mußte, weil viele Parteigenossen Arbeitslosigkeit in der Provinz suchen mußten und einer Anzahl Wähler wegen zeitlicher Gemeindevahlern das Stimmrecht entzogen war.

Sperrnitz, Köntgenital, Busch. Bei der Stichwahl in Busch wurde in der dritten Klasse der bürgerliche Kandidat West mit 37 gegen 88 Stimmen, die auf unseren Kandidaten entfielen, gewählt. Besonders erwähnt zu werden verdient, daß der Gemeindevorsteher Herr Neues den Wendarm beauftragte, sämtliche Nichtwähler aus dem Wahllokal zu weisen. Somit war es unseren Genossen aus Köntgenital nicht möglich, sich im Wahllokal zu beteiligen. Auch wurde eine von einem unserer Genossen vorgelegte Forensenstimme für ungültig erklärt, weil dieselbe nicht gestempelt war. Als die betreffende Witwe geholt wurde, um selbst zu beglaubigen, daß sie unseren Genossen die Vollmacht erteilt habe, erklärte Herr Neues, daß sie erst 1,50 M. bezahlen müsse. Nachdem wurde eine Anzahl Wähler abgewiesen, die infolge der langen Arbeitslosigkeit mit ihren Steuern im Rückstand waren. Da auch von anderer Seite wegen zahlreicher Unkorrektheit Protest gegen diese Wahl eingelegt und es nicht unmöglich ist, daß eine nochmalige Wahl stattfinden muß, so wollen unsere Genossen jetzt schon gerüstet sein. Bei einer nochmaligen Wahl muß uns der Sieg werden, wenn jetzt schon jeder ernsthaft für unsere Sache wirkt.

Langenwahl (Kreis Becken). Einen glänzenden Sieg erfochten unsere Genossen bei der Gemeindevahl in der dritten und zweiten Abteilung. Fast wäre ihnen auch der Sieg in der ersten Abteilung zugefallen, wenn nicht der Bahnbauer als letzter Engel aufgetreten und das Wahlsiege korrigiert hätte. Das kam so: Bei Auszählung der Wählerliste waren 15 Wähler in der ersten Abteilung. Einsprüche gegen die Richtigkeit waren von seiner Seite erhoben und diese damit abgeschlossen worden. Am Tage der Wahl entdeckten unsere Genossen, daß die erste Abteilung nur noch 13 Wähler hatte. Aus eigenem Recht hatte der Wahl- bzw. Gemeindevahl einen Wähler von der ersten in die zweite Abteilung zurückversetzt. Noch sonderbarer ist folgendes: Auf Grund ihres Parteipolitikrechtes war eine Waidwirtin in der ersten Abteilung als wahlberechtigt in der Wählerliste aufgeführt und zur Abgabe der Stimme am Wahltag vom Wahlvorsteher aufgefordert. Einem Genossen war zur Ausübung des Stimmrechts ordnungsgemäß die Vollmacht ausgestellt. Als dieser nun das Stimmrecht ausüben wollte, annullierte der Wahlvorsteher die Vollmacht mit der Begründung, daß die Förensche sich in Konkurs befinde. Nach den Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts ist dagegen wahlberechtigt, wer in der Wählerliste steht. Durch die fenderbaren Maßnahmen des Gemeindevorsetzers vermachte die Gegner den Sieg mit 1 Stimme Mehrheit an sich zu setzen. Selbstverständlich werden unsere Genossen gegen diese Wahl Einspruch erheben.

Karlshorst. Wegelagererpraktiken. Eines der am meisten umstrittenen Objekte in unserem Orte ist das nach vielen Tüchen errichtete Gaswerk. Nach dem Bau desselben in Angriff genommen, wurde von der Karlshorster Hausbesitzerliste „unüberleglich“ bewiesen, daß das Werk unrentabel sei. Auch nachdem sich herausgestellt hatte, daß das Werk äußerst günstig wirtschaftete, hielten die Angriffe nicht auf. Der Zweck der Uebung war bisher nicht recht klar. Jetzt bei den Wahlen ist der Schleier gelüftet worden. Die Finanzen der Gemeinde sind wie überall schlecht. Der Etat kann nur künstlich balanciert, und für die Zukunft muß nach neuen Einnahmequellen Umschau gehalten werden. Die direkten Steuern wollen die allmächtigen Grundbesitzer aus gewissen Gründen nicht erhöhen. Wie man ohne Steuererhöhung Einnahmen schaffen kann, das hat bei der Wahl einer der Herren im Siegestaumel verraten: Erhöhung des Gaspreises. Gelingt es dieser Clique bei der bevorstehenden Stichwahl ihre Kandidaten durchzubringen, so wird die wertvolle Bevölkerung sich auf eine gehörige Schröpfung gefaßt machen müssen. Offenheit und Ehrlichkeit kennen die Herren nicht, weshalb sie auch die Erhöhung der direkten Steuern umgehen. Nur seinen geraden Weg, auf dem die Einwohner merken könnten, wie sie geschröpft werden. Wollen die Karlshorster ihr Gas nicht teurer bezahlen, so mögen sie dafür sorgen, daß bei der Stichwahl die Kandidaten der Sozialdemokratie in die Gemeindevertretung eingehen. Noch ist's Zeit.

Kopenick. Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordnetenversammlung haben auf den Kandidaten der Sozialdemokratie 1429 Stimmen. Die Bürgerlichen hatten keine Kandidaten aufgestellt. Genosse Ridel ist somit gewählt.

Vorortnachrichten.

In der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung erfolgte am Mittwoch zunächst die Erwählung unserer Kandidaten in der ersten Wahlklasse, im dritten Bezirk zu Stadtverordneten gewählten Genossen Reisch und Leopold. Hieraus geht die Veranlassung der Beschlüsse, die Annahme einer Schenkung in Höhe von 20.000 M., die der Stadt von einer Bürgerin zugefallen ist, die nicht genannt sein will. Die Zinsen des Kapitals sollen für literarische und künstlerische Veranstaltungen und Annehmlichkeiten zur Erholung und Anregung der hiesigen Krankenschwestern verwendet werden. Der Magistrat wird die königliche Genehmigung zur Annahme der Schenkung nachsuchen. Gleichfalls ohne Debatte gelangten eine Reihe weiterer Vorlagen zur Annahme, darunter die von und bereits besprochene Vorlage betreffend Schulhelferinnen, die Vorlage betreffend Aufnahme der Schmutzwässer des Bahnhofes Grunewald in die Charlottenburger Kanalisation und die Vorlage betreffend Nachbewilligung von 20.000 M. für Straßenreinigung. Diese Nachbewilligungen sind insolge des in den letzten Dezembertagen des vorigen Jahres und zu Beginn dieses Jahres gefallenen Schnees erforderlich gewesen.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist eine Vorlage betreffend Fortführung des Dispositionsfonds für 1914. In der vorigen Sitzung hatte der Magistrat mitgeteilt, daß die Provinzialsteuern 137.000 M. weniger betragen, als im Etat vorgesehen ist. Nach seinem Antrage sollte diese Summe dem Dispositionsfonds zugeführt werden. Hiergegen erhoben die Liberalen Einspruch, sie verlangten, daß das Geld zur Deckung der Müllgebühren verwendet wird. In dem Ausschuss, dem die Vorlage zur Vorberatung überwiesen wurde, gab der Magistrat bekannt, daß er an seinem Standpunkt festhält, wonach schon allein aus formalen Gründen eine Abänderung des Gemeindecapitals über die Höhe der Müllgebühren zurzeit nicht möglich ist. Der Ausschuss beschloß, unter Vorbehalt der Stellungnahme zu dem Magistratsbeschlusse, nach Genehmigung der Gehührensache durch die Aufsichtsbehörde in erneute Beratung darüber einzutreten, in welcher Weise den Anträgen auf Ermäßigung der Müllgebühren sinngemäß Rechnung getragen werden kann. Von diesem Beschluß nahm die Stadtverordnetenversammlung Kenntnis, sie wird später auf die Angelegenheit zurückkommen.

Abgelehnt hat der zur Vorberatung eingesehene Ausschuss die Magistratsvorlage, betreffend Einrichtung von Räumen für die Behandlungsfälle des Stadt- und Stadthoren-areals. Finanzuell wird die Gemeinde durch die Vorlage des Magistrats kaum belastet, die Gründe, die den Ausschuss zu seiner ablehnenden Haltung bewegen haben, sind vielmehr prinzipieller Natur, die Weisheit erblickt darin den ersten Schritt zu einer künftigen Politik, sie protestiert ferner gegen eine weitere Verschärfung der Verste. Einzig und allein die Vertreter der Sozialdemokratie hatten sich im Ausschuss mit der Magistratsvorlage einverstanden erklärt. Im Plenum gab Genosse Vogel der zusammenfassenden Haltung unserer Fraktion Ausdruck. Die Magistratsvorlage selbst wurde, wie vorausgesehen, abgelehnt.

Nach Erledigung einer Reihe von Petitionen beantwortete der Stadtmagistrat Sembrich eine Anfrage betreffend die in den letzten Tagen durch die Presse gegangene Mitteilung über die Anlieger Beiträge in der Hardenbergstraße. Die Anlieger sind vom Magistrat zur Zahlung erheblicher Anliegerbeiträge aufgefordert worden, sie halten aber die Zahlung für unbegründet und haben sich deshalb mit einer Petition an die Stadtverordnetenversammlung gewendet. Der Vertreter des Magistrats erläuterte eingehend den Rechtsstandpunkt, er suchte nachzuweisen, daß es sich um eine neue Straße im Sinne des Grundstücksgesetzes handle und daß die Anlieger zur Zahlung von Beiträgen verpflichtet seien. Gleichzeitig erklärte er, daß dem Magistrat jedes rigorose Vorgehen fernliege, er sei vielmehr bereit, den Stundungsanträgen Folge zu leisten. Die Besprechung über diese sehr wichtige Angelegenheit wurde auf eine spätere Sitzung vertagt.

Eine Petition betreffend den Straßenbahnverkehr in der Kaiser-Friedrich-Straße gab unserem Genossen Will Veranlassung, auf die Notwendigkeit von Verkehrsverbesserungen und auf ein beschleunigteres Tempo in der Regulierung des Nonnenbammes hinzuweisen.

Die Petition wurde, nachdem der Vertreter des Magistrats erklärt hatte, daß die Eisenbahnverwaltung beabsichtige, den Stadtbahnhof bis zum Bahnhof Fürstendamm weiterzuführen, dem Magistrat als Material überwiesen.

Schließlich nahm das Haus noch debattellos und einstimmig einen Antrag an, durch den der Magistrat ersucht wird, geeignete Schritte zu ergreifen, damit die postalischen Verhältnisse der Stadtteile Alt-Beuthen und Spandauer Berg verbessert werden.

Der öffentliche Sitzung folgt eine geheime Sitzung, die sich in der Hauptsache mit Ankäufen und Verkäufen von Grundstücken beschäftigte.

Wilmerisdorf.

Eine Jugendsektion des Wahlvereins wurde am Montag in unserem Orte begründet. Nach einem einleitenden Referate des Genossen Renner über „Jugend und Partei“ fand eine rege Aussprache statt, in der die Aufgaben der Jugendsektion näher erläutert wurden. Eine Anzahl Anwesende schloß sich sogleich der Organisation an. In den Vorstand wurden die Genossen W. Groß als erster Vorsitzender, Zeig als zweiter Vorsitzender, Kieper als Schriftführer, John als Beisitzer gewählt. Beitrittsmeldungen von Jugendlichen im Alter von 18-23 Jahren nimmt der Schriftführer Genosse Bruno Kieper, Deilmolter Str. 5, entgegen.

Eine Schulentscheidungsfeier findet am Sonntag, den 29. März, nachmittags 4 Uhr, im Arbeiterjugendheim, Rauscheimer Str. 51 statt. Mitwirkende: Schriftsteller Ernst Reuter (Festrede) und Hl. Balli Kuffel (Rezitation). Eintritt für die Arbeiterjugend und deren Angehörige frei!

Da in diesen Tagen die Feinde der Arbeiterschaft wieder versuchen, die Kinder der Arbeiter an sich zu locken, um dieselben von der Kulturbewegung des Proletariats fernzubalotten, wird ersucht, für diese Feinde eine rege Propaganda zu betreiben und die jungen Leute dem von der Arbeiterschaft unter erheblichen Opfern errichteten Jugendheim zuzuführen.

Neufölln.

Der Herr von Barum, der im vorigen Jahre mit großem Erfolge auf dem Sportplatz an der Ede Pfäfler- und Pannierstraße debattierte, hat sein Wirtshaus an der Weiser-, Ede Müllstraße, gegenüber der Janastraße, seine Kiefernzelte aufgeschlagen, in denen alltäglich Vorlesungen gegeben werden. Am ersten Abend zeigte es sich, daß diese Schau bemüht ist, namentlich auf dem Gebiete der jüngsten Kunst etwas Neues zu bieten. Nebenher traten erste Künstler, darunter zahlreiche Kräfte fremder Erdteile auf. Im zweiten Teil der Veranstaltung zeigte sich Direktor Kreiser mit seinen dreizehn Polarreisenden und Frau Direktor Kreiser mit ihren Verberläuren. Die Darbietungen erregten bei dem vollen Hause lebhaftes Interesse.

Sonntag, den 29. d. Mis., findet keine Veranstaltung der Spielkommission statt.

Wegen des enormen Andranges, der wieder am Mittwoch bei der Märchenaufführung herrschte, hat sich die Kommission entschlossen, das Ostermärchen „Warum der Frühling kommen muß“, noch einmal, und zwar zum letzten Male aufzuführen. Die Veranstaltung findet am Mittwoch, den 1. April, bei Partisch, Hermannstr. 49, statt. Einlaß 5 Uhr. Anfang pünktlich 6 Uhr. Billets zum Preise von 10 Pf. für Kinder, 20 Pf. für Erwachsene, sind zu haben im Sekretariat, Redarstr. 8, Expedition Köhr, Siegfriedstraße, Partischs Restaurant, Hermannstr. 49, Restaurant Brill, Böhmische, Ede Saubomaststraße, Vietich, Wildenbruchstr. 88, Butenschön, Beisestr. 5, Bormann, Eberdahlstr. 15, Lehmann, Richardstr. 83, Schneider, Beisestr. 64. Um rege Beteiligung ersucht Die Kommission.

Sichtenberg.

Eine Schülerrevue hat sich in dem hiesigen Realgymnasium abgespielt. Aus Karat vor Strafe erschloß sich in eines Toilette der letzten Jahre alle Gymnasiast Hans J., dessen Vater, in der Frankfurter Allee ein Inzassogeschäft betreibt. Der Knabe gehörte der Klasse der ersten Vorhulklasse an, war aber ein schwapfer Schüler. Er stand jetzt vor dem Einjährigengemamen, und sowohl ihm, wie seinem Vater war schon vorher mitgeteilt worden, daß das Ergebnis der Prüfung sehr zweifelhaft sein werde. Der Schüler bestand schließlich das Examen nicht, und als der Direktor der Klasse das Resultat mitgeteilt und die Schüler entlassen hatte, begab sich J. in eine Toilette des Realgymnasiums und jagte sich mehrere Revolverkugeln in die Herzgegend. Eine Viertelstunde später wurde er von dem Direktor tot aufgefunden.

Reinickendorf-Ost.

„O, wandern, du freie Burschenlust“, so sang eine Schüler- vorstellung aus, die von der 8. Gemeindegemeinschaft im „Seebad“ veranstaltet wurde. — Zum Glück wächst innerhalb der berufsfreudigeren Elemente der Lehrerschaft das Bestreben, den Schülern wenigstens von Zeit zu Zeit durch einen Blick in die Werkstatt der Natur ein Vertiefen des empfangenen Wissens zu ermöglichen. Zum Wandern aber gehört Geld. Staatliche und kommunale Haushaltungspläne kennen jedoch keinen Statistiel: „Vollschulwandertagen“. Somit muß die Lehrerschaft, will sie ihre Bestrebungen durchführen, das benötigte Geld durch Selbsthilfe zu beschaffen suchen. — Diesem Zwecke diene auch die vorerwähnte Veranstaltung. Trübe Erfahrungen haben und indes solchen Vorführungen gegenüber mißtrauisch gemacht, laufen dieselben doch meist auf byzantinische Verwicklungen der Monarchie und ihrer Einrichtungen hinaus. — Mit doppelter Freude werden wir deshalb feststellen, daß die Arrangements unserer Schülerrevue hierauf verzichtet und mit sicherem Blick und anerkennendwertem Geschick ein Programm aufgestellt haben, das unmittelbar aus dem unerschöpflichen Vorn der Volkspoesie geflossen ist. Es mußte schon ein recht verhärtetes Gemüt sein, das sich dem Zauber des Dargebotenen entziehen konnte. Mit freier heller Kinderstimme vorgetragene Liebeslieder, durch lebende Bilder illustriert, wechselten ab mit in lustiger Naivität vorgebrachten alten schönen Kinderreimen, sowie Reigen und turnerischen Aufführungen. Alle Darbietungen zeugten von Fleiß und Liebe und sicherten den Leitern volle Anerkennung. Sehr treffend betonte der Rektor in einer kurzen Ansprache, daß solche Veranstaltungen dazu beitragen könnten, in der Schule ein Institut zu erblicken, das im harmonischen Zusammenarbeiten mit dem Elternhause des Lebens Ernst und Heiterkeit in ein richtiges Verhältnis zu bringen bestrebt sei. — Uns aber drängte sich unwillkürlich der Gedanke auf: wach eine Fülle von Schätzen wahrer Volkskunst, die heute unter dem alles überflutenden Schlamme von Schulliteratur und Schundliteratur schier zu erstickend droht, könnte der Allgemeinheit zugänglich gemacht werden, wenn die Schule mit den in der Arbeiterbewegung tätigen Bildungssträften Hand in Hand zu arbeiten durch eine reaktionäre Gesetzgebung nicht gehindert wäre.

Weiskensee.

Ein Ehe drama spielte sich gestern nacht in dem Hause Berliner Allee 221 ab. Die Frau des Instrumentenmachers Franke gab auf ihren Mann Schüsse aus einem Revolver ab, durch die der Mann schwer verletzt wurde. Frau Franke suchte sich nach der Tat mit Leuchtgas zu vergiften. Das Motiv zu der Tat soll in Eifersucht zu suchen sein. Franke soll sich eine Geliebte angeschafft, und seine Frau, die davon erfahren hatte, soll ihm bei seiner Heimkehr deswegen schwere Vorwürfe gemacht haben. Im Verlaufe des Streites ergriff Frau Franke einen Revolver und schoß einige Patronen auf ihren Mann ab. Ein Schuß traf ihn in den Kopf und brachte ihm eine schwere Verletzung bei. Hierauf versuchte Frau Franke, sich in der Küche durch Einatmen von Leuchtgas selbst das Leben zu nehmen. Als jedoch gestern morgen aus der Wohnung ein intensiver Gas-

geruch hervorbrang, benachrichtigte man die Polizei, die die Türen der Wohnung öffnen ließ. Franke wurde in das Weiskenseer Krankenhaus gebracht, während die Frau, die sich eine Gasvergiftung zugezogen hatte, als Polizeigefangene in die Charité übergeführt wurde.

Kaulsdorf.

Die Gemeindevertretung hatte sich in ihrer letzten Sitzung zunächst mit der den Lehrszen für dieses Jahr in Aussicht gestellten Erhöhung der Ortszulagen von 500 auf 600 M. zu beschäftigen. Der stellvertretende Gemeindevorsteher machte Mitteilung, daß nach einer Notiz der „Kaulsdorfer Zeitung“ der Minister die Höchstgrenze der Ortszulage für Kaulsdorf auf 520 M. festsetze mit der Bestimmung, daß diese Summe auch für Orte mit gleicher wirtschaftlicher Struktur Geltung habe. Hierzu lag ein Schreiben aus Lehrzirkeln vor, daß laut gesetzlicher Regelung die Ortszulage bis 700 M. steigt, und daß auch im benachbarten Gute Hellerödorf bereits 600 M. gezahlt werden. Der Gemeindevorsteher befragte die Vertretung, ob die Gemeinde beim Landrat betreffend der Richtigkeit der Notiz in der „Kaulsdorfer Zeitung“ Auskunft einholen oder aber die Ortszulage auf 600 M. bemessen wolle. Unsere Genossen traten für den letzten Vorschlag ein, da ja auch die Mittel hierfür bereits im Etat stehen. Unserm Antrag stimmte aber nur noch ein bürgerlicher Vertreter zu. — Der Etat schließt mit 104.746,42 M. in Einnahme und Ausgabe ab. Der Gemeindecincomnensteuerzahler wird, wie im vorigen Jahre, auf 120 Proz. die Grundwertsteuer auf 8 resp. 4,5 pro Mille festgesetzt. Die Vertreter der Landwirte sangen das alte Klage lied, daß bei so hoher Besteuerung der Ruin der Landwirtschaft herbeigeführt werde; es sei daher am Platze, die Grundwertsteuer für den unbekauten Grundbesitz zu erniedrigen und dafür den Kommunalzuschlag zu erhöhen. Von bürgerlichen Vertretern wurde den Herren, die fast ausschließlich Wähler 1. Klasse sind, entgegengehalten, daß eine Herabsetzung der Grundwertsteuer die Erhöhung des lokalen Zuschlages auf 145 Proz. bedingen würde. Unsere Genossen betonten, daß sie im Prinzip für die progressive Einkommensteuer eintreten, daß aber bei einer Erhöhung auf 145 Proz. die Einkommen bis 1500 M. steuerfrei bleiben müßten. Die Sache wurden dann, wie oben erwähnt, festgesetzt. Der Vorschlag für die Schulverwaltung ergibt eine Einnahme von 8850 M. und eine Ausgabe von 51.280,43 M. Es ist mithin ein Zuschuß von 42.640,43 M. hierfür erforderlich. Zur etwaigen Unterstützung armer Schulkinder, insbesondere zur Beheizung der Kosten eines Ausrufenshaltens, Beschaffung von Brillen, Bandagen, sowie zur Zahnpflege sind 400 M. zur Verfügung gestellt. — Unter Verschiedenes wurde das Gesuch eines Einwohnere, um Ueberlassung eines Schulzimmers für Privat-Unterrichtsstunden in den verschiedenen kaufmännischen Fächern. Herr Hennig empfahl, das Zimmer gegen Erstattung der Reinigungslosten dem Herrn zur Verfügung zu stellen. Von unseren Genossen wurde die Schaffung einer Handelschule am Orte begrüßt, nur könne man einem rein privaten Unternehmen, an dem der Vergünstigter viel Geld verdienen wolle, Gemeinderäume nicht gegen ein Trinkgeld hergeben. Es wurde deshalb von unseren Genossen der Antrag gestellt, daß der Gemeindevorstand mit dem Herrn die Bedingungen formuliert, jedoch die Gemeindevertretung sich die Zustimmung vorbehält.

Zehlendorf (Bannseebahn).

In der letzten Wahlvereinsversammlung referierte Genosse Wulfsch über: Die Justiz im Dienste der Politik. Redner nahm die letzten Tendenzprozesse ganz besonders unter die Lupe. Er betonte zum Schlusse seiner interessanten Ausführungen, daß es Pflicht aller proletarischen Eltern sei, ihre Kinder im sozialistischen Sinne zu erziehen. Unter Vereinangelegenheiten wurde allgemein bedauert, daß die Veranlassung, so schwach besucht sei. Gerade die jetzige Zeit erfordere es, daß alle Genossen auf dem Posten sind; habe doch die verfloßene Gemeindegemeinschaft sowie die Kantonsparlamentwahl bewiesen, daß im Orte noch eine rege Agitation erforderlich sei.

Grünau.

Die Generalversammlung des Wahlvereins nahm den Bericht des Vorsitzenden Genossen Blümme entgegen. Danach ist die Mitgliederzahl von 95 auf 84 gesunken, was seine Ursache in der Verdrängung der Bevölkerung durch die zahlreiche vertretene Beamtenschaft hat. Die Hauskassierung hat ein günstiges Resultat gezeitigt. Der „Vorwärts“ zählt 135 Abonnenten. Die Neumahlen zum Vorstand ergaben folgendes Resultat: 1. Vors. Rechner, 2. Vors. Fischer, Schriftführer Robjid, Kassierer Tantom, Beisitzer Hampel. Eine rege Debatte entwickelte sich über das Ergebnis der letzten Gemeindevorstandswahl. Die Meinung über die Taktik war geteilt. Während der eine Teil der Genossen eine stille intensive Hausagitation für vorteilhaft hält, tritt man andererseits für eine lebhaft öffentliche Agitation ein. Jedenfalls ist auch hier zu verzeichnen, daß die zahlreiche Beamtenschaft bei Heranziehung der Referenden und den Parteistimmungen vorläufig noch das Uebergewicht hat. Die Winterfeierabendfeier soll gemeinschaftlich mit Wobndorf abgehalten werden. Eine Abendfeier unter Mitwirkung des Gesangs- und Turnvereins bei kleinem Eintrittspreis soll bei Duchauffour stattfinden.

Pankow.

Auf dem Bergwägen des Arbeiterturnvereins Pankow, im Restaurant „Zum Kurfürsten“, ist ein Damenportemomale gefunden worden. Dasselbe ist abzuholen in den Turnstunden der Männerabteilung, Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr daselbst.

Nowawes.

Die Erträge aus direkten und indirekten Steuern sind für das Rechnungsjahr 1914 mit folgenden Summen in Antrag gebracht: Direkte Steuern: Gemeindecincomnensteuer einschließlich Kreissteuer 303.800 M. (gegen 1913 mehr 88.800 M.), Gemeindecincomnensteuer einschließlich Kreissteuer 282.885 M. (+ 5385 M.), Gewerbesteuer einschließlich Kreissteuer in der 1. und 2. Klasse 43.500 M. (+ 7500 M.), in der 3. und 4. Klasse 22.000 M. (+ 2000 M.), Betriebssteuer einschließlich Kreissteuer 2500 M., insgesamt 743.985 M. (+ 51.685 M.); indirekte Steuern: Hundesteuer einschließlich Gebühr für Hundemarken 5500 M., Luftverkehrssteuer 6000 M., Umsatzsteuer 24.000 M. (gegen Vorjahr 2000 M. weniger), Biersteuer 15.000 M. (+ 500 M.), Wertzuwachssteuer 9000 M., insgesamt 89.500 M. (+ 500 M.). Der gesamte Ertrag an direkten und indirekten Steuern soll 803.485 oder 82.165 M. mehr als im Vorjahre betragen.

Spiel und Sport.

Radsfahrer.

Arbeiter-Radsfahrerbund „Solidarität“. Mitgliedschaft Berlin. Tourenplan zum Sonntag, den 29. März. Agitationstour, Treffpunkt aller Abteilungen früh 9 Uhr in den bekannten Startlokalen. Tour wird dort bekannt gegeben. 2. Abt.: Sitzung Mittwoch, 1. April. Richtsichtvortrag. 12. Abt.: Rotorfahrer nach Pankow, Dariuscher Str. 10, Eberler. Start: 12¹⁵ Uhr Steuerrhaus, Tempelhof. 13. Abt.: Start: 1. und 2. Abt.: Räderklub, Restaurant zur Anke, Heimerstraße. Gemeinamter Start: 8 Uhr früh, Pankow. 74. Pankow-Niederichshausen. Nach Bernau (Salzmann). Start: 8 und 1 Uhr Pankow, Parkplatz. 8. Abt.: Nach Reichow bei Bellen. Radfahrer Treffpunkt Bienenhof, Salzmann. Start: 1 Uhr. Kallste, 2. Lemmer. 9. Abt.: Nach Eisdolde. Start: 10 Uhr bei Oßl. 10. Abt.: Nichtenrade bei Jahnke, Hohenzollern-, Ede Krügerstraße. Start: 1 Uhr bei Partisch, Hermannstr. 49. 11. Abt.: Reinickendorf-Ost. Abt. 2. Fißelwerder, Alten Grund. Start: 1 Uhr Reinickendorf. 12. Abt.: Charlottenburg. Rommes bei Singer. Start: 12 Uhr mittags Reinickendorf. 13. Abt.: Trepow, Baumgulenweg. Nach Wühlend. Start: 1 Uhr in Trepow, früher Kimmel.

Kinder-Garderobe

Extra-Angebote unseres Stammhauses Am Oranienplatz

Mädchen-Kleider u. -Mäntel

Schotten-Kleid	blau-grün mit Stickerei-Kragen für das Alter von 6 Jahren M.	6 ⁵⁰
Cheviot-Kleid	marineblau, Kragen bestickt, für das Alter von 6 Jahren jede weitere Größe 75 Pf. mehr	7 ²⁵
Amerik. Kleid	marineblau Cheviot, abnehmbare Garnitur, für das Alter von 6 Jahren M.	11 ⁵⁰
Turnkleid	aus haltbarem Cheviot, für das Alter von 6 Jahren, M. jede weitere Größe 75 Pf. mehr	13 ⁰⁰
Kieler Paletot	marineblau Molton, Abzeichen, für das Alter von 6 Jahren M.	10 ⁵⁰
Cheviot-Paletot	in modernen Farben, für das Alter von 2 Jahren, M. jede weitere Größe 1.- M. mehr	6 ⁷⁵

Knaben-Anzüge u. -Paletots

Prinz-Heinrich-Anzug	aus dunkelblauem Molton, für das Alter von 5 Jahren jede weitere Größe 50 Pf. mehr	7 ⁰⁰
Amerik. Anzug	aus Stoffen englischer Art für das Alter von 5 Jahren jede weitere Größe 50 Pf. mehr	9 ⁰⁰
Norfolk-Anzug	aus guten haltbaren Stoffen, für das Alter von 5 Jahren jede weitere Größe 50 Pf. mehr	9 ⁵⁰
Schul-Anzug	Prinz Heinrich- oder Norfolk-Fasson, aus Stoffen engl. Art für das Alter von 3-10 Jahren . . . durchweg M.	5 ⁹⁰
Kieler-Pyjack	aus dunkelblauem Molton, mit Abzeichen, für das Alter von 3 Jahren M.	4 ⁵⁰
Cover-coat-Paletot	2-reihige, flotte Form, ganz auf Futter, für das Alter von 3 Jahren jede weitere Größe 1 M. mehr	11 ⁰⁰

Große Sortimente
in
Kostümen + Mänteln
Kleidern

R. Maassen

Neuheiten
in
Blusen + Morgenröcken
Jupons

Theater und Vergnügungen

Freitag, den 27. März 1914.
Anfang 5 Uhr.
Koffage-Theater. Kino-Varieté.
Anfang 6 Uhr.
Palast-Theater. Spezialitäten.
Anfang 6 1/2 Uhr.
Eines Rollen-Theater-Varieté.
Anfang 7 Uhr.
Kgl. Schauspielhaus. Vier Olyn.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Carmen.
Deutsches. Die Prinzessin und der Kürschner.
Königsgraber Straße. Brand.
Zirkus Busch. Galavorstellung.
Zirkus Schumann. Galavorstellung.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Hochspannung.
Deutsches Opernhaus. Das Rheingold.
Veffung. Abigene auf Tauris.
Deutsches Künstler-Theater.
Scharin und Gertraude.
Kammermusik. Vom Teufel geholt.
Kleines. Jettischen Gebert.
Theater an der Weidenammer
Brücke. Der müde Theodor.
Trianon. Er und der Andere.
Komödienhaus. Kammermusik.
Theater am Rollendorfsplatz.
Russisches Ballett.
Schauspielhaus. Die spanische Fliege.
Schiller O. Wann wir altern.
Liebe. Lotthens Geburtstag.
Schiller Charlottenburg. Das große Licht.
Theater des Westens. Polenblut.
Montis Operetten. Jung-England.
Berliner. Wie einst im Mai.
Reifen. Der Regimentspapa.
Dalia. Gefährliche.
Friedrich. Wilhelmstädtisches.
Gräfin Trallala.
Noie. Die Königin der Detektei.
Kasino. Die alle Webern.
Herrnsfeld. Die non oben und unten.
Reichshallen. Stettiner Säng.
Wintergarten. Spezialitäten.
Apollo. Der Stolz der Kom-pagnie.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Lützen. Ein Freund der Armen.
Walhalla. Langohrer.
Boites Caprice. Café Pingsheim.
Der Heiratsgraf. Meyersteins.
Anfang 9 Uhr.
Kened. Boldt-Theater. Die
Gaubenlerche.
Anfang 9 Uhr.
Admiralspalast. Die lustige Puppe.
Berliner Giebel. Im Strag
zum grünen Kranz.
Eines Rollendorfs-Theater-Varieté.
Lichtspiele.
Eternwarte. Invalldenstr. 57-52
Theater des Westens.
8 Uhr: Polenblut.
Sonntagsm. 9 1/2: Der Hobe Augustin.

Schiller-Theater O. Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hierauf:
Liebe. Lotthens Geburtstag.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Die Haschnebauer.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Geschäft ist Geschäft.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hierauf:
Liebe. Lotthens Geburtstag.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Sonnabend, nachmittags 3 Uhr:
Wilhelm Tell.
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Wann wir altern. Hierauf:
Liebe. Lotthens Geburtstag.
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:
Andreas Hofer.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das große Licht.
Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 Uhr:
Brand.
Komödienhaus.
8 Uhr:
„Kammermusik“.
Berliner Theater.
8 Uhr:
Wie einst im Mai.
Deutsches Künstlertheater
Sozialität.
Nürnberger Straße 70/71, am Zoo.
Kasse: Rollendorf 1383.
Abends 8 Uhr:
Scharin u. Gertraude.
Sonnabend 8 Uhr: Der Haub
der Zabinerinnen.
Residenz-Theater
8 Uhr:
Der Regimentspapa.
Friedr.-Wilhelmst. Theater.
Anfang 8 Uhr.
Gräfin Trallala.
Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin.
ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die Königin der Detektei.
Anfang 8 Uhr.
Sonnabend 4 Uhr: Nabezahl.
Abends 8 Uhr, zum 1. Male: Das
Recht auf den Tod.
Voigt-Theater
Babstraße 38.
Freitag, den 27. März:
Im Rauch des Lebens.
Komödie in 3 Akten v. Oskar Piffel.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.
Vorans.: Front. 6. April: Benefiz!
Lina u. Karl Moller; Mutter Thalia.

URANIA
Taubenstraße 40/40.
8 Uhr:
Dir. A. Fürst:
Hochspannung.
Theater am Rollendorfsplatz 5.
8 Uhr: Russisches Ballett.
Schoherzade, Karneval, Festin,
Pblowetzer Tänze.
Metropol-Theater.
Abends präzis 7 1/2 Uhr 55:
Die Reise um die Erde
in 40 Tagen.
Trianon-Theater.
Täglich abends 8 Uhr:
Er und der Andere.
Sonntags 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Turnverein Fichte, III. Männerabteilung.
Sonntag, den 29. März
Feier des 20jährigen Stiftungsfestes
und 3. Stiftungsfestes der V. Frauenabteilung
im Etablissement „Neue Welt“, Hasenheide 108
unter Mitwirkung des
Berliner Tonkünstler-Orchesters (Hollfelder)
Gesangvereins „Männerchor Neukölln“
und turnerische Aufführungen.
Anfang pünktlich 5 Uhr. 186/3 Eintritt 30 Pf

„Clou“ :: Berliner ::
Konzerthaus
Mauerstraße 82 — Zimmerstraße 90/91.
Großes Doppel-Konzert!
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirigent:
Franz v. Blon.
Musikkorps des 1. Garde-Dräger-Regiments. Dirigent: Oberm. Baar.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen
Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem
Eintritt.

Brauerei Friedrichshain
Montag, den 30. März, abends 8 Uhr:
Heitere Künstler-Soiree
Zum Benefiz des artist. Leiters der Künstler-Abende
Harry Senger und Lola Gray.
Mitwirkende: Allererste Kräfte hies. Bühnen.
U. a.: Lena Nassau, Herrmann Feiner, Lutti Werkmeister,
Holländer, Improvisator Adolf Westor, Conférencier,
Oly Romann, Richard Wissiak, Franz Meißner,
Fortalla, Fantasie-Tänzerin.
Entree 35 Pf.

Passage-Panoptikum.
Der englische
Riese
Teddy Bobs.
Der größte Mensch, der je
gelebt! 160 mm größer als
Machnow! 19 Jahre alt.
Ohne Extra-Entree!

Casino-Theater
Lothringers-Str. 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Mittwoch, den 6. April:
Die alle Webern.
Berber ein erstklassiger hunder Teil.
Sonntag, 12. April, Oftern, 1. Male:
Wo die Liebe hinfällt.
Sonntag 4 Uhr: Mutterliebe.

Theater a. d. Weidenammerbrücke
8 Uhr: Der müde Theodor.
Zirkus Alb. Schumann.
Heute Freitag, den 27. März,
von 9 1/2 bis 11 Uhr abends:
Fortsetzung des
Intern. Ringer-Wettstreits
(Catch as catch can)
Alle Griffe erlaubt!
Es ringen heute folg. Paare:
1. Pelivan gegen Derma
(Türkei) (Polen)
2. Tomson gegen Deriaz
(Westindien) (Schweiz)
3. Hubert gegen Wilson
(Tunis) (England)
4. Constant de Paris geg. Saff
(Paris) (Deutschl.)
Vorher, von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr:
„Tipp“
der Derby-Favorit 1914.
Von 8 1/2 bis 9 1/2 Uhr:
Große Sportvorstellung

WINTERGARTEN
Letzte Vorstellungen!
Olga Desmond
und eine Auslese
hervorragender Kunstkräfte!
— Rauchen gestattet! —
Apollo-Theater.
Tel.: Lützow 2757.
8 Uhr. Zum 100. Male: 8 Uhr
Der Stolz d. 3. Kompagnie
mit
Hartstein.
Sachen ohne Baue! Rauchen gestattet!

Folies Caprice.
8 1/4 { Café Pingsheim
Der Heiratsgraf
Meyersteins

Reichshallen-Theater
Stettiner Säng.
Unsere süßen
Dienstmädels.
Zurückste v. Reusel
Anfang 8 Uhr.
Nächstes
Sonntag, nachm.
3 Uhr:
Stundes Pfingstfahrt.

Auffö. d. Zirkus Busch a. 31. März.
Zirkus Busch.
Heute Freitag, den 27. März,
abends 7 1/2 Uhr.
Zum 125. Male:
„Pompeji“.
Orig. Ausstattung-Gantomime d.
Zirkus Busch in 6 glänzend. Akt.
Berber d. große Galaprogramm.
U. a.: Mad. Garniers (sen-
sationeller Sprung mit dem Hoch-
rad aus der Höhe der Zirkus-
kuppel.

Berlin-Neukölln
an der Weser-Ecke
Büttelstraße
gegenüber der Jansstraße
— Nur kurze Zeit —
Zirkus
Barum-
Schau.
Täglich abends 8 1/2 Uhr:
das grandiose
Programm
mit 22 Weltattraktionen.
Morgen Sonnabend, 28. März:
brillante
Vorstellungen
2 nachmittags 4 Uhr,
abends 8 1/2 Uhr.
In der Nachmittags-Vor-
stellung ein ungekürz-
tes Abend-Programm zu
klein. Preis f. Erwachsene
u. Kinder unter 12 Jahren.
Billetverkauf für die
Nachmittags-Vorstellung
nur an der Zirkuskasse
von vormittags 11 Uhr.

Admiralspalast.
Eis-Arena.
Heute Premiere!
Im Tango-Klub
Revue der modernen Tänze.
Zur Aufführung gelangen
Rag-Time Boston
Maxixe Fish-Walk
Tango.
Außerdem zum 200. Male:
das große erfolgreiche Eisballett
Die lustige Puppe
von Leo Bartuschok. Musik von
Julius Einödahofner.
Ferner als Novität
Akrobaten auf dem Eis
u. neue sportliche Attraktionen.
Beginn 8 1/2 Uhr.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
ab halbe Kassenpreise.
Wein- u. Bier-Abteilung.

Reichstag.

241. Sitzung. Donnerstag, den 26. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Lisco.

Das Statutgesetz wird in dritter Beratung debattelos angenommen.

Es folgen

Wahlprüfungen.

Die Wahl des Abg. v. Greberlow (L) wird dem Antrag der Kommission entsprechend für gültig erklärt.

Die Wahl des Abg. Hoersch (L) beantragt die Kommission für ungültig zu erklären.

Ein Antrag Graf Westarp (L) wünscht Gültigkeitserklärung der Wahl.

Abg. Frommer (L):

Die Wahlprüfungen werden vielfach für Nachfragen gehalten. Ich bin aber Idealist (Große Feinheit) und hoffe, daß das Recht zum Siege gelangt. Gegen die Wahl ist ein Protest von sozialdemokratischer Seite eingereicht, der sich darauf stützt, daß von der Eisenbahndirektion Hannover den Unterbeamten und Werkstättenarbeitern die Annahme sozialdemokratischer Wahlerzeugnisse bei Strafe der sofortigen Entlassung verboten war. Aber diese Verbote hatten gar keinen Bezug auf die Wahl, sondern waren ganz allgemeine Erlasse, die sich gegen die sozialdemokratische Agitation wandten, wozu die Eisenbahnverwaltung berechtigt, ja verpflichtet ist. — Der nationalliberale Protest stützt sich darauf, daß ein Flugblatt der konservativen Partei von einer Anzahl von Amtsvorstehern und Bürgermeistern unter Hinzusetzung ihres Amtstitels unterzeichnet worden ist. Es handelt sich um neun Amtsvorsteher und zwei Bürgermeister. Die in den betreffenden 11 Bezirken abgegebenen Stimmen hat die Kommission dem Kandidaten Hoersch abgezogen; mindestens die Stimmen der Unterzeichner des Aufrufs selbst aber dem Kandidaten Hoersch nicht abgezogen, denn diese sind doch durch den Aufruf sicher nicht beeinflusst worden. Tut man das und beläßt die Stimmen der Unterzeichner des Aufrufs dem Kandidaten Hoersch, so ist er immer noch mit einer Mehrheit von 36 Stimmen gewählt. Deshalb muß die Wahl für gültig erklärt werden. (Bravo! rechts.)

Abg. Schmidt-Reichen (Soz.):

Der Redner behauptete, die Wahlprüfungskommission habe nicht nach Recht, sondern nach Macht geurteilt. Nun wir sind in dieser Frage jedenfalls unparteiisch, denn uns ist es wirklich gleichgültig, ob Herr Fuhrmann oder Herr Hoersch gewählt ist. Wir werden für den Antrag auf Ungültigkeit stimmen, erstens im Hinblick auf die amtlichen Unterschriften unter dem Wahlaufsatz, vor allem aber infolge des Vorgehens der Eisenbahndirektion Hannover gegen ihre Angestellten und Arbeiter. Jeder dieser Punkte genügt, die Wahl ungültig zu machen. — Herr Hoersch berief sich darauf, daß die Leute, die den Aufruf mit unterschrieben hätten, doch jedenfalls nicht als beeinflusst gelten könnten. Aber sehen Sie sich doch einmal diesen Wahlaufsatz an — nicht weniger als 17 Seiten von Namen stehen darunter. Wollten wir die Unterzeichner eines solchen Aufrufs stets nicht mit abziehen, so brauchen wir es überhaupt nicht mehr als erdlich anzuleben, wenn Wahlaufsätze von Amtsvorstehern, Bürgermeistern usw. unterzeichnet sind. Die Konservativen hätten es dann leicht, mehr Unterschriften aufzubringen, als sie überhaupt Stimmen bekommen. (Sehr gut! links.) Unter diesem Aufruf stehen Gutarbeiter, Knechte, Antzler, Schweißler, Stellmacher, Postboten usw. (Hört! hört! bei den Sozialdem.) Ich möchte den Aufsicht, den Gutsarbeiter haben, der es wagen könnte, einen solchen konservativen Aufruf nicht zu unterzeichnen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Der von der Kommission geübten Prozedur haben bisher auch die Konservativen nicht widersprochen, wenn es sich um andere als konservative handelte. — Wenn noch irgendein Zweifel über die Rechtmäßigkeit des Beschlusses der Kommission bestanden hätte, so wäre er geschwunden nach dem Anhören der Rede des Abg. Frommer; denn er hat nicht einmal den Versuch gemacht, zu beweisen, daß die Unterlagen der Kommission nicht zutreffend waren.

Nun kommt noch etwas anderes hinzu. Anfang und Ende Dezember sind von der Eisenbahnverwaltung Hannover zwei Erlasse herausgegeben, wonach jeder Arbeiter und Unterbeamte sich von sozialdemokratischen Bestrebungen und Versammlungen fernzuhalten habe, auch sozialdemokratische Zeitungen und sonstige Wahlerzeugnisse nicht halten und lesen dürfe, wenn er nicht die Kündigung erwirken wolle. Es handelt sich hier um mehr als 2000 Arbeiter und Angestellte, in deren Wahlkreis eingegriffen wurde, es ist dies ein Akt von Terrorismus grüßlicher Art.

Der Reichstag hat es von jeher als unzulässige Wahlbeeinflussung betrachtet, wenn jemand seine wirtschaftliche Macht benutzt, um einen andern an der Ausübung seiner bürgerlichen Rechte zu hindern. Dieser Terrorismus ist auch von Erfolg gewesen; ohne ihn ist es sehr zweifelhaft, welcher Kandidat mit Hoersch in die Stichwahl gekommen wäre. Also auch aus diesem Grunde werden wir dem Antrag auf Ungültigkeitserklärung zustimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Stupp (Z.):

Die Annahme, daß auch die Unterzeichner des Aufrufs nicht für den Kandidaten Hoersch hätten stimmen wollen, ist doch ganz abnorm. Macht man diese Annahme nicht, so bleibt für Hoersch eine Mehrheit von 36 Stimmen. — Die Erlasse der Eisenbahnverwaltung haben sicherlich nicht den Gegnern der Sozialdemokratie genügt, aber darauf kommt es nicht an, sondern darauf, ob die gesetzlich gewährleistete Wahlfreiheit verletzt worden ist oder nicht. In den Erlässen der Eisenbahnverwaltung ist nun das Verbot sozialdemokratischer Versammlungen und das Verbot sozialdemokratischer Zeitungen verboten, aber mit keinem Wort ist von der Ausübung des Wahlrechts gesprochen. (Lachen links.) Wir werden daher für die Gültigkeit der Wahl stimmen.

Abg. Dr. Bollert (natl.):

Es ist richtig, daß im Falle Kröcher die unter dem beanstandeten Wahlaufsatz stehenden Namen dem Sieger zugerechnet wurden. (Hört! hört! rechts.) Wenn das diesmal nicht geschehen ist, so aus guten Gründen. Es ist ja gar nicht zu kontrollieren, ob die Unterzeichner des Wahlaufsatzes nicht auch beeinflusst worden sind durch die Mitunterzeichnung des Amtsvorstehers. (Sehr gut! links.) Wir werden also für die Ungültigkeit der Wahl stimmen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Neumann-Hofer (Sp.):

Wenn jemals Macht vor Recht gegangen ist bei Wahlprüfungen, so im Falle der Wahl des Herrn Frommer selbst, wo trotz eines offensiblen Irrtums der Kommission die Wahl für gültig erklärt wurde, und im Falle Becker, wo eigentlich Herrer Kores erklärt war. Herrn Stupp halte ich entgegen, daß die Kommission in ständiger Prozedur zweifelhafte Stimmen dem gewählten Kandidaten abgezogen hat, weil es ihre Aufgabe ist, festzustellen, ob ein Abgeordneter zweifellos mit Recht gewählt ist. Hier kommt noch in Betracht, daß die Konservativen geradezu nach Unterschriften unter dem Wahlaufsatz hauierten gegangen sind. (Hört! hört! links.) Wir stimmen dem Kommissionsantrag zu.

Abg. v. Weiz (L):

Die Unterschriften im Falle Kröcher waren fast ebenso zahlreich wie im Falle Hoersch. (Hört! hört! rechts.) Wenn man ver-

mutet, daß ein Teil der Unterzeichner nicht gewußt haben, was sie taten, müßte man Beweiserhebungen darüber anstellen. Nach meinem juristischen Verstand muß man freilich bis zum Beweise des Gegenteils annehmen, daß sie gewußt haben, was sie taten. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Arendt (Rp.):

Im Blokreichstag waren die Herren von der Fortschrittlichen Volkspartei ganz anderer Meinung als heute Herr Neumann-Hofer in der Frage der Unterschriften von Amtsvorstehern usw. mit beigefügtem Titel. (Hört! hört! rechts.) Im Falle Blumenthal hat Abg. v. Payer den gegenteiligen Standpunkt eingenommen, und ich habe damals meine Freude darüber ausgesprochen, daß die Fortschrittliche Volkspartei die von uns immer vertretenen Grundsätze anerkennt. (Hört! hört! und Heiterkeit rechts.) Im Falle von Kröcher hat man die Stimmen nicht abgezogen, weil die Ungültigkeitserklärung doch feststand, hier zieht man sie ab, weil sonst die Ungültigkeit nicht zu erreichen wäre. (Hört! hört! rechts.) Auf jeden Fall müßte untersucht werden, wie viel von den Unterschriften erfolgt sind, bevor der Amtsvorsteher unterschrieb. (Sehr richtig! rechts.) Ein großer Teil davor, die unterzeichneten haben, sind auch Mitglieder konservativer Organisationen. Die dritte man doch auf keinen Fall abziehen. (Sehr richtig! rechts.) Ich hoffe, daß mich Herr v. Payer heute ebenso unterstützen wird, wie ich ihn bei der Wahl Blumenthal unterstützte habe. (Sehr Heiterkeit rechts.) Im übrigen ist es eine Belehrung der deutschen Wähler, wenn man annimmt, sie seien so feige, bei der geheimen Wahl sich durch die bloße Namensunterschrift eines Amtsvorstehers einschüchtern zu lassen. Dieser Fall beweist wieder einmal die Notwendigkeit eines unparteiischen Wahlgerichtshofes.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Neumann-Hofer (Sp.) schließt die Debatte.

Abg. v. Payer (Sp., persönlich):

Ich stehe noch heute auf dem Standpunkt wie seinerzeit bei der Wahl des Abg. Blumenthal und habe damals besonders hingewiesen auf den Unterschied der Stellung eines Bürgermeisters in Süd- und Norddeutschland. (Sehr richtig! links.)

Die Abstimmung über den Antrag Graf Westarp (L) auf Gültigkeit der Wahl ist namenlos. Sie ergibt die Ablehnung des Antrags mit 176 gegen 149 bei 9 Enthaltungen. Die Wahl ist also für ungültig erklärt.

Es folgt die erste Beratung der von der Strafrechtskommission beschlossenen

Änderung des Duellparagrafen.

wonach an Stelle der Festungshaft Gefängnisstrafe nebst Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte treten kann, wenn der Angeklagte den Zweikampf freventlich verschuldet hat.

Staatssekretär Dr. Lisco:

Die vorgeschlagenen Änderungen haben grundsätzliche Bedeutung. Bestimmte Bestimmungen finden sich bereits im Vorentwurf zu dem neuen Strafgesetzbuch; doch sollen diese Gedanken aber im Zusammenhang mit anderen wichtigen Änderungen verwirklicht werden; hier dagegen wird es darauf ankommen, zu untersuchen, ob die Änderungen in das System des gegenwärtigen Strafgesetzbuches hineinpassen, und ob diese Frage losgelöst von der gesamten Neugestaltung des Strafgesetzbuches behandelt werden kann. Hierzu haben die Verbündeten Regierungen noch nicht Stellung genommen, der Reichskanzler ist aber bereit, nach dem Verlauf der heutigen Verhandlung mit den übrigen zuständigen Stellen hierüber in Verbindung zu treten.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Der vorgeschlagene Entwurf hält grundsätzlich am Duell als einer im Strafgesetzbuch privilegierten Straftat fest. Wir halten das nicht für angängig, das Duell soll vielmehr bestraft werden, wie jedes andere Vergehen der Körperverletzung. Entsprechende Anträge werden wir zur zweiten Beratung stellen. Wer sich dem Duell beugt, bezeugt mehr Feigheit als derjenige, der der Standeshitte widersteht. Der Duellantänger zeichnet sich vor allen anderen, welche Straftaten begehen, dadurch aus, daß er erklärt, er sei bereit, dieselbe Straftat immer wieder zu begehen. Beamte und Offiziere, die in dieser Weise ihre Bereitschaft zum Auftreten gegen die bestehende Ordnung erklären, dürfen nicht im Amt und im Dienst belassen

werden. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es muß daher gegen Beamte und Offiziere bei Duellvergehen unter allen Umständen auf Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter und auf Entfernung aus dem Heere erlitten werden. Ferner meinen wir, daß neben der Freiheitsstrafe der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte eintreten muß, wenn der Täter sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat, die in einer Beziehung zu dem Zweikampf steht. Nur wenn in so scharfer Weise der Staat erklärt, daß er die dauernde Bereitschaft zum Vergehen gegen die öffentliche Ordnung nicht als eine privilegierte Standeshitte ansieht, wird diese Unsitte mit Erfolg beseitigt werden können. Ich werfe keine Stein auf diejenigen, die sich der Duellstille unterwerfen. Aber weit mutiger sind diejenigen, die dieser Standeshitte entgegengetreten. Durch Annahme des vorliegenden Entwurfs festigen wir den Gedanken, an sich sei das Duell und die Bereitschaft zum Auftreten gegen das Gesetz und gegen die sittlichen und moralischen Vorschriften vorzugehen, als eine berechnete Standeshitte zu betrachten, und vom Gesetz privilegiert. Deshalb bitten wir Sie, unseren grundsätzlichen Antrag anzunehmen, der der bestehenden Unsitte ein Ende macht. Wenn Sie das nicht tun, so werden wir allerdings in dem vorliegenden Entwurf nur einen kleinen Fortschritt anerkennen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gröber (Z.):

In dem 30-jährigen Kampf gegen das Duell haben wir nur sehr geringe Fortschritte gemacht, vor allem wegen des Duellzwanges beim Militär, der freilich nicht ein formaler, wohl aber ein tatsächlicher ist. In den Motiven zu dem allgemeinen Strafgesetzbuch vor über 40 Jahren wurde gesagt, daß man mit den Bestimmungen über das Duell mit den Geboten der Gerechtigkeit nicht in allzu schroffen Widerspruch treten dürfe, daß man aber andererseits den Bedürfnissen des Lebens wenigstens annähernd Genüge leisten müsse. In dieser Beziehung ist ein völliger Wandel der Anschauungen eingetreten. Heute steht das Haus auf dem Standpunkt, daß man den Forderungen der Gerechtigkeit volle Genüge zu leisten hat und daß ein Bedürfnis des Lebens nach dem Zweikampf nicht anerkannt werden kann. (Zustimmung im Zentrum.) Im Jahre 1902 haben wir beantragt, alle das Gesetz privilegierten Bestimmungen aufzuheben. Diesen grundsätzlichen Standpunkt halten wir auch heute noch fest. Für den Kommissionsbeschluss stimmen wir, weil er einmütig gefaßt ist und bei den großen Widerständen, die hier zu überwinden sind, legen wir den größten Wert auf einen einmütigen Beschluss des Reichstages. Es gilt, dem Bundesrat zu zeigen, daß hinter diesem Antrag der ganze Reichstag steht. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es gilt festzustellen, daß der Zweikampf ein Verbrechen ist, das vielfach auch aus recht

rohen und gemeinen Motiven

entspringt, und daß er in diesen Fällen auch wie ein gemeines Verbrechen verurteilt werden muß. Um dies Ziel zu erreichen, bringen wir das Dufur, auf unsere weitergehenden Wünsche, die wir deshalb keineswegs für die Dauer aufgeben, zurzeit zu verzichten. Wir behalten uns vor, auf unsere weitergehenden Forderungen bei gegebener Gelegenheit zurückzukommen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Brochhausen (L):

Das Duell ist seit Jahrhunderten tief eingebürgert in die Sitten. Kein Zehntel aller Duellanten folgen einem augenblicklichen Impuls, ohne an die Strafen überhaupt zu denken. Im den Ausfahrungen im Duellvergehen entgegenzutreten, hat sich die Kommission auf den vorliegenden Antrag geeinigt. Es fällt uns schwer, denselben Standpunkt einzunehmen. Der Begriff „freventlich verschuldet“ ist unklar. Soll das „freventlich“ in der Forderung liegen oder in den Vorgängen, die zu der Forderung geführt haben? Wir sind der letzteren Meinung. Trotz unserer großen Bedenken werden wir einstimmig für den Antrag stimmen, weil es sich darum handelt, eine Materie in Fluß zu bringen, die dringend der Regelung bedarf. Wir erwarten aber, daß die Regierung den Antrag genau prüft, damit nicht wieder Unstimmigkeiten entstehen, wie bei der letzten Änderung des Militärstrafgesetzbuches anlässlich des Erfurter Falles. Glaubt die Regierung, daß dieser Antrag genügt, so möge sie eine Vorlage machen, der der Reichstag dann zustimmen kann. Wir betrachten also den Antrag als Material für die Regierung zur schlesischen Prüfung. Die Sozialdemokraten wollen den Zweikampf durchaus als Körperverletzung ansehen. Sie vergehen dabei das Duell ihres Begründers Laßalle, das unter den schwersten Bedingungen stattfand. (Hört! hört! rechts.) Ich hoffe, daß aus diesen Beratungen ein Gesetzentwurf entsteht, der allen berechtigten Wünschen aber auch der Volkssitte entspricht. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Galle (natl.):

Die Bedeutung des Antrags liegt darin, daß es in dieser Frage zum erstenmal gelungen ist, einen einmütigen Beschluß des Reichstags herbeizuführen. Aus den Worten des Staatssekretärs Dr. Lisco glaube ich eine sympathische Stellung auch der Regierung zu unserem Antrag entnehmen zu können. Unser Antrag trägt der Wandlung in den Anschauungen über das Duell Rechnung; es war eine falsche Voraussetzung des heutigen Gesetzes, daß jeder, der zum Duell schreitet, ein Ehrenmann ist, und man ist ferner heute der Meinung, daß die Ehre eines Menschen durch unberechtigte Angriffe nicht geschädigt werden kann. Man meint heute: die Ehre, die uns gestohlen werden kann, die kann uns gestohlen werden. (Heiterkeit.)

Abg. Riefing (Sp.):

Eine Lösung der Duellfrage durch irgendeine Bestimmung des Strafgesetzbuchs ist nicht möglich; dazu gehört eine Änderung in den Anschauungen bestimmter Kreise. Tatsächlich sind die Anschauungen gegen früher andere geworden und diesen geänderten Anschauungen verleiht der Antrag der Kommission Geltung. Ob bei Feststellung ehrloser Gesinnung auf Aberkennung der Ehrenrechte erkannt werden „kann“ oder „muß“, ist unerheblich, denn der Richter kann, wenn er die bürgerlichen Ehrenrechte nicht aberkennen will, bodenlosen Leichtsinns statt ehrloser Gesinnung annehmen. — Der Antrag der Sozialdemokraten leidet an technischen Unvollkommenheiten; so kann doch bei einem unblutigen Verlauf eines Duells nicht Körperverletzung angenommen werden, und wie soll nach diesem Antrag denn die Herausforderung zum Zweikampf bestraft werden, wenn es gar nicht zum Zweikampf kommt. — Wir nehmen den Kommissionsantrag an, er bringt uns der Zeit näher, in der der Zweikampf völlig verschwunden sein wird. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Mertin (Rp.):

Den Antrag der Sozialdemokraten lehnen wir wegen seiner Maßlosigkeit ab, dem der Kommission stimmen wir zu, aber nicht in dem Sinne, daß er von heute auf morgen Gesetz werden soll; es ist sehr bedenklich, den Begriff der „freventlichen Handlung“ aus dem Vorentwurf zum Strafgesetzbuch herauszunehmen. Unsere Zustimmung soll nur bedeuten, daß der Bundesrat die Angelegenheit ernsthaft prüfen soll. (Bravo! rechts.)

Die Debatte schließt.

In zweiter Beratung wird der Antrag der Kommission nach Ablehnung des Antrages Albrecht (Soz.) debattelos einstimmig angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr. (Konkurrenzklause, Petitionen.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

58. Sitzung. Donnerstag, den 26. März 1914, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Lenge.

Dritte Beratung der Novelle zum Fürsorge-Erziehungsgesetz.

Abg. Lieber (natl.):

Schon jetzt werden die Fürsorgeerziehungssachen von den Gerichten in einem beschleunigten Verfahren erledigt. Der Abg. Hirsch (Soz.) hat die Forderung aufgestellt, die Regierung solle die Kinderbörse finanziell unterstützen, um die Kosten für die Gefährdung Minderjähriger zu beseitigen. In der gleichen Richtung bezieht sich ein nationalliberaler Antrag.

Darauf wird der Gesetzentwurf endgültig und unverändert angenommen.

Der Etat der Verwaltung der direkten Steuern.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte wird auf den Antrag des Abg. v. Kardorff (L) die Besprechung der Einnahmen mit den Ausgaben für die Vorstehenden der Veranlagungskommissionen verbunden.

Ein Kommissionsantrag fordert die Uebereinstimmung der Ergänzungsteuerschätzung mit der Wehrbeitragschätzung.

Ein zweiter Kommissionsantrag fordert, daß von den 16 neu-geschafften Veranlagungskommissionen 6 gestrichen werden.

Ein nationalliberaler Antrag will dagegen die 16 Stellen bewilligen.

Abg. v. Hennings-Teichlin (L):

Mit der Entwicklung, welche die direkten Steuern genommen haben, können wir vollauf zufrieden sein, da wir mit einiger Sicherheit auf eine jährliche Zunahme von 5 Proz. rechnen können. Da unser ganzes Staatswesen auf diesen Steuern beruht, ist eine zuverlässige Einschätzung dringend nötig. Selbstverständlich stellen wir uns einer gegenwärtig verbreiteten Strömung, auch für das Reich direkte Steuern einzuführen, entschieden entgegen. Die neue Beamtenbefoldungsvorlage z. B. gebietet es uns dringend, unsere direkten Steuerquellen zu revidieren. Die Ausgaben des Staates steigen beständig, nur indem den Einzelstaaten direkte Steuern vorbehalten bleiben, können sie ihre Aufgabe erfüllen. Darin ist die Regierung mit uns einig. Koch erlaubt es uns unsere Finanzlage nicht, die Steuerzuschläge aufzuheben, sonst würden wir sofort dafür eintreten. Die Behauptung, daß die Großgrundbesitzer Steuern hinterziehen, weise ich als vollkommen unrichtig zurück. Bei der Steuerrevidierung müssen die persönlichen Verhältnisse der Steuerzahler eingehend berücksichtigt werden. Das tun aber die Steuerkommissionen nicht und dadurch hat sich im Laufe einer großen Revidierung gegen sie und die Zielregistererei gebildet. (Sehr richtig! rechts.)

Finanzminister Dr. Lenke:

Zu meinem liebsten Bedauern bin ich gezwungen, zu erklären, daß es zurzeit unmöglich ist, die Steuerzuschläge ganz aufzuheben oder sie auch nur herabzusetzen. Seinerzeit wurden die Steuerzuschläge beschlossen, weil sich im Etat ein dauernder Mehrbedarf, besonders durch die Verlobungssteigerungen herausgebildet hatte, für den keine Deckung vorhanden war. Dafür mußten neue und zwar dauernde Steuern geschaffen werden. Es ist nicht richtig, daß die Steuerzuschläge nur als vorübergehende gedacht waren. Unter meinem Amtsvorgänger hing sogar das Zustandekommen der Befolgungsnovelle von der Einführung dieser dauernden Steuern ab. Nur die Form dieser Steuer sollte vorübergehender Charakter tragen. Unter Staatskanzler ist auf die Einnahme von 72 Millionen durch die Steuerzuschläge dringend angewiesen, um seine Pflichten zu erfüllen. Vor einigen Wochen hat das Haus beschlossen, durch die Eisenbahneinnahmen die Steuerzuschläge nicht zu erlegen. Die Hoffnung, welche die Öffentlichkeit auf die Wirkung des Generalparabons gesetzt hat, sind auf ihre Verwirklichung hin vorläufig noch nicht zu prüfen. Sollten sich diese Hoffnungen aber erfüllen, so ist es wohl möglich, daß die Regierung eine Steuernovelle einbringt und für die Steuerzuschläge einen Ersatz findet. Die Steuererhebung ist heute so kompliziert, daß sie nur von einem wissenschaftlich gebildeten Beamten geleitet werden kann. (Sehr richtig! links.) Gerade der hauptamtliche Steuerkommissar kann die Verhältnisse der Jeniten individuell beurteilen und zwar gerade so liebevoll wie der Landrat. Die Regierung schaltet die nebenamtlichen Vorsitzenden der Veranlagungskommission nicht aus, wie die Zahlen betreiben. Ich bitte aber, der Streikung mehrerer Stellen durch die Kommission nicht beizutreten. Der Minister legt nun im einzelnen dar, weswegen diese Stellen erforderlich geworden sind und erklärt, die Verantwortung für die Ablehnung der Stellen nicht übernehmen zu können.

Ein Antrag v. Joditz (H.) ersucht die Regierung um Vorlage einer Neuordnung der direkten Steuern, die dem Mittelstand und den ärmeren Steuerzahlern die Vorteile und Erleichterungen der im vorigen Jahre nicht zustande gekommenen Novelle zuzuwenden.

Ein Antrag v. Campe (natl.) will in den freikonserватiven Antrag die Forderung der Uebertragung des Veranlagungsgeschäfts durch finanziell besonders vorgebildete Beamte einfügen.

Abg. Herold (Z.):

Die Steuerzuschläge sollen keine dauernde Einrichtung werden. Zur möglichst genauen Erfassung des Einkommens ist der Landrat besonders geeignet. Die Steuerkommissare arbeiten einseitig, das meint wohl auch der Minister, sonst hätte er noch mehr Steuerkommissare verlangt. Kommissare sind nur in ganz großen Kreisen berechtigt. Schließlich tritt der Redner für eine Resolution ein, wonach die Besteuerungsveranlagung bei landwirtschaftlichen Grundstücken auch für die Ergänzungsteuer einzutreten soll.

Generalsteuerdirektor Heinle

erklärt diese Resolution als gegenstandslos, da die gegenwärtige Praxis für den Steuerzahler günstig und auch vom Oberverwaltungsgericht als richtig anerkannt worden sei.

Abg. v. Kardorff (H.):

Die kleinen und mittleren Einkommen wachsen stärker als die größeren, dies beweist die Mächtigkeit unserer Wirtschaftspolitik. Der Redner empfiehlt dann den freikonserватiven Antrag, erklärt, daß die Steuernovelle im vorigen Jahre aus Furcht vor den Wählern nicht verabschiedet worden sei, weil man die Steuerzuschläge nicht bereinigen wollte und sagt, daß drei Viertel aller Landräte mit Schimpf und Schande weggejagt werden müßten, wenn das wahr wäre, was über ihre Steuerveranlagung geredet und geschrieben wird. In dem Verlangen nach Anstellung von Steuerkommissaren liegt aber auch ein schwerer Vorwurf gegen die mittleren Beamten. Die Steuerpolitik der letzten Jahre hat die Grundlagen Preußens angegriffen, damit muß ein für allemal ein Ende gemacht werden. In England sagt man, daß, wenn es zugrunde gehe, dies nur durch sein Parlament geschehen könnte. Von diesem hohen Hause wird dies wohl nicht gesagt werden können. (Lachen links.) Ich bitte die Regierung, allen weitergehenden finanziellen Forderungen ein hartes Nein entgegenzusetzen. Preußen braucht eine starke Regierung und einen starken Finanzminister. Preußens Stolz und Ansehen beruhen nicht auf diesem Hause, sondern auf seiner Regierung. (Beifall rechts. Geht links.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.):

Die letzten Worte des Vorredners sind wirklich stark! (Abg. v. Kardorff ruft: er hätte sagen wollen: Preußens Stärke.) Wenn dieses Haus so zusammengesetzt wäre, wie wir es wünschen. (Abg. v. Kardorff: Reichstagswahlrecht!) Wir sind nicht für die einfache Uebertragung des Reichstagswahlrechts! (Beifall links.) — Wenn Herr v. Kardorff überzeugt ist, daß dieses Haus nicht zur Stärke Preußens beiträgt, dann müßte er eine andere Zusammensetzung erstreben. Auch wir wünschen eine starke Regierung, die über den Parteien steht, aber eine Regierung zu wünschen, die den Forderungen dieses Hauses nicht mehr Rechnung trägt, das verstehe ich nicht. Der Reichstag müßte bei der Besteuerung die steuerverfassungsmäßigen Bedenken zurücktreten lassen, die Situation unseres Landes war damals sehr gefährlich. Die Steuerpolitik beweist, daß das Evangelium von der Proletarisierung unseres Volkes der Wahrheit nicht entspricht. Es findet ein Aufsteigen weiter Schichten in den Mittelstand statt. Der Redner tritt dann ausführlich für die Bewilligung der geforderten Steuerkommissare ein, da die Landräte zu sehr überlastet und infolge ihrer persönlichen Beziehungen auch nicht objektiv genug seien. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Pahnke (Sp.):

Die Steuerzuschläge waren immer nur als ein Provisorium gedacht. Die meisten Steuern werden in den Städten aufgebracht. Der Reichstag hat den Generalparabon und die Gefängnisstrafe beim Mehrbeitrag eingeführt, um eine gerechte Veranlagung zu sichern. Das müssen auch wir tun und deshalb die vermehrte Anstellung von Steuerkommissaren fordern. Für den Westen wollen das die Konservativen auch, aber für den Osten nicht. Auch dieser Redner spricht ausführlich und eingehend für die Anstellung von Steuerkommissaren, erinnert an die schweren Mängel der landräthlichen Steuerveranlagung, die Minister v. Dallwitz 1912 in einem Erlaß gerügt hat, und erklärt zum Schluß, unter dem Gesicht der Gerechtigkeit, daß, wenn dieses Haus eine Mehrheit für gerechte Steuerpolitik nicht aufbringe, der Ruf nach einer anderen Zusammenfassung des Landtags durch ein anderes Wahlsystem immer lauter erklingen werde. (Beifall bei der Volkspartei.)

Abg. Ströbel (Soz.):

Die Behauptung mehrerer Vorredner, daß die Steuerpolitik ein Wachstum des Volkswohlstandes auch in den breiten Massen beweise, ist unrichtig. Es kommt nicht nur auf die Steigerung der Zahl der Jeniten an, sondern auch darauf, ob das Einkommen des Proletariats einen höheren Lohn darstellt, ob die Kaufkraft des Geldes höher geworden ist. Die Kaufkraft des Geldes ist aber ganz erheblich gesunken und darum beweist die Steigerung der Zahl derjenigen, die mehr als 900 M. Einkommen haben, keineswegs, daß sich auch ihre Existenzmöglichkeit verbessert hat. Noch immer sind von den 40,78 Millionen preussischer Einwohner 13,54 Millionen deshalb einkommensteuerfrei, weil sie weniger als 900 M. Einkommen haben, das heißt, in noch nicht menschenwürdigen Verhältnissen leben. Weitere 3,45 Millionen sind auf Grund der §§ 19 und 20 des Einkommensteuergesetzes freigestellt, auf Grund des Kinderprivilegs. Die 16 Proz. also befinden sich in unzureichender Lebenslage. Man rühmt, daß 1913 bereits 7,33 Millionen Jeniten vorhanden waren gegen nur 2,44 Millionen im Jahre 1892. Wie aber verteilen sich die Einkommen?

Im Jahre 1912 hatten sechs Siebentel aller Jeniten ein Einkommen von 900 bis 3000 M. Wenn wir aber diese Einkommen

noch in einige Untergruppen zerlegen, dann sehen wir, daß nicht weniger als 2 1/2 Millionen ein Einkommen von 900 bis 1200 M., 4 1/2 Millionen ein Einkommen von 1200 bis 1500 M. hatten. Mehr als zwei Drittel aller Jeniten der Gruppen von 900 bis 3000 M. hatten also ein Einkommen bis zu 1500 M. Jeder Herr Kardorff noch Herr Pahnke werden behaupten wollen, daß diese Bevölkerungsschichten in der Lage sind, auch nur

ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein

fristen zu können. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn man den Dingen auf den Grund geht, und nicht nur ein paar allgemeine Zahlen nimmt, findet man, daß wir nicht die geringsten Ursachen haben zu renommieren, daß die Reichthumsvermehrung und unsere Zustände erfreulich sind. Sie sind durchaus unerfreulich und wir müssen unsere ganze Kraft daran setzen, die Lage dieser preussischen Bürger zu verbessern. Vier Stunden debattieren wir bereits heute, und über diese Möglichkeit ist nicht gesprochen worden. (Sehr richtig!) Sie haben sich untereinander gestritten, die Herren vom mobilen und im mobilen Kapital. Die Herren Vertreter der besitzenden Klassen sind sich untereinander in die Haare geraten über die Art der Veranlagung. Aber wichtiger ist doch die Frage, wie es möglich ist, die Lage der Bevölkerung zu verbessern. Auch der Vertreter einer Partei, die sich „Volkspartei“ nennt, ist auf die Lage der Arbeiter nicht zu sprechen gekommen. Das Durchschnittseinkommen von 2225 Mark ist in einigen Orten noch höher, beträgt z. B. in Frankfurt a. M. 3256 M., in der Provinzialstadt Charlottenburg 4245 M. Aber was haben wir von diesen hohen Durchschnittseinkommen? Wie das Einkommen der Arbeiter ist, beweist ja das Durchschnittseinkommen in den Gärten, Hütten und anderen Städten. Dort haben die Jeniten nur ein Durchschnittseinkommen von 1800, 1700, 1600, 1500 M. Das beweist etwas für die trübselige und erbärmliche Lage der arbeitenden Bevölkerung. Das Einkommen der Besitzenden wächst nach der amtlichen Statistik rascher als das der Besitzlosen. Während die Zahl der Jeniten mit 900—3000 M. Einkommen um 6,7 Proz. zunahm, nahm die Zahl derer, die ein Einkommen von 100 000 bis 500 000 M. haben, um 6,3 Proz. zu. Diese Zahlen ließen sich erreichen, trotzdem eine genaue Feststellung des Einkommens der besitzenden Klassen überhaupt nicht möglich ist, und wir können ruhig annehmen, daß ein großer Teil des Vermögens auch in Zukunft nicht festgestellt werden wird trotz des Generalparabons. Vollends klar treten aber die Unterschiede hervor, wenn wir uns die Ergänzungsteuerstatistik ansehen. Da sehen wir,

wie sich der Reichtum immer mehr ansammelt,

während die Masse der Bevölkerung sich in erbärmlicher Lage befindet. Das Gesamtvermögen von 105 Milliarden verteilt sich folgendermaßen: 6 bis 20 000 M. entfallen auf 667 600 kleine Leute, die freilich nicht Proletarier sind. Diese Jeniten besitzen ein Vermögen von insgesamt 9,6 Milliarden Mark, also noch nicht den zehnten Teil des Gesamtvermögens. Ein Vermögen von 20 bis 80 000 M., insgesamt 5,7 Milliarden Mark, besitzen 232 000 Personen. Zweidrittel aller Jeniten besitzen nur 15,8 Milliarden von insgesamt 105 Milliarden Mark, also nur sieben zehnten Teil des Gesamtvermögens. So ist die kapitalistische Gesellschaft eingeteilt in der besten der Welten! 83 000 Personen haben ein Vermögen von über 100 000 M., 9943 von mehr als einer Million. Diese 9943 besitzen 2 1/2 mal mehr Gesamtvermögen als die 1 196 600 kleinen Besitzer zusammen. Sie sehen, wie wunderbar das Vermögen geteilt ist und ein erheblicher Teil davon fällt noch auf die Großgrundbesitzer. (Zuruf bei den Konservativen: Und an Weibel!) Ah, Weibel! Der gehörte nicht zu den Millionären; der hatte 800 000 M. Vermögen. Wenn Sie nur von Ihrem Vermögen einen so vernünftigen Gebrauch machen wollten, wie er mit dem feigen! (Zuruf Adolf Hoffmanns: Und vor allen Dingen vor Steuern!)

Die „Konservative Korrespondenz“ hat sich jüngst in einem parteilichsten Artikel mit den steuerlichen Verhältnissen in den Städten beschäftigt und hat dabei die Behauptung aufgestellt, daß sich in den Städten noch riesige Kapitalien der Besteuerung entziehen. Ich halte das durchaus für richtig, aber auch auf dem platten Lande sollen doch Steuerhinterziehungen in ganz erschreckender Zahl vorkommen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Eine ganze Reihe von Fällen sind durch die Presse gegangen, wo Großgrundbesitzer, die noch ihrer ganzen Lebenshaltung über ein höheres Einkommen verfügen müßten,

Einkommensteuern von 6 oder 10 Mark

gezahlt haben. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In vielen Fällen haben die Tagelöhner der Großgrundbesitzer mehr Einkommensteuer bezahlt als die Großgrundbesitzer selbst. Daß das Streben der Agrarier dahin geht, sich um die Steuern möglichst herumzubrideln, beweist ein Artikel in der amtlichen Zeitschrift der Landwirtschaftskammer für Schlesien, der von der Durchführung in landwirtschaftlichen Betrieben handelt, und in dem in bürren Worten gesagt wird, der Zweck der landwirtschaftlichen Durchführung sei, zu erreichen, daß die Herren Agrarier recht wenig Steuern zu zahlen brauchen. (Hört! hört! links.) Wenn die Dinge aber so liegen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn das mobile Kapital immer wieder behauptet, die Landwirte zahlen zu wenig Steuern. Selbstverständlich sind auch wir der Meinung, daß den Landräten die Leistung des Veranlagungsgeschäfts abgenommen werden muß und daß finanziell geschulte Beamte im Hauptamt angestellt werden müssen. Wir verlangen, daß ganz allgemein der Landrat aus dem Veranlagungsverfahren ausscheiden muß. Worum sträuben sich die Herren auf der rechten dagegen, daß im Osten und auf dem flachen Lande das selbe geschieht wie in den Städten? Sie sagen, der Landrat stehe mitten im Leben drin. Nun, der Steuerkommissar wird sich auch sehr leicht einarbeiten. Sie (nach rechts) fürchten ganz etwas anderes. Sie befürchten, daß Sie dann

mehr Steuern zahlen

müssen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Hand aufs Herz, das ist der einzige Grund für Ihre Ablehnung der Steuerkommissare. (Unruhe rechts.)

Die Statistik beweist, daß die Steuerkommissare überall erheblich höhere Steuererträge erzielt haben, als vor der Anstellung von Steuerkommissaren erzielt wurden. Das soll nun jetzt auch auf dem Lande geschehen und daß Sie sich dagegen sträuben, beweist nur Ihr böses Gewissen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Unruhe rechts.) Es handelt sich für Sie hier nicht um eine Frage der Verwaltungstechnik, sondern um eine Portemonnaiefrage. Deswegen laufen Sie Sturm gegen die Regierung, deswegen ist Ihnen die Autorität der Regierung schuppe. Sie wollen eben die Interessen der Besitzenden auf dem Lande wahren! Und wenn Sie für das Land die Erhebung der Vermögenssteuer nicht nach dem gemeinen Wert, sondern nach dem Ertragswert verlangen, so ist auch das wieder ein Beweis dafür, daß Sie nur Ihre Portemonnaieinteressen, nicht die Interessen des kleinen Mannes wahrnehmen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie das bestreiten, dann suchen Sie die Dinge zu vertuschen.

Im übrigen gibt es in Preußen doch eine Menge zahlungsfähiger Personen, die keine Steuern zahlen und sehr wohl zu Steuern herangezogen werden könnten. Rudolf Martin zählt in seinem bekannten Buche eine Menge Mitglieder von irgendwelchen Parteien auf, die im Einzelfall über Vermögen von 25, 30 und noch mehr Millionen verfügen, die entsprechend hohe Einkommen haben und die nicht einen Pfennig Steuern zahlen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wenn auch der arme Mann in Preußen Steuern und seien es auch nur indirekte Steuern, zahlen muß, dann ist es nur ein Gebot der steuerlichen Gerechtigkeit, auch diese sehr leistungsfähigen Persönlichkeiten zur Steuer heranzuziehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sollten in einzelnen Fällen Verträge bestehen, die diesen Fürsten Steuerfreiheit zusichern, so möge man diese Verträge ändern und nicht veraltete und überwundene Zustände künstlich aufrecht zu erhalten versuchen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir Sozialdemokraten ver-

langen, daß die Leistungsfähigen härter zur Steuer herangezogen und daß

das steuerfreie Existenzminimum von 900 auf 1500 M. erhöht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wer bis 1500 M. Einkommen hat, hat so schwer mit dem Leben zu kämpfen, daß die Steuerfreiheit für ihn nur ein Gebot der Gerechtigkeit wäre.

Selbst von bürgerlicher Seite wird die Berechtigung dieser Forderung anerkannt und sogar der Antrag Herr v. Joditz will Steuererleichterungen einführen. Aber natürlich, wenn den kleinen Leuten von den Freikonserватiven ein Geschenk gemacht werden soll, dann steht irgendein Pfiandesuch dahinter. So auch hier. Die Steuernovelle, deren Erleichterungen der Antrag dem Mittelstand gewöhnen will, enthält auch die Besteuerung der Konsumvereine, und daß wir davon nichts wissen wollen, versteht sich von selbst. Wenn die kleinen Leute sich zusammenschließen, um durch billigere Einkäufe wenigstens etwas die Nachteile des heutigen indirekten Steuerrechts auszugleichen, dann ist es unsozial, die Konsumvereine zu besteuern. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Von wissenschaftlicher Seite ist eingehend dargelegt worden, daß heute ein Einkommen von 1200 Mark nicht mehr bedeutet, als früher ein Einkommen von 900 M. Daher ist es nur recht und billig, das steuerfreie Existenzminimum herabzusetzen. Daß das finanziell möglich ist, beweist der glänzende Stand der preussischen Finanzen, beweisen die Eisenbahnüberschüsse der Eisenbahnen und der Ausgleichsfonds.

Dr. Pahnke ist heute wieder für die Befreiigung der Steuerzuschläge eingetreten. Wir sind für die Befreiigung der Steuerzuschläge für Einkommen bis zu 6000 Mark. Würden alle Steuerzuschläge fallen, so wäre das ein Geschenk des Staates an die Arbeiter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) 9844 Millionen zahlten in Preußen 13 1/2 Millionen Mark Ergänzungsteuer. Darunter befinden sich 2,6 Millionen Steuerzuschläge. Follen die Zuschläge, so erhält jeder Millionär ein Geschenk von jährlich 2700 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Offenlich wird nach dieser Rechnung Dr. Pahnke nicht mehr die Aufhebung der Steuerzuschläge auch für die hohen Einkommen und Vermögen fordern, sonst würde er nicht mehr als ein Vertreter des Mittelstandes und der kleinen Leute angesehen werden können. Aber in diesem Hause haben wir von einer Entlastung der schwachen Schultern nichts gehört. Wohl aber haben

die Herren mit den starken Schultern und dem großen Portemonnaie darüber geredet, daß sie so viel Steuern zahlen müssen. Wie hat Herr v. Henning-Lesslin über den Mehrbeitrag gestöhnt! Was bedeutet aber diese Milliarde gegenüber der alljährlichen Zunahme des deutschen Vermögens um 11 bis 12 Milliarden! Und diese Milliarden fließen doch nicht etwa in die Taschen der kleinen Leute, sondern zu 99 Prozent in die Taschen der Reichen. Der Mehrbeitrag beträgt kaum den zehnten Teil der Summe, um die sich alljährlich das Nationalvermögen vermehrt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wie kann man angesichts solcher Verhältnisse klagen und stöhnen? In einem Einzelfall zeigte Herr v. Hennings, daß bis zu 20 Prozent Einkommensteuer gezahlt werden müßten. Aber auch die kleinen Leute mit 1000 bis 1200 M. Einkommen müssen 15 Proz. für direkte und indirekte Steuern aufwenden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn Sie jetzt mehr Steuern zahlen müssen, so ist das nur recht und billig. Sie haben Jahrzehnte hindurch die Ausgaben für die Klagen aus den Taschen der breiten Massen des Volkes bewilligt und wehren sich nun dagegen, daß auch einmal der Besitz herangezogen wird. Wenn Sie weiter rüsten wollen, müssen Sie sich schon mit dem Gedanken vertraut machen, daß Sie die Kosten dafür selbst aufbringen müssen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist zugegeben, daß die Einkommen der Arbeiter nominell zugenommen haben. Aber auch die Kosten für die Lebenshaltung sind gestiegen, und selbst aus der Lohnstatistik der Gewerbetreibenden geht hervor, daß die Kaufkraft der Bergarbeiter 1912 nur 80 Prozent betrug im Vergleich zur Kaufkraft von 1886 bis 1900. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Von einem wachsenden Volkswohlstand können wir also noch lange nicht sprechen. Für uns handelt es sich darum, die Lebenshaltung der breiten Volksmassen zu heben,

damit diese Kreise auch einmal daran denken können, sich geistigen Genüssen und Kulturgenüssen hinzugeben. Die Vermögen häufen sich in wenigen Händen an und die große Masse des Volkes befindet sich noch immer in elender Lage. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Immer weitere Schichten kommen daher zu der Ueberzeugung, daß dem ein Ende gemacht werden muß. Sie wissen aber auch, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung diese Forderung nicht bringen kann. Eine sozialistische Gesellschaftsordnung muß an ihre Stelle treten. Sie selbst haben die Erinnerung an die französische Revolution heraufbeschworen. Sie konnten in Jahren Interesse dem natürlichen Gang der Entwicklung vorarbeiten, wenn Sie jetzt schon den politischen und sozialen Forderungen des Volkes Rechnung tragen, wenn Sie dem preussischen Volke ein besseres Wahlrecht geben. Wägen Sie sich noch so ablehnend verhalten, wir sind der Ansicht, daß weder das preussische Dreiklassenparlament noch der Kapitalismus die letzte Etappe der kulturellen Entwicklung darstellen. Es wird weitergehen trotz Ihnen und wenn es sein muß gegen Sie. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Hierauf beruht das Haus die weitere Beratung auf Freitag 11 Uhr. Außerdem stehen kleinere Etats auf der Tagesordnung. Schluß: 5 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Widerung des Militärstrafgesetzes gefährdet.

Am Donnerstag trat die Kommission in die zweite Lesung des Gesetzentwurfs ein, der die Widerung einiger Bestimmungen des Militärstrafgesetzbuches bewirkt. Die Debatte drehte sich in der Hauptsache um die Abschaffung des strengen Arrestes und um eine Begrenzung der Wirksamkeit des Militärstrafgesetzbuches für die Teilnehmer an Kontrollüberwachungen. Der Kriegsminister hielt daran fest, daß der strenge Arrest im Interesse der Aufrechterhaltung der Disziplin unentbehrlich sei. Die Mehrheit der Kommission beschloß, unter Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages auf generelle Befreiigung des strengen Arrestes, diese Straftat bei minderschweren Fällen der Entfernung von der Truppe nicht mehr zuzulassen. — Die Mindeststrafe für Gehorsamsverweigerung wurde bei minderschweren Fällen auf eine Woche Mittelarrest festgelegt. — Angenommen wurde auch ein Antrag Stupp (Z.).

Neben dem wegen Fahnenflucht verurteilten Gefängnis kann auf Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkannt werden.

Es soll auf diese Weise in das Ermessen des Gerichts gestellt werden, ob es auf eine Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes erkennen will, während jetzt darauf erkannt werden muß. — Bei dieser Gelegenheit regte ein sozialdemokratischer Vertreter an, den Soldaten zweiter Klasse die Kolarde zu belassen, um sie nicht nach außen zu leiten. — Der Kriegsminister gab zur Antwort, daß er diese Anregung in Erwägung ziehen wolle. — Nach dieser Zugabe wurde folgende, in erster Lesung abgelehnte Bestimmung der Regierungsvorlage wieder heraufgeholt:

„In den Fällen der §§ 106, 107 und 110 ist neben einer erkannten Gefängnisstrafe die Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes zulässig.“

Die Kommission wandte sich dann wieder der Frage der Kontrollüberwachungen zu. Sie hielt an dem Beschluß der ersten Lesung fest, wonach die Mannschaften des Beurkaufstandes bei Einberufung zu einer Kontrollüberwachung nur von deren Beginn bis zu ihrem Schluß unter den Militärgeheimnissen stehen sollen. — Nach Abschluß der zweiten Lesung erhob sich der Kriegsminister, um zu erklären, daß das Gesetz in dieser Form für die Regierung unannehmbar sei. Die Kriegsverwaltung müsse

ihre Zustimmung nicht dazu geben, daß vom Reichstag an den Militärgesetz gerüttelt werde. — Wenn zwischen den bürgerlichen Parteien und der Regierung bis zur zweiten Lesung im Plenum eine Einigung nicht stattfindet, dann kann unter diesen Umständen das Gesetz — das übrigens nur geringe Vorteile brachte — als gescheitert betrachtet werden.

Die Vorbildung der deutschen Diplomaten.

Am Donnerstag wurde in der Budgetkommission des Reichstags die Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes fortgesetzt und zunächst die am Dienstag abgebrochene Diplomaten-Debatte wieder aufgenommen. Man unterhielt sich noch immer über die Ausbildung und Geschäftsführung der diplomatischen Vertreter im Auslande und machte Vorschläge zur Beseitigung der bestehenden Mängel. Im Mittelpunkt der Diskussion stand eine Resolution Nichtshofen, Erxberger und Gediger, die eine zentrale Lehranstalt für Weltwirtschaft und verwandte Lehrgegenstände in selbständiger Form oder eine Ausbildung an bestehenden Lehranstalten fordert, sowie eine bereits am Dienstag eingebrachte, inzwischen aber abgeänderte Resolution derselben Abgeordneten, die gleichartige Prüfung für Legationssekretäre und Vizekonsole verlangt und treuhalteste Vorschriften über Art und Umfang der Prüfungen im Vorschlag bringt. Zur Ueberrückung der Kommission ergab sich aber für die Resolution Nichtshofen, nachdem bereits eine Resolution Ledebour, die ausreichende Schaffung von Lehrstühlen für die in Frage kommenden Fächer verlangt, abgelehnt war, auch keine Mehrheit, so daß die ganze Frage der verbesserten Bildungsmöglichkeit für Diplomaten, die zwei Tage lang die Kommission beschäftigt hatte, ins Wasser fiel. Die zweite Resolution Nichtshofen wurde mit kleinen Änderungen angenommen.

Die unzufriedensten Erfahrungen, die im Balkankrieg mit der Tätigkeit und dem Verhalten der diplomatischen Vertretung in Belgrad gemacht wurden, besonders auch der in der Presse viel erörterte Fall v. Schlieben, bildete des weiteren den Gegenstand lebhafter Besprechungen, die der Abg. Gothein vortrug und die Genosse Wendel durch gradierendes Material wirksam ergänzte und unterstrich. Ein tüchtiger Beamter sei, weil er sich mißliebiger gemacht, entfernt worden, ein unfähiger Beamter, der in jeder Beziehung verfehlt habe, blieb im Amte. Die von der Regierung hierüber in längeren Ausführungen erteilten, in der Hauptsache vertraulichen Auskünfte, wurden allgemein als unzureichend empfunden. — Die Debatte wird am Freitag fortgesetzt.

Regelung des Submissionswesens.

Die Submissionskommission des Reichstags beendete am Donnerstag die zweite Lesung. Die Beschlüsse der ersten Lesung blieben im wesentlichen unverändert. Beseitigt ist die Bestimmung, welche die Einschränkung der bisherigen Regierarbeiten fordert. Außerdem wurde die äußerst reaktionäre Fassung der Streiklausel durch folgende Bestimmung ersetzt:

„Eine Arbeitsniederlegung in einem für die Erfüllung des übernommenen Vertrages unmittelbar oder mittelbar erforderlichen Betriebe bedingt nur dann die Verlängerung aller Fristen und die Vorausschickung aller Termine um die Dauer der Arbeitsniederlegung, wenn den Unternehmer kein Verschulden trifft.“

- Ein Verschulden des Unternehmers liegt vor:
- a) wenn die im § 40 Abs. 1 bis 3 genannten Bedingungen ganz oder teilweise nicht erfüllt werden,
 - b) wenn die bislang erfüllten Bedingungen verschlechtert wurden, und
 - c) wenn innerhalb der für die Erfüllung des Vertrages gefetzten Zeit ein neuer Tarif mit besseren Arbeitsbedingungen für den betreffenden Beruf abgeschlossen worden ist, den der Unternehmer sich weigert zu erfüllen.“

Stadtverordnetenversammlung.

12. Sitzung vom Donnerstag, den 26. März 1914, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Nischel eröffnet die Sitzung nach 5 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berichterstattung von vier Sonderausschüssen über die ihnen überwiesenen Vorlagen.

Der Sorentwurf zum Umbau des Krankenhauses No. 1 ist in der Ausschussberatung einstimmig gutgeheißen worden, und ebenso empfiehlt der Ausschuss für den Stadtm. Dr. Behl (Sog.) referiert, den Magistratsanträgen zuzustimmen, monach 1. die angekauften Döderischen Baracken zur ausführenden Benutzung während der Bauzeit aufgestellt werden sollen und im Bedarfsfalle bei Epidemien auf Baracken des Roten Kreuzes zurückzugreifen ist, 2. eventuell das Leichterkrankenhaus in Blögensee sowie das Birchow-Krankenhaus zur Aufnahme der im Krankenhause No. 1 durch den Bau in Wegfall kommenden Betten bereitgestellt werden.

Besonders gründlich hat sich der Ausschuss mit dem Erlaß des Ministers des Innern beschäftigt, der sich gegen den Luxus bei Krankenhausbauarbeiten wendet und die Behauptung aufstellt, daß es möglich sei, auch größere Anstalten mit einem Kostenaufwand von nur 2000—4000 M. pro Bett herzustellen. Stadtbaurat Hoffmann hat die zum Beweise dieser Behauptung mehrfach bewerteten Auslassungen des Geh. Medizinalrats Dr. Krahe über die zunehmende Verteuerung unserer Krankenanstalten kritisch beleuchtet und in der darin gegebenen vergleichenden statistischen Nachweisung eine Reihe von Irrtümern und Unrichtigkeiten nachgewiesen; insbesondere handelt es sich bei den meisten dort als Muster auch für Berlin hingestellten Krankenhausanlagen nur um Umbauten oder doch um Krankenhäuser primitiver Art in kleinen und kleinen Orten, die zudem den Berliner Baupolizeibehörden nicht entfernt zu entsprechen brauchen.

Stadtm. Gassel (A. L.): Wir stimmen für die Vorlage und können auch die Kostensätze, die veranschlagt sind, nicht demangeln. Natürlich müssen die Kosten pro Bett eines Krankenhauses verschieden sein, je nachdem der Baugrund teurer oder billiger ist, die Anlage einfacher oder komplizierter hergestellt werden muß usw. Damit ist aber nicht gesagt, daß die heutigen hohen Kosten von 8000 bis 10000 M. pro Bett immer unbedingt beibehalten werden müssen. Wir sind mit dem Baurat Hoffmann sehr zufrieden und wünschen ihm eine lange Amtsdauer; wir freuen uns, daß auch er zugefagt hat, in den Ausgaben die Vorsicht und Behutsamkeit zu beobachten, die nötig ist, um unsere Finanzen nicht übermäßig zu belasten.

Stadtbaurat Hoffmann: Herr Krahe hat in seiner Tabelle die Kosten und die größten Krankenhäuser einheitlich behandelt und zusammengeordnet; das ist ein durchaus schlechtes Vorgehen. Das Bett im Krankenhaus Friedrichshain hat 7400 M. gekostet; das Bett in dem 40 Jahre später gebauten Birchow-Krankenhaus stellt sich auf 8800 M., und dieser Aufschlag erscheint nach einem solchen Zwischenraum keineswegs ersparnisreich. 27 Vertreter größerer Städte

haben in einer Konferenz eine ziemlich Engherzigkeit über die erwähnte Denkschrift Ausdruck gegeben. Wir werden so billig davor, als es möglich ist, aber nicht billiger, als es möglich ist.

Stadtm. Gassel: Bei den enormen Qualitäten des Stadtbaurats vertrauen wir, daß er auch in Zukunft gut und zweckmäßig, aber auch nicht zu teuer bauen wird. (Seiterkeit.)

Die Versammlung beschließt nach den Ausschussanträgen.

Die Schulbuchordnung der Stadt Berlin ist in der Ausschussberatung in drei Sitzungen durchgearbeitet und im jetzt vorliegenden Wortlaut nach den Vorschlägen einer aus den Stadtm. Dr. Krahe (Sog.), Dr. Gelpke (Fr. Fr.) und Bindau (Fr. Fr.) bestehenden Redaktionskommission formuliert worden. Referent ist Stadtm. Dobe (A. L.). Mit Rücksicht auf die Banken ist bestimmt worden, daß Eintragungen ohne Einlieferung von Schulverschreibungen nur bis zum Betrage von 15 000 M. auf ein Konto zugelassen werden sollen.

Ohne Diskussion nimmt die Versammlung die Vorlage nach den Ausschussanträgen an.

Die Vorlage, durch die rund 90 neue Beamtenstellen im Etat für 1914 geschaffen werden, empfiehlt der Ausschuss mit der Mahnung zur Genehmigung, daß die Beschlußfassung über die zur Entlassung des Stadtm. Dr. Krahe beantragten beiden neuen Stellen eines Ingenieurs und eines Mediziners bis zum Eingang der angeforderten ausführlichen Vorlage über die weitere Ausgestaltung des städtischen Medizinalwesens ausgesetzt werden soll.

Ohne Diskussion wird demgemäß beschlossen.

Die Auswahl der im Etatjahre 1914 neu- und umzupflanzenden Straßen und Plätze ist im Pflanzenausschuss im allgemeinen gebilligt worden; doch soll unter die Ersatzarbeiten bei Neupflanzungen in erster Linie die Pflanzarbeiten mit beiden Dämmen von der Birken- bis zur Quikowstraße aufgenommen werden. Bei den Umpflanzungen ist unter den Ersatzarbeiten die Straße „An der Fischerbrücke“ gezeichnet worden.

Die Versammlung tritt den Ausschussanträgen ohne Debatte bei.

In die Deputation für das städtische hygienische Untersuchungsamt ist ein Bürgerdeputierter zu wählen. Vorgeschlagen sind: Prof. Dr. Blumenthal, Am Karlsbad 26, und Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Flügge, Neue Wilhelmstraße 1.

Gewählt wird Prof. Flügge mit 60 gegen 41 Stimmen.

Der Fuhrbetrieb der Desinfektionsanstalt I soll in einen Kraftwagenbetrieb umgewandelt und auf acht Jahre der Firma Gebr. Krause übertragen werden, da diese ihn für jährlich 52 000 M. übernehmen will, während der Betrieb in städtischer Regie, wie ihn der Rechnungsausschuss wiederholt empfohlen hat, sich nach den Ermittlungen des Magistrats auf 58 000 M. stellen würde.

Stadtm. Dr. Behl (Sog.): Mit der Begründung dieser Vorlage können wir uns nicht einverstanden erklären. Wir sehen grundsätzlich auf dem Boden der Kommunalisierung solcher Betriebe und wollen von der Uebertragung an einen Privatunternehmer nichts wissen. Deswegen sind wir nicht etwa dogmatisch, auch wir erörtern sehr wohl die Frage der Rentabilität. Aber gerade wenn Sie unserer Anregung Folge geben, würden Sie sich um die städtischen Interessen wohl verbieten machen. Das Gutachten des Sachverständigen des Magistrats, des Vorstehers der Anstalt, welches sich für die Umwandlung des Pferdebetriebes in den Autobetrieb ausspricht und den Nachweis erbringt, daß dieser in den Gemeindebetrieb übernommen werden muß, ist vom Magistrat nicht so gewürdigt worden, wie er es verdient. Im dieses Gutachten noch näher zu prüfen, beantragen wir Ausschussberatung.

Stadtm. Behl (A. L.): Wir stimmen diesem Antrage zu, bitten aber, den Ausschuss durch den Vorstand ernennen zu lassen. Es ist bezeichnend, daß wir heute diese Vorlage beraten, da doch der bestehende Vertrag schon am 1. April abläuft. Der Automobilbetrieb wird sich sehr wohl möglicherweise auch bei anderen städtischen Betrieben einführen lassen, und da ist eine Aussprache allgemeiner Natur sehr erwünscht. Der Regiebetrieb ist nicht so vorzuziehen wie es scheint, denn es werden dann auch Betriebsbeamte angestellt werden müssen. Ein Vertrag oder Vertragsentwurf liegt außerdem nicht vor.

Stadtm. Dr. Behl: Die Sache ist wohl nicht so; das bestätigt mir eben der Stadtm. Dr. Behl. Wir können doch unmöglich nach dem Diktum: „Fisch, Vogel, oder Nicht!“ die Vorlage annehmen, haben auch nicht nötig, den Ausschuss heute zu ernennen.

Stadtm. Gassel: Eilig ist die Sache immerhin; wenn aber der Magistrat daran kein Interesse hat, haben auch wir keine Ursache, darauf zu bestehen.

Stadtm. Dr. Behl: Eventuell wird sich der alte Vertrag verlängern lassen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss. Das Gebäude der früheren Talgasse auf dem Schlaakhof, das seit drei Jahren unbenutzt steht, soll für 52 000 M. zu einem Werkstatengebäude nebst Materialamt für die Eisen- und Holzarbeiten des Vieh- und Schlachthofes eingerichtet werden.

Die Vorlage gelangt ohne Debatte zur Annahme. Schluß 7 Uhr.

Aus aller Welt.

Der Zukunftsstaat der Kirche.

Die Frommen aller Färbungen sind ängstlich darauf bedacht, das Volk vor der furchtbaren Tyrannei zu bewahren, die seiner im „Zukunftsstaat“ des Sozialismus harren soll. Man sollte zwar denken, daß eine Gesellschaft, deren Ordnung die Arbeitenden selbst oder durch ihre gewählten Vertreter regeln, nicht aufseht gegen ihren Willen und ihre Interessen eingerichtet sein kann, aber die zarte Fürsorge für die Freiheit, die von der sozialistischen Anechtung bedroht ist, bleibt immer rührend. Zum Glück haben die Kirchen und an ihrer Spitze die Katholiken selbst ihre Anstalten, in denen sie ihr Ideal der Freiheit und Gerechtigkeit zu verwirklichen vermochten und in denen natürlich eitel Glück und ein Vorgeschied der Paradieswonne herrschen. Hören wir, was eine wissenschaftliche Untersuchung der Klosterwerkstätten in Belgien von Louis Soffart darüber berichtet.

In den Klosterlichen Spitzenfabriken („Schulen“) werden Kinder von 7 Jahren beschäftigt. Was verdienen sie? Die Schwestern des heiligen Grades in Turahot geben den Anfängern (7 und 8 Jahre) etwa 2 Frank für drei Monate sechsständiger Arbeitszeit. Ein Mädchen von 11 Jahren, das sehr fähig ist, hatte in 8 Monaten 11 Fr. verdient. „Schülerinnen“ von 14 Jahren verdienen in 9 1/2 Stunden täglich 40—50 Cent. (82—40 Pf.). — In Wyngere bei den Schwestern von St. Vincent v. Paul verdienen die tüchtigsten Mädchen bei zwölfstündiger Arbeitszeit 22 1/2,

ausnahmsweise 25 Fr. monatlich. — In Baden (St. Josephs-Schwestern) ist die Arbeitszeit 11 1/2 Stunden, der höchste Lohn 20—26 Fr. — Die Apostolischen Schwestern von Thiel lassen Kinder von 9 Jahren an arbeiten und zahlen bis zu 18 Jahren bei 6 1/2 Stunden Arbeitszeit monatlich 1 Frank! Das ist noch kein halber Pfennig für die Stunde. — Auch die männlichen Arbeiter werden außerordentlich bezahlt. In Korbode haben die Prämonstratenser eine Druckerei, in der 85 Leute beschäftigt sind. Die Setzer verdienen 2—3 1/2 Fr., während die höchsten Löhne (Kantor, Metzeur, Redakteure) bis auf 8 Fr. steigen, die niedrigsten bis auf 75 (Hilfsarbeiter) und 50 Cent (Zalger) sinken. Die Arbeitszeit ist zehn Stunden. Außerdem sind Arbeiter zum täglichen Besuch der Frühmesse verpflichtet und dürfen Unpünktlichkeit mit 5 Cent.

Nicht minder erbaulich als die Löhne ist die Disziplin, deren sich ein humaner Zuchtungsdirektor schämen würde. Ueberall herrscht Schweigegedot während der Arbeit, das streng durchgeführt wird. Bei den Annunziaten-Schwestern gibt es für einmaliges Sprechen einen Lohnabzug von einer halben Stunde: allerdings keine hohe Summe bei diesen Löhnen. In einer anderen „Spigenfabrik“ müssen die Kinder, die beim „Klaubern“ ertrappi wurden, eine Zeitlang mit einem Linial im Munde arbeiten. Wer rechts oder links sieht, wird mit einem Luch am Arbeitstisch befestigt, so daß der Kopf unbeweglich ist.

Jedenfalls aber sind solche Zustände, von denen wir nur einige charakteristische herangezogen haben, geeignet, ein Bild von dem sozialen Ideale derer zu geben, die mit besonderer Ausdringlichkeit die Arbeiter vor den Lockungen und Gefahren des Sozialismus und der freien Arbeiterbewegung warnen. Die unglücklichen Kinder, die ausgehungert und schwachköpfigen Erwachsenen des belgischen Klosterparadieses geben uns ein Bild von der Welt, wie sie nach dem Willen dieser Frommen für alle Geschaffen sein sollte, ein erschütterndes Abbild des nach dem besten Willen seiner Meister gestalteten kirchlichen Zukunftsstaates.

Ein barbarisches Verbrechen.

Ein furchtbares Verbrechen haben sechs maskierte Banditen in der kleinen französischen Ortschaft Dgh begangen. Sie drangen in einen Nachthof ein, ermordeten den 60jährigen Bäcker Degabre und seinen 30jährigen Sohn, jenseiteten alle Frauen, die sich auf dem Gute befanden und vergewaltigten sie. Dann brachten sie den meisten der Frauen schwere Verletzungen bei und ließen sie in hilflosem Zustande liegen. Die Banditen plünderten das ganze Anwesen, raubten mehrere tausend Franken Bargeld und zündeten dann den ganzen Nachthof an. Ein großes Polizeiaufgebot ist eilig auf der Suche nach den Verbrechern.

Die fehlende Bahnschranke.

Am Mittwochabend wurde kurz vor dem Bahnhof Haxleben in der Ufermark der Wagen des Bädermeisters Groß aus Benz überfahren und vollständig zertrümmert. Die beiden Pferde wurden über 100 Meter mitgeschleift, eins geriet unter die Lokomotive und wurde völlig zermaimt. Auf dem Wagen befand sich außer dem Bädermeister der Viehhändler Schmel aus Haxleben. Beide wurden in schwerverletztem Zustande im Zuge mit nach Benz genommen, wo sie im Krankenhaus eingeliefert wurden. Der Bädermeister erlag bald darauf seinen Verletzungen. An der Unglücksstelle befindet sich ein Bahnaübergang ohne Schranke.

Dampferkatastrophe in der Südsee.

Wie aus Honolulu gemeldet wird, ist der den Verkehr zwischen den Sandwischinseln vermittelnde Dampfer „Mani“ auf der Höhe von Pearl Harbour gesunken. Das Unglück entstand durch Explosion des Kessels. Das Schiff sank so schnell, daß die Boote nicht ausgefetzt werden konnten. Man nimmt an, daß zwischen 30 und 40 Personen, meist Eingeborene, umgekommen sind.

Ein neuer Staatsbeamter.

Der „Fechenheimer Anzeiger, Amtliches Verkündigungsblatt seit 1886“, enthält in seiner Nr. 67 folgende

„Bekanntmachung.“

Die Beschäftigten für die königlichen Beschäftigten des Hef-Kass. Landgestütts Dillenburg können auf Zimmer 4 des Rathhauses eingesehen werden. In Stationsbedarf Wilhelmshafen stehen 2 Pöngste zur Verfügung. Fechenheim, den 20. März 1914.

Die Polizeiverwaltung.

Fischer.“

In welche Gehaltsklasse des preussischen Beamtenums gehören die „Königlichen Beschäftigten?“

Kleine Notizen.

Schweres Automobilunglück. Wie aus Elmshorn gemeldet wird, wurde auf der Binneberger Chaussee ein Radfahrer, der Arbeiter Paul Biesener aus Langelos, von einem entgegenkommenden Automobil, dessen Steuerung versagte, gegen einen Chausseebaum gedrückt und sofort getötet. Das Automobil überfuhr sich und begrub einen Insassen, den Saltwitz Glimmann aus Barmstedt unter sich. Glimmann wurde so schwer verletzt, daß er nach kurzer Zeit ebenfalls verstarb. Der Chausseer blieb unverletzt.

Ein deutscher Ingenieur der Bagdabbahn erschossen. Der am Bagdabbahn-Tunnel (Bagdabbahn) beschäftigte deutsche Ingenieur Otto Art hat in einem Bahnhofsanfall den schweizerischen Ingenieur Kettich, der an der Bohrung des großen Tunnels der Bagdabbahn mitarbeitet, überfallen und ist von Kettich in Rotweh erschossen worden. Der deutsche Konsul in Adana hat sich an Ort und Stelle begeben, um die Untersuchung einzuleiten.

Arbeiterjenseit. Tödlich verunglückte der auf dem hammerschen Rittergute Grah-Sattpe beschäftigte 40 Jahre alte Fischer Hermann Böhle. Er wurde beim Arbeiten mit der Kreissäge von dieser erfasst und derartig verunmelt, daß er nur noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Beim Eintreffen des Arztes hatte sich der Verunglückte bereits verblutet. Der um das Leben gekommene hinterläßt eine Witwe mit sieben unversorgten Kindern.



MAGGI'S Suppen

Mehr als 40 Sorten.

1 Würfel für 2-3 Teller

10⁸

sind die besten!



M. 36.-

Blaugrüner Ulster
Mit Rückengurt und Falte
Vorzüglicher Stoff

M. 48.-

Covercoat-Paletot
Aufgestepte Riemen
Prima reine Wolle

M. 42.-

Marengo - Paletot
Seidenspiegel bis z. Kante
Sehr elegant

M. 48.-

Moderner Ulster
Echt englischer Stoff
In 8 Musterungen

M. 54.-

Hellgrauer Paletot
Cheviot mit Samtkragen
Letzte Neuheit

Diese in meinem Eckschaufenster ausgestellten fünf Schlager bieten in Stoff und Schnitt das Neueste und sind unübertroffen in Sitz und solider Verarbeitung.

Leineweber

Berlin C, Kölnischer Fischmarkt 4, 5, 6 RoAstr. 34
Fischerstr. 1

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis
Frankfurter Viertel.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der frühere
Gastwirt

Ernst Berlin

im Siechenhause gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des Bartholomäus-
Kirchhofes in Beihensee, Falten-
berger Weg, aus statt.

Köpenicker Viertel. Bezirk 170.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Haus-
diener

Karl Meyer,

Brangestr. 130, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 29. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Thomas-Kirchhofes in Neu-
Wölln, Hermannstraße, aus statt.

Görlitzer Viertel. Bezirk 302 II.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Maurer

Hermann Schlesinger
Reichenberger Str. 115a, ge-
storben ist.

Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. März, nach-
mittags 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Thomas-Kirchhofes in Neu-
Wölln, Hermannstraße, aus statt.
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
Bezirk 692.

Am Donnerstag, den 26. März,
bestand unser Genosse

Fritz Grosser

Wittstocker Str. 7.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 28. d. März,
mittags 12 Uhr, vom Trauer-
hause aus nach dem Siedischen
Friedhofe in der Köpenicker-
Seebrücke, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Den Kollegen und Kolleginnen
zur Nachricht, daß unser Mitglied,
die Arbeiterin

Marie Götz

Beustelstraße 36, an Bauchsch-
windsucht gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet Sonn-
abend, den 28. März, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des St.-Sebastians-Kirchhofes
in Reinickendorf, Humboldtstraße,
aus statt.

Rege Beteiligung wird erwartet.

Ferner Kard unser Mitglied,
der Mechaniker

Friedrich Grunwald

Lützenstraße 116.
Ehre seinem Andenken!
115/11 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß unser
Kollege, der Pianist

Richard Noeske

nach langem Leiden sanft ent-
schlafen ist. 1124

Die Einäscherung findet am
Sonntag, den 29. d. März, vor-
mittags 11 Uhr, im Krematorium,
Gerickestraße, statt.

Die Kollegen der Pianofabrik
C. Noeske & Comp.

Für die erwiehnten Aufmerksam-
keiten bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und guten Vaters
sage ich allen Verwandten, Be-
kanten, dem Bauarbeiterverband,
dem Bahnerverein des 4. Wahlkreises,
sowie dem Quartett, insbesondere
Herrn Wielech meinen herzlichsten
Dank. 888

Johanna Hamack
nebst Kindern.
Rebolsstraße 3.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung unserer
lieben Mutter und Frau

Marie Schneider

sagen wir allen Freunden und Be-
kanten, besonders dem Zentral-
verband der Handlungsgewerlichen und
dem Sozialdemokratischen Wahlverein,
Bezirk Beihensee, unseren besten Dank.

Wilhelm Schneider,
Elisabeth Schneider,

0021 Beihensee.

Dankfagung.

Hierdurch sagen wir allen, die uns
beim Tode meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters, Schwieger-
und Großvaters

Wilhelm Wartenberg

ihr Beileid bekundeten, unseren
innigsten Dank. 14526

Die trauernden Hinterbliebenen.

Hilsebein Bier



Das Lob ich mir
süßig, gesund, beläunlich

Hautleiden

entstehen durch unreines Blut
können deshalb auch nur durch
innere Behandlung gründ-
lich und dauernd geheilt werden.

Hauptillen das beste hierfür.
Franz Bill hatte auf Armen, Beinen u.
der ganzen Haut förmliche Borken
von Ausschlag. Ist aber nach der letzten
kur vollständig geheilt worden. Ich
komme, um Ihnen den gebührenden
Dank abzusagen, Gott vergelte es Ihnen.

Dolmann, Varrat in Refrath.
Die patentant. **Hauptillen** in Berlin
sind erhältlich in allen Apotheken zu haben.
Vorwissen in allen Apotheken zu haben.

Verband nach auswärts durch
Bismarck-Apothek, Berlin, Wrangel-
straße 47. Postkarte genügt.

Installationsgeschäft
(Gas) Spezialität: Nachstiegen-
Kellere-Beleuchtung, für 500 R. zu
verkaufen (Anschaffwert: 2500).
Zugor-Gesellschaft, Tel.: Buch. 2201.
Katholener Str. 78, III. 145/4

Spezialarzt

Dr. med. Wockentuf,

Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor)
für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden —
Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage).
Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
schmerzlose Heilung ohne Berufs-
störung. Mäßige Preise.
Sprechst. v. 8—8, Sonntags 9—11.

Arbeiter

Gesundheits-Bibliothek
Jedes Heft 20 Pf.

Möbel-Angebot.

Gute, reelle Möbel kaufen Sie am billigsten beim **Hachmann**.
Wohnungs-Einrichtungen sowie einz. Möbel in reichiger
Auswahl (3 Etagen). Gr. Teilzahlung. Vorwärtsleihen 5% extra.
Max Neumann, Innungsmeister, Oranienstr. 202.

Das größte Abonnementshaus feinsten
Herren-Moden **J. Stock & Co.** verkauft seine

Monats-Garderobe direkt an Private.

Anzüge und Paletots von 10 M. an.

Friedrichstr. 108 vis-à-vis der Karlstr.

35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35

Sie sparen Geld! Wenn Sie

Möbel direkt in der **Möbelfabrik**

H. Walter Inh.: Willi Maaß, Brunnenstr. 35
kein Laden
Tel.: Norden 5157

kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — eigene
Tischlerei und Polstererei. — Auf Wunsch Teilzahlung.

35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35

Stoffe

Massanzüge, Paletots
Meter 4.-, 6.-, 8.- M.

Damen-Kostümstoffe
Meter 3.-, 5.-, 7.- M.

Original englische Stoffe
Meter 8.-, 10.-, 12.- M.

Loden für Pelerinen, Anzüge
Meter 2.-, 3.-, 5.- M.

Reste günstigste Kaufgelegenheit.

Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der
Petrikirche.

In Freien Stunden

Die
Wochenschrift für Arbeiterfamilien
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.



Centralhaus mod. Herrenbekleidung

I: Neue Friedrichstr. 33

an der Zentral-Werkhalle

II: Turmstr. 67. I. Etage.

Heftet an jedermann elegante

Herren-Garderobe

nach Maß unter Garantie für tadellosen Sitz

gegen wöchentliche Teilzahlung

von 1 Mark an.

Zuschneidererei. Werkstatt im Hause.

Auf Wunsch Besuch des Kleiders

mit neuesten Stoffmustern. *

Sonntags 12-2 geöffnet.

Jeder Arbeiter, jeder Handwerker, arbeitende Mann

der für seine Arbeit, für seinen Beruf, besonders vorteilhaft geeignete Kleidung nötig hat, kauft diese bei der bekannten Firma

Kohnen & Jöring, Arbeitskleidung - Berufskleidung
Größtes Spezialgeschäft dieser Art
Alexanderstr. 12. — Rosenhauer Str. 53 — Landberger Allee 148 — Neukölln: Bergstr. 66.

Reelle billige Preise, erprobte solide Qualitäten, guter Sitz, richtige Machart, beste Verarbeitung, größte Auswahl.